Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast"): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von M. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstr. 3. Fernsprechanschlüsse: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 494. —

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2.25 Mk., monatl. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. — Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Postscheckkonto: Nr. 5258 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 36. **Magdeburg, Mittwoch den 12. Februar 1913.** **24. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten und 4 Seiten „Die Rast".

Auf dem Wege zum Generalstreik.

Mit 101 gegen 85 Stimmen hat die belgische Abgeordnetenkammer beschlossen, den Antrag der Arbeiterpartei, das Verfassungsrevisionsverfahren zum Zwecke der Einführung des gleichen Wahlrechts einzuleiten, nicht zur Diskussion zuzulassen. Nachdem die Regierung bereits erklärt hatte, daß sie jedes Kompromiß (wie etwa die vom liberalen Führer Hymans beantragte Einsetzung einer Studienkommission) prinzipiell ablehnt, steht es fest, daß der Wahlrechtsreform nunmehr alle parlamentarischen Wege versperrt sind. Wie von vornherein zu erwarten war, wird das Parlament nur durch den Druck parlamentarischer Mittel dazu zu bringen sein, dem Verlangen der Arbeiterschaft nach dem gleichen Wahlrecht Recht widerfahren zu lassen. Die Abstimmung der Abgeordnetenkammer bedeutet also beileibe keine Niederlage der Wahlrechtsreform, sondern nur eine Verschiebung des Kampfterrains. Sie hat den von der Arbeiterpartei angedrohten und vorbereiteten Generalstreik zur unausbleiblichen Gewißheit gemacht.

Sobald der Verlauf der Nachmittagsitzung der Abgeordnetenkammer am Freitag erwies, daß jede Aussicht auf ein Nachgeben der Regierung oder auf eine Wendung zum Kompromiß in elfter Stunde endgültig aufgegeben werden mußte, und daß die klerikale Regierungsmajorität entschlossen war, wie ein Mann den von Sozialisten und Liberalen befürworteten Wahlrechtsantrag als indiskutabel niederzustimmen, ergriff der sozialistische Abg. Denis zu einer kurzen Protestrede das Wort, die in den Ruf: Es lebe der Generalstreik! ausklang, in den sämtliche Fraktionsmitglieder der Arbeiterpartei einstimmten.

Genosse Vandervelde verlas sodann vor Eintritt in die Abstimmung im Namen der Fraktion die nachstehende Erklärung:

Sie sind im Begriff, zum siebenten Male seit zwanzig Jahren die Verfassungsrevision abzulehnen. Gleich an der Schwelle des parlamentarischen Verhandlungsverfahrens werden Sie einer Reform den Weg versperren, die dem elementarsten Gerechtigkeitssinn entspricht und die, wie es einer von Ihnen ausdrücklich anerkannt hat, ebensowohl von den Arbeitern der christlichen Gewerkschaften wie von den Sozialisten gefordert wird.

Wir haben Sie gebeten, unserm Antrag wenigstens die Ehre einer Diskussion widerfahren zu lassen. Sie haben es nicht gewollt.

Andre Mitglieder dieser Kammer haben Sie beschworen, ihre vermittelnde Intervention nicht von der Hand zu weisen: Sie haben sie abgewiesen.

Denen, die Sie um Gerechtigkeit ersuchten, wie denen, die Sie um Beschwichtigung baten, haben Sie die Staatsräson vorgehalten, den letzten Vorwand der Regierungen, die es nicht wagen, sich über den Klassen- und Parteiegoismus zu erheben.

Die Debatte ist geschlossen. Wir kennen Ihre Ansichten. Sie kennen die unsrigen. Wir wehren uns. Wehren Sie sich!

Aber bevor wir zur Abstimmung schreiten, haben wir an die Arbeiter, unsre Auftraggeber, noch ein Wort zu richten.

Den Arbeitern gegenüber haben wir diese letzten Monate nur undankbare Aufgaben zu erfüllen gehabt. Wir haben sie in ihrem Elan aufhalten, ihren berechtigten Zorn zurückdämmen müssen, wir mußten sie zur Ruhe mahnen, während man sie füsilierte, wir mußten unter den schwierigen Verhältnissen die größten Anstrengungen machen, ihnen Geduld zu predigen, als ihre Delegierten die sofortige Erklärung des Generalstreiks forderten.

Wir haben das alles getan, um größeren Uebeln aus dem Wege zu gehen, auf die Gefahr hin, der Unentschlossenheit und der Schwäche verdächtigt zu werden, weil wir die Hoffnung nicht aufgeben wollten, daß der Streik vermieden werden möge, weil wir auf jeden Fall wünschten und noch wünschen, er möge ohne Blutvergießen verlaufen.

Mit diesen Hoffnungen ist es jetzt aus. Die Lage ist jetzt durchaus eindeutig und Sie mögen nur glauben, wenn ich erkläre, daß diejenigen unter uns, die den tiefsten und aufrichtigsten Wunsch hegten, den Streik zu vermeiden, nicht die am wenigsten Entschlossenen und die am wenigsten Tatkräftigen sein werden, an dem nahe bevorstehenden Tage, wo die Arbeiterorganisationen beschließen werden, zu zeigen, daß ihre Resolution keine leeren Worte sind.

Wir haben im Namen der Arbeiterschaft eine Verpflichtung auf uns genommen. Am Anfang dieser Session haben wir erklärt, daß es nicht unsre Gegner sein sollen, die durch die Ablehnung unsres Antrags das Signal zur Arbeitseinstellung geben werden.

Wir wollen sie jetzt daran erinnern. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, auf unser Wort zu hören, die Parole ihrer verantwortlichen Delegierten abzuwarten und dafür zu sorgen, daß keine Gewalttätigkeiten oder partielle Streike den Erfolg einer Bewegung gefährden, deren Siegesaussichten durch die Halsstarrigkeit und Unnachgiebigkeit ihrer Gegner nur erhöht werden.

Unser Antrag wird gleich abgelehnt werden, aber er wird bald wiederkehren. Gleich nach seiner Ablehnung werden wir mit mehr Siegeshoffnung und Begeisterung als je ausrufen: Es lebe die Verfassungsrevision! Es lebe das Wahlrecht!

Diese Erklärung, deren Text von der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Großen Komitees (so nennt man die speziellen kombinierten Sitzungen des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission und des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes) einstimmig gebilligt worden war, die Arbeiter gewisser Industriebezirke, von denen befürchtet wurde, daß sie gleich nach der Ablehnung der Wahlrechtsreform spontan in den Streik treten würden, von unüberlegten Schritten zurückzuhalten. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist ebenso erbittert und zum Teile so aufgeregt, daß die größten Anstrengungen gemacht werden müssen, damit der Streik nicht eher als zu dem von den verantwortlichen Instanzen als günstig betrachteten Moment ausbricht.

Daß es nunmehr keinen andern Ausweg mehr gibt, als die Anwendung des äußersten proletarischen Machtmittels, des politischen Massenstreiks, darüber gab es in der Sitzung des Großen Komitees am Mittwoch nicht die geringste Meinungsverschiedenheit. Dort wurde auch die Festsetzung des Datums beraten, zu dem die Arbeiter, die längere Kündigungsfristen haben, ihren Arbeitsvertrag kündigen sollen, und das Resultat dieser Beratungen wurde nur deswegen noch nicht bekanntgemacht, damit die Klerikalen sich nicht auf diese „Drohung" als auf einen Vorwand für ihre Halsstarrigkeit berufen können. Am nächsten Mittwoch wird jedoch das Große Komitee wieder zusammentreten, um in bezug hierauf einen endgültigen Beschluß zu fassen. Schon jetzt aber steht fest, daß die Arbeiterpartei in der Wahlrechtsfrage keinen neuen parlamentarischen Vorstoß unternehmen und all ihre Kraft auf die letzten Maßregeln zur Organisierung des Generalstreiks konzentrieren wird, dessen Zeitpunkt nicht über April hinaus verschoben, möglicherweise aber auch früher angesetzt werden soll. Die belgische Arbeiterklasse wird den ihr zugeworfenen Fehdehandschuh nicht liegen lassen, dafür bürgt nicht nur ihre Vergangenheit, sondern auch die im Vergleich zu den früheren Wahlrechtskämpfen von 1893 und 1902 agitatorisch wie organisatorisch unendlich überlegene Weise, in der sie schon seit 7 Monaten zum Generalstreik rüstet. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 11. Februar 1913.

Klassenjustiz oder nicht?

Auch in der Montagsitzung des Reichstags, am zweiten Tage der Beratung des Justizetats, spielte die Frage der Klassenjustiz entscheidend mit. Die Redner der bürgerlichen Parteien befolgten die übliche Taktik, zwar im einzelnen die Mißstände zuzugeben, die vorgetragen worden sind, den Mißstand aber, das allgemeine Uebel, leugnen zu wollen. An sich könnte schon die Tatsache, daß gerade dieses Thema die Debatte beherrschen muß, ein Beweis sein für die Existenz der Klassenjustiz, wenn es nach den maßlosen und unerhörten Erfahrungen, deren Zahl sich gar nicht ermessen läßt, noch eines solchen Beweises bedürfte.

Der Fortschrittler Dr. Ablaß begann damit, daß er den Vorwurf der Rechtsbeugung zurückwies, und am Schlusse der Sitzung sagte der Zentrümler Bolz etwa dasselbe, indem er seine Abwehr noch mit einigen Phrasen verschönerte, deren Banalität allerdings nicht die mindeste Beweiskraft hat. Der fortschrittliche Redner wandte sich im übrigen gegen die willkürlichen Entscheidungen über die Eintragungen ins Vereinsregister, eine Anklage, auf die der Staatssekretär mit formalistischen Einwänden reagierte. Der polnische Redner von Trampczynski sprach zwar nicht von Klassenjustiz, unterstrich indessen die parteiische Häufung von Beleidigungsklagen im öffentlichen Interesse, die nach dem Ruhrstreik erhoben worden sind.

Genosse Landsberg, der als zweiter Redner von unsrer Fraktion zu Worte kam, gab sich die Mühe, noch einmal zu erläutern, was wir unter Klassenjustiz verstehen, und die Berechtigung dieses Vorwurfs dokumentarisch und wirklich einwandfrei zu belegen. Er betonte wieder, daß die Anklage durchaus nicht den Sinn der Rechtsbeugung hat, vielmehr den Richtern die Fähigkeit abspricht, sich von den Anschauungen und Vorurteilen ihrer Klasse zu befreien. Allerdings verlangt er aber auch vom Richter, daß gerade er alles tun muß, um seine Vorurteile zu überwinden, und er zitierte das Wort eines alten preußischen Richters, der die gewissenhafteste Selbstprüfung gerade gegenüber dem politischen Gegner forderte. Demgegenüber zitierte Genosse Landsberg auch einige Aeußerungen von Juristen, und leider nicht der geringsten, die die Klassenjustiz geradezu als eine sittliche Forderung proklamieren. Schon diese allgemeinen Ausführungen hatten in ihrer Gründlichkeit und logischen Klarheit einen großen Eindruck auf das Haus gemacht, das mit Aufmerksamkeit unsern Redner anhörte. Landsberg illustrierte dann seine theoretischen Deduktionen durch eine Reihe frappanter Beispiele, bei denen die dem Klassengegensatz entsprungene Parteilichkeit wirklich nicht bestritten werden kann. Und unter der allgemeinen Zustimmung unsrer Fraktion konnte er erklären, daß es ehrenvoller ist, solche Strafen zu empfangen, als sie zu verhängen.

Zu Beginn seiner Rede hatte Landsberg in wirkungsvollen Bemerkungen eine Reihe Einzelfragen der Gesetzgebung und der Rechtspflege erörtert. Er wandte sich vor allem gegen eine Erhöhung der Revisionssumme in Zivilsachen und brachte wirksame Argumente gegen die reaktionären Anregungen vor, die darauf hinausgehen, einmal die Prügelstrafe einzuführen, und zum andern, unter dem Vorwand der Bekämpfung der Schmutzliteratur eine neue Lex Heinze zu schaffen.

Am Dienstag nimmt die Debatte ihren Fortgang. Als dritter sozialdemokratischer Redner ist Genosse Heine vorgesehen. —

Preußen in Gefahr.

Die Konservativen sind sich einig darüber, daß die Militärvorlage, die sie gefordert haben und die sie bewilligen werden, von allem und jedem bezahlt werden muß, nur nicht von ihnen selbst und den ihnen nahestehenden Kreisen. Nach dem Falle des Schwerinschen Vorschlags ist aber die Verlegenheit größer als je, und so beeilt sich der fromme „Reichsbote" in einer Artikelserie nachzuweisen, daß es eine an den preußischen Heiligtümern begangene Tempelschändung sein würde, wollte man die Besitzenden durch eine „direkte", nicht überwälzbare Steuer zur Tragung der Lasten heranziehen. In diesem Sinne schreibt er:

> Eine Verschiebung der Zuständigkeitsgrenzen zwischen Bundesstaaten und Reich, das heißt eine die Selbständigkeit Preußens beschränkende und damit seine unbequemen konservativen Widerstandskräfte mehr und mehr ausschaltende Verfassungsänderung wird die unausbleibliche und nie wieder gutzumachende Folge sein, wenn man jetzt das Besitzsteuergesetz vom 14. Juni 1912, das die Entscheidung darüber, ob dem Reichstag eine direkte oder eine indirekte Besitzsteuer vorgelegt werden soll, dem Bundesrat überläßt, mit der Einbringung einer direkten Steuer erfüllen wollte.

Und er zitiert die Worte des Grafen Schwerin-Löwitz aus der Reichstagsitzung vom 26. November 1908:

> Dazu (Anzapfung des direkten Steuergebiets der Bundesstaaten) werden wir nie und nimmer die Hand geben. . . . Wir, jedenfalls wir Preußen, wir wollen den Bestand und das Wesen des Königreichs Preußen nicht gefährden lassen!

Der „Reichsbote" übersieht, daß die Erbanfallsteuer von den meisten Theoretikern der Finanzwissenschaft nicht zu den direkten, sondern zu den indirekten Steuern gerechnet wird. Ueberhaupt sind die Grenzen zwischen direkten und indirekten Steuern so schwankend und unbestimmt, daß sich auf ihrem Boden das Gebäude einer staatsrechtlichen Theorie kaum aufbauen läßt. Aber viel wichtiger als die Theorie, mit der der „Reichsbote" offenbar auf dem Kriegsfuß steht, ist die Praxis. Und da ist es ganz klar, was das konservative Blatt meint: An der junkerlichen Praxis, die andern zahlen zu lassen, darf nicht gerüttelt werden. —

Korrigierter Verfassungsbruch.

Die Rudolstädter Regierung hatte bekanntlich am 12. Juli 1912 ohne Befragung des Landtags ein Gesetz über Gewährung einer 8prozentigen Teurungszulage an die Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrer erlassen. Der Landtag, der jetzt nachträglich seine Genehmigung zu diesem Gesetz geben sollte, hat einstimmig abgelehnt, das Vorgehen der Regierung gutzuheißen. Durch landesherrliche Verordnung ist deshalb jenes Gesetz vom 12. Juli v. J. soeben außer Kraft gesetzt worden.

Der Rudolstädter Regierung blieb natürlich nichts andres übrig, als ihre Verfassungswidrigkeit in dieser Form gutzumachen. Damit aber nun die Beamten und Lehrer nicht unter der Außerkraftsetzung jener Verordnung zu leiden haben, wird die sozialdemokratische Mehrheit des Landtags und vermutlich auch die bürgerliche Minderheit dafür sorgen, daß bei der demnächstigen Revision des Beamtengesetzes eine entsprechende Gehalterhöhung hineinkommt. Worauf es dem Landtag in erster Linie ankam, war die Gesetzmäßigkeit und die Rechte des Landtags zu wahren, um die Frage der Teurungszulage hat es sich dabei gar nicht gedreht, deren Berechtigung wird wenigstens von sozialdemokratischer Seite durchaus anerkannt. —

Hie Welf, hie Preußin!

Eine Tragödie der deutschen Geschichte steht im Begriff, wie ein Lustspiel von Gustav Moser zu enden. Seit 46 Jahren herrscht zwischen den Häusern Hohenzollern und Cumberland bittere Fehde, weil die Hohenzollern die Gelegenheit von 1866 benützt hatten, ihren monarchischen Bezirk durch Annexion des Königreichs Hannover zu arrondieren. Braunschweig, das kleine Herzogtum, blieb den Cumberlands vorbehalten, aber auch nur unter der Bedingung, daß sie das etwas eigentümliche Geschäft aus dem letzten Kriege als zu Recht bestehend anerkennten und sich damit beschieden, zu nehmen, was man kriegt.

Nun hat sich der Sohn des Cumberländer Herzogs, Ernst August, dazu entschlossen, um die Hand der Prinzessin Viktoria Luise, der Tochter Wilhelms 2., anzuhalten, und der Effekt wird sein, daß der genannte Welfenprinz als kaiserlicher Schwiegersohn und richtig gehender Herzog seinen Einzug in die gute Stadt Braunschweig halten wird. Ernst August Vater hat lange genug in der österreichischen Verbannung gelebt, um den Spruch schwarzgelber Erbweisheit kennen gelernt und beherzigt zu haben: „Mögen andre Kriege führen, du glückliches Oesterreich, heirate!" So führt der Welfensproß die Zollernbraut heim, und die ihm als Mitgift geschenkten Braunschweiger dürfen bald die Häuser dekorieren und Hurra rufen.

Die eroberten, freilich noch lange nicht „moralisch eroberten" Hannoveraner dürfen bei diesem Fest ein Tränlein im Auge zerdrücken und ihre welfischen Hoffnungen begraben. Ihr „angestammter" Kronprinz geht zum „Feinde" über, er heiratet in die preußische Familie ein und wird nun wohl nicht anders können, als den sogenannten „welfischen Umtrieben" seiner Allzugetreuen im Lande Hannover mit nationalliberalem Pathos entgegenzutreten. Arme Welfen!

Die Heirat von 1913 legalisiert die Eroberung von 1866. Das deutsche Volk aber hat sich im 13. Jahre des 20. Jahrhunderts mit der Erkenntnis zu bescheiden, daß es ganz oder geteilt durch Eroberung oder fürstliche Heiraten genommen oder wieder weggegeben werden kann. Es hat seinen Herrschern treu zu sein, aber nur so lange, als sie nicht von einem Stärkeren davongejagt sind, und es muß sein Herzensverhältnis zu einem kaputt geschlagenen Gottesgnadentum sofort wiederherstellen, wenn dieses durch eine glückliche Heirat wieder in den Besitz eines Teiles seiner Macht kommt. Und da sich die Treue zum Monarchen nach der Zuständigkeitsurkunde zu richten hat, muß der geborne Schöppenstädter ein andres monarchisches Empfinden haben als der geborne Büsumer — wobei es letzterem allerdings freisteht, durch Wechsel der Staatszugehörigkeit auch sein monarchistisches Herz neu zu orientieren.

Leute, die einsehen, daß sich solche Zustände vernünftigerweise nicht rechtfertigen lassen, die an ihnen aber trotzdem festhalten, nennt man — Vernunftmonarchisten. Im Jahre 1912 ward China Republik. Im Jahre darauf aber erwarb der Prinz Ernst August, da er die Prinzessin Viktoria Luise ehelichte, das Herzogtum Braunschweig! Und Johann Albrecht, der bisher in Braunschweig die Regentschaft führte, kann wieder ins Obotritenland zurückkehren.

Inzwischen wird aber wohl die althannöversche Welfenpartei ihrer Auflösung entgegengehen. Denn wozu sollen sie sich in Unkosten stürzen, wenn ihr „Angestammter" selbst auf Hannover verzichtet? —

Spiel mit dem Feuer.

Je zerfahrener sich die innern Verhältnisse der nationalliberalen Partei gestalten, desto mehr bemühen sich ihre Führer, in der auswärtigen Politik die wilden Männer zu spielen. So hat auch in der Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei am letzten Sonntag die auswärtige Politik als Vorspann dienen müssen für das Bestreben, den rechten Flügel der Partei an die Wand zu drücken. Man hat eine Resolution angenommen, die eine wirksamere Aufrechterhaltung der Disziplin verlangt, man hat die „Hamburger Nachrichten" und die „Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz" für außerhalb der Partei stehend erklärt, man hat schließlich, allerdings „unter Aufrechterhaltung des Zoll- und Seuchenschutzes", innere Kolonisation und Beschränkung des Fideikommißweiens gefordert.

Um aber zu zeigen, daß trotz dieser ein wenig linksgerichteten Maßnahmen die nationale Gesinnungstüchtigkeit der herrschenden Parteirichtung nicht in Zweifel zu ziehen sei, hielt Bassermann eine Rede gegen die Flottenvereinbarung mit England und für die neue Militärvorlage, und schließlich nahm man folgende Resolution an:

Der Ernst der Zeit erfordert mehr als je zum Schutz unsrer nationalen und wirtschaftlichen Interessen eine kraftvolle, stetige und zielbewußte auswärtige Politik. Zu ihrer Durchführung bedarf es zunächst einer zeitgemäßen Reform des auswärtigen Dienstes, der durch Beseitigung der herrschenden Exklusivität allen dazu geeigneten Kräften unsres Volkes zugänglich zu machen ist. Vor allem ist aber eine schleunige und gründliche Verstärkung unsrer Wehr unumgänglich notwendig. Im Einklang mit dem Standpunkt, welchen die Reichstagsfraktion bei der Quinquennatsvorlage des Jahres 1911 und bei der Militärvorlage des Jahres 1912 eingenommen hat, fordert der Zentralvorstand die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und aller Maßregeln, welche zur Beschleunigung der Mobilmachung und der Sicherung einer kraftvollen Offensive dienen, und begrüßt mit Genugtuung den Entschluß der verbündeten Regierungen, dem Reichstag eine diesen Gesichtspunkten entsprechende Vorlage zu unterbreiten (Verstärkung des Etats, der Artilleriebespannung und Formierung von Kavallerie-Divisionen im Frieden, ferner Schaffung einer deutschen Luftflotte für Heer und Flotte).

Zur Aufbringung der Kosten fordert der Zentralvorstand die Ausführung der durch das Gesetz vom 8. Juli 1912 von den verbündeten Regierungen klipp und klar übernommenen Verpflichtung zur Einbringung einer Vorlage über eine allgemeine Besitzsteuer, als die nach den eigenen Erklärungen der Regierung nur eine Vermögens- oder Erbschaftssteuer in Betracht kommen kann. Er erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie jedem Versuch, von dieser Richtung abzuweichen, mit rücksichtsloser Entschiedenheit entgegentreten wird.

In der Diskussion wurde die Meinung ausgesprochen, daß die Erbanfallsteuer jeder andern Besitzsteuer vorzuziehen sei.

Es wurde aber auch, wie der offizielle Bericht mitteilt, „von allen Seiten mit nachdrücklichem Ernst auf die Mißstimmung aufmerksam gemacht, die ob des Mangels an jeglicher Initiative in der auswärtigen Politik an der verantwortlichen Stelle draußen im Volke herrscht. Es greife allmählich eine Erbitterung darüber um sich, daß vom Volke fortgesetzt die schwersten Opfer für unsre Rüstung gefordert werden, daß wir aber bei allen Gelegenheiten, wo die Welt verteilt wird, zurückweichen und zusehen, wie die andern Völker ihre Machtsphären ausbreiten und ihrer Industrie und ihrem Handel den Weg ebnen.

In der nationalliberalen Partei geht es ähnlich wie im Zentrum, wo die einander bekämpfenden Richtungen sich in der Betonung ihrer Papst- und Kirchentreue gegenseitig zu übertrumpfen suchen. Nur tritt hier an Stelle des Wettlaufs der klerikalen ein Wettlauf der „nationalen" Gesinnung. Der Verantwortung, die sie durch solche taktische Manöver dem deutschen Volke gegenüber auf sich laden, scheinen sich die Herren nicht bewußt zu sein. —

Zehn zu sechzehn.

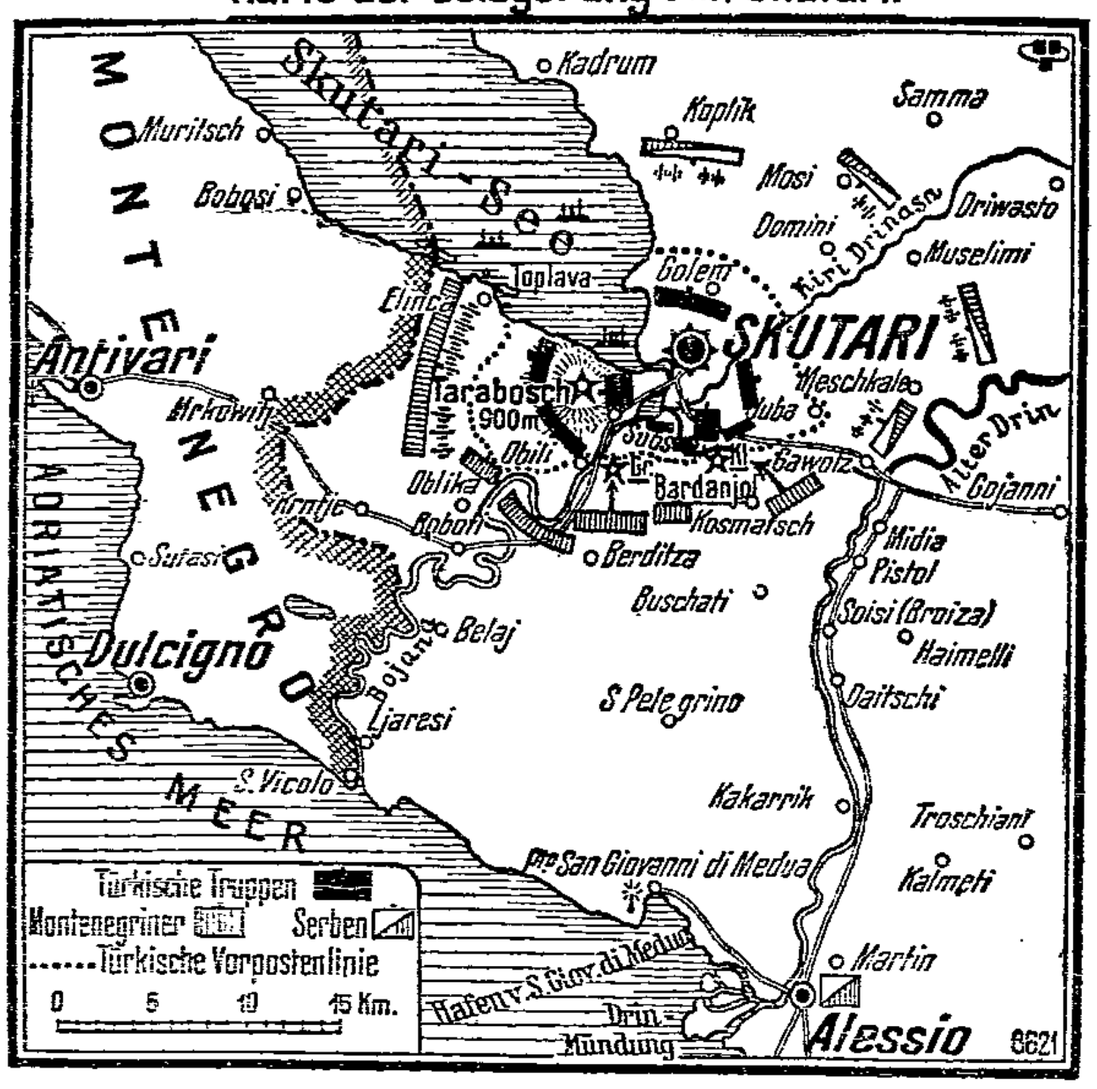
Die deutschen Chauvinisten haben jetzt einen neuen Verbündeten aufgestöbert: der Druckfehlerteufel arbeitet ihnen ausgezeichnet in die Hände, um die hurrapatriotische Stimmung im Lande zu heben. In unserm letzten Leitartikel, der die Erklärungen der Staatssekretäre Tirpitz und Jagow über die deutschen Beziehungen zu England besprach, hat der Kobold die richtigen Zahlen 10 : 16 in 1 : 16 umgemodelt. Ein solches Verhältnis wäre nun allerdings nicht geeignet, die Zustimmung der deutschen Flottentreiber zu erlangen. Indessen werden unsre Leser, die wenigstens in der Ueberschrift die richtigen Ziffern gefunden haben, auch im Texte das Narrenspiel des chauvinistischen Kobolds bereits entdeckt und korrigiert haben. —

Der Balkankrieg.

Die Belagerung von Skutari.

Während das Bombardement von Adrianopel ununterbrochen fortgesetzt wird, bei der Befestigungslinie von Tschataldscha die Kämpfe zwischen Bulgaren und Türken wieder in vollem Gange sind und auf der Halbinsel Gallipoli die Bulgaren Fortschritte machen, haben die Montenegriner die Beschießung der Festung Skutari wieder aufgenommen, um endlich in ihren Besitz zu gelangen. Sie berichten von hier ebenso wie die Bulgaren vor Adrianopel große Erfolge. Zwei wichtige Befestigungen Skutaris, der große und der kleine Bardanjol sowie ein Teil des Tarabosch, sind gefallen, man sagt, nach ungeheuern Anstrengungen und enormen Verlusten. Die Türken stürmten dreimal gegen die verlornen Schanzen, wurden aber zurückgeworfen. Die Kanonade dauert fort. Unsre Karte zeigt die militärische Lage vor Skutari. —

Karte der Belagerung von Skutari.



* * *

Letzte Meldungen.

* **Konstantinopel, 11. Februar. Die Türken sprechen von einer schweren Niederlage der Bulgaren vor Gallipoli. Die Umgegend von Scharköi, Rodosto und Bigados wurde von den Türken wiedererobert, ebenso Escancelteich und Taonaslan, wobei vier Geschütze erobert wurden. Der höchst blutige Kampf wurde von beiden Seiten mit äußerster Erbitterung geführt. Angeblich wurden 1200 Bulgaren gefangen genommen. Midia wurde ebenfalls erobert. Die bulgarische Hauptmacht mußte sich nach heftigem Gefechte hinter Muradli zurückziehen. Enver-Bei leitete an Bord des „Messudieh" die Marmaralandung. 200 gefangene verwundete Bulgaren trafen aus Bulair am Marmarameer ein, woselbst die Bulgaren rund 1000 Mann verloren haben. —**

Wb. Konstantinopel, 11. Februar. Ueber die letzten Kämpfe zwischen Bulair und Egamilo gibt eine gut unterrichtete türkische Quelle folgende Einzelheiten: Die Bulgaren nahmen auf einer etwa 1000 Meter hohen Anhöhe in der Nähe von Egamilo eine starke Stellung ein. Am 8. begannen die türkischen Streitkräfte bei Tagesanbruch die feindlichen Stellungen anzugreifen, worauf der Feind zurückwich; andre türkische Abteilungen, die von der Seite des Marmarameers herankamen, zwangen die Bulgaren noch 6 Kilometer zurückzuweichen. Gegen 11 Uhr verhinderte dichter Nebel die Fortsetzung des Kampfs. Als sich der Nebel gegen 12 Uhr zerstreute, begann der Kampf von neuem. Nach einem energischen Angriff der Türken wichen die Bulgaren zurück und ließen etwa 800 Tote und Verwundete, darunter 200 Leichtverwundete, zurück. Infolge des Nebels hatten auch die Türken beträchtliche Verluste; diese werden auf 200 Tote und Verwundete geschätzt. Am 9. griffen die Türken die bulgarische Stellungen in der Nähe der Mündung des Flusses Kawak an. Der Kampf dauerte bis zur Nacht. Die bulgarischen Streitkräfte werden auf 8000 bis 10 000 Mann geschätzt. Es gelang den Türken, den Kawak zu überschreiten und nach Klemantini vorzurücken. Die türkischen Truppen besetzten Myriophito und rückten dann bis Kechan vor, das sie ebenfalls besetzten; die türkischen Patrouillen sind schon bis Muradli gelangt. Bevor die Türken in der Gegend von Egamilo diesen Erfolg errangen, erlitten sie eine kleine Schlappe. Sie mußten sich bis Bulair zurückziehen, konnten dann aber den verlornen Boden wiedergewinnen, erheblich vorrücken und, wie berichtet, den Fluß Kawak überschreiten. Nach einer andern noch nicht amtlich veröffentlichten Nachricht sind die Bulgaren bis in die Nähe von Myriophito zurückgewichen. Die Türken hätten zahlreiche Gefangene gemacht; man spricht von 1800, von denen 600 verwundet sein sollen. Die Regierung hat dem Kommandanten ein Telegramm gesandt, in dem sie ihn zu den Erfolgen beglückwünscht, wodurch die Stimmung der Truppen sehr gehoben sei. —

Wb. Konstantinopel, 11. Februar. Die Abendblätter berichten von einem großen türkischen Erfolg bei Janina. Essad-Pascha soll dort einen Scheinrückzug gemacht haben. Die Griechen hätten darauf die türkischen Flügel angegriffen, die den Griechen eine furchtbare Niederlage beigebracht hätten. Beim Rückzug sollen 1800 Griechen unter dem Feuer der Forts von Bisani getötet worden sein. Wenn auch über die Ereignisse bei Rodosto noch nichts offiziell veröffentlicht worden ist, so sind doch offizielle Nachrichten vorhanden, die die glückliche Landung von bedeutenden Streitkräften bestätigen. Diese sollen bereits mit den Bulgaren, die sich zurückgezogen hätten, den Kampf begonnen haben. Die Pforte wartet auf das endgültige Ergebnis, um die Nachrichten zu veröffentlichen; aber es scheint bereits, daß die türkischen Truppen an Boden gewonnen und schon einige bulgarische Gefangene gemacht haben. Die Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli dauern fort. Die türkischen Truppen griffen die Höhe bei Egamilo an, vertrieben die Bulgaren und eroberten zwei von den vier dort aufgestellten Geschützen.

„Ischam" meldet, daß gestern abend eine Abteilung türkischer Freiwilliger einen heftigen Angriff gegen die bulgarischen Stellungen bei Tschataldscha machte, durch die Drahtgitter brach und in die Verschanzungen eindrang. Sie fügte den Bulgaren durch Bomben starken Schaden zu. Der Feind, der Verstärkungen erhalten hatte, versuchte, die Freiwilligenabteilung, die nicht mehr als 100 Mann zählte, einzuschließen; es gelang aber den Freiwilligen, durchzubrechen und ihre Toten und Verwundeten mitzunehmen. Der Feind verlor 1000 Mann an Toten und Verwundeten. Als dann die Freiwilligen Verstärkungen erhielten, gaben die Bulgaren ihre Stellungen auf und ließen Geschütze und 200 Gefangene zurück, von denen 38 gestern hierhergebracht worden sind. —

Wb. Konstantinopel, 11. Februar. Nach dem „Ischam" soll die Pforte mit europäischen Privatbankiers in Anleiheunterhandlungen stehen; doch hätten sich deren Bedingungen bisher als unannehmbar erwiesen. —

Wb. Konstantinopel, 11. Februar. „Ischam" behauptet, daß noch während der Feindseligkeiten Friedensunterhandlungen geführt werden sollen, die der ehemalige Großwesir Hakki-Pascha leiten wird. Die Pforte bezeichnet diese Meldung als falsch, erklärt aber, daß Hakki-Pascha in der Tat heute über Konstanza in halbamtlicher Mission nach Europa abreisen wird. Er werde Wien, Paris, London und später Berlin besuchen. Reschid-Pascha bleibe in London, weil auch jede der Balkandelegationen ein Mitglied in London zurückgelassen habe, das die Verhandlungen der Botschafterkonferenz verfolgen solle. Ueber die Aufgabe Hakki-Paschas erklären gut unterrichtete Kreise, daß er sich über einen eventuellen Friedensschluß mit der Botschafterkonferenz in Verbindung setzen solle. Der Vorschlag Hakkis werde darauf hinauslaufen, die sechs Mächte zu ersuchen, halbamtliche Besprechungen über den Frieden im Namen der Türkei und auf Grundlage der in der letzten türkischen Antwortnote enthaltenen Bedingungen zu führen. —

Pc. Konstantinopel, 11. Februar. Die Konsuln in Adrianopel sandten heute zum drittenmal eine Kollektivdepesche an ihre Botschaften, in der sie anzeigen, daß, entgegen allen Gesetzen der Menschlichkeit, die Bulgaren nunmehr schon den vierten Tag ohne Unterbrechung die Stadt Adrianopel bombardieren. —

Pc. Cetinje, 11. Februar. Die Zahl der in den letzten Kämpfen bei Skutari gefallenen montenegrinischen Offiziere beläuft sich auf 126. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Februar 1913.

Militärische Fleischpreise.

h. Die deutschen Militärverwaltungen haben jetzt für das erste Halbjahr 1913 überall die Fleischlieferungen vergeben, die Militärverwaltung gibt darüber eine Zusammenstellung heraus, die das Interesse der Allgemeinheit sehr nötig hat. Bekanntlich sind die Lieferungsbedingungen und die ständige Kontrolle bei den Militärbehörden sehr eingehend und scharf. Es wird überall Fleisch guter Qualität von gesunden und in gutem Ernährungszustande befindlich gewesenen Vieh frei Ausgabestelle der betreffenden Garnisonen verlangt. Deswegen kann ohne weiteres angenommen werden, daß es sich um Fleischqualitäten handelt, wie sie besser in Fleischerläden durchschnittlich nicht verkauft werden. Für ein Kilogramm Fleisch der unten bezeichneten Sorten zahlen die aufgeführten Militärverwaltungen im 1. Quartal 1913 in Mark:

Fleischsorte	Breslau	Berlin (Garde)	Magdeburg	Halle a/S.	Altona	Hannover	Frankfurt	Kassel
Ochsenfleisch	1.34	1.52	1.24	1.56	1.58	1.56	1.60	1.48
Kuhfleisch	1.32	1.50	1.20	1.50	1.50	1.48	1.54	1.45
Rinderschmorbraten	1.50	1.60	1.38	1.60	1.80	1.64	1.62	1.56
Gehacktes Rindfleisch	1.60	1.60	1.40	1.60	—	1.70	—	1.70
Rinderfilet	2.50	2.40	1.80	—	—	—	—	2.40
Beefsteakfleisch	—	1.80	1.60	2.00	2.70	1.90	2.00	1.90
Rindsleber	1.70	1.50	1.40	1.80	1.80	1.60	—	1.20
Rindertalg	1.10	0.90	—	—	1.20	—	1.20	—
Rindersuppenknochen	0.20	0.40	0.10	0.60	0.25	0.40	0.30	0.20
Kalbfleisch	1.60	1.60	1.40	1.70	1.65	1.64	1.70	1.60
Kalbsbraten	1.80	1.90	1.60	1.75	2.00	1.88	1.75	1.56
Kalbskotelett	—	2.00	—	2.00	2.40	1.88	1.90	1.56
Kalbsschnitzel	2.00	3.00	2.40	—	4.00	3.60	2.70	2.80
Hammelfleisch	1.51	1.52	1.44	1.50	1.50	1.44	1.60	1.64
Hammelbraten	1.60	1.60	1.48	1.50	1.80	1.60	—	1.70
Hammelkotelett	1.50	—	—	—	1.80	—	—	1.70
Schweinefleisch	1.50	1.56	1.60	1.64	1.72	1.64	1.56	1.56
Schweinebraten	1.58	1.65	1.70	1.70	1.80	1.72	1.66	1.66
Schweinsrippen	1.50	1.60	1.60	—	1.80	1.72	1.70	1.20
Karbonade	1.70	1.80	1.80	1.80	1.90	1.80	1.70	1.70
Gehackt. Schweinefl.	1.60	1.60	1.70	1.70	—	1.60	—	1.68
Kasseler	1.80	1.80	1.82	—	2.00	1.90	—	1.80
Frischen Speck	1.62	1.50	—	—	—	1.60	—	—
Geräuch. Rippenspeck	1.64	1.70	1.70	1.80	1.98	1.90	1.76	1.76
Schweineschmalz	—	1.55	—	—	1.50	1.70	1.50	1.70
Frische Blutwurst	0.70	1.20	—	—	—	1.20	1.15	1.10
Frische Leberwurst	0.70	1.80	—	—	—	1.40	1.15	1.40
Zervelatwurst	2.60	3.20	—	—	3.20	3.40	3.70	2.60
Schinken, geräuchert	2.80	3.20	2.80	—	—	2.40	3.70	2.60
Schinken, gekocht	2.80	3.20	2.90	3.20	3.40	—	3.70	3.00

Die Preise schwanken je nach Marktlage und — Geschicklichkeit der einkaufenden Militärbehörde, im allgemeinen können aber die „Zivilkäufer" erkennen, daß die Fleischer auch billiger zu verkaufen vermögen. Der Ladenverkauf ist auch eine regelmäßige Einnahme, mit dem dauernden Geschäft die Militärpreise entschuldigen zu wollen, geht deswegen nicht! Der Ueberblick zeigt wieder, daß der kleine Mann, die Proletarierfamilie auch das Fleisch am teuersten einkauft, die Aermsten müssen das meiste zahlen! —

— **Das klassische Schauspiel Nathan der Weise** von Lessing, welches in der nächsten Sonntagnachmittagsvorstellung im Stadttheater zur Aufführung kommt, verdient einen sehr zahlreichen Besuch. Die Arbeiterschaft wird hoffentlich regen Gebrauch von den billigen Eintrittspreisen machen. Billete sind im Arbeitersekretariat und in der Buchhandlung Volksstimme zu haben. —

— **Die „Neue Welt"**, welche uns zum Einbinden überbracht wurde, liegt zum Abholen bereit. Preis in Originaldecke gebunden Mark 2.30 ohne Bestellgeld. Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 3.

— **Die gelben Straßenbahnervereine auf dem toten Punkt.** Trotz aller Bemühungen, Unterstützungen und sonstigen Begünstigungen, die die Direktion den gelben Vereinen der Straßenbahner zuteil werden läßt, kommen diese nicht mehr vorwärts. Ja, es kann sogar erfreulicherweise bei einigen dieser unter direktorialer Leitung stehenden Vereinen von einem Rückgang gesprochen werden. Die Versammlungen und auch die Vergnügungen der gelben Vereine bilden schon lange keinen Anziehungspunkt mehr und sind schlecht besucht. Die Mitgliederzahl ist erheblich zusammengeschrumpft und die Kassenverhältnisse sind nichts weniger als glänzend. Die Direktion, die über diese Vereine gut unterrichtet ist, hat diesen Stillstand denn auch schon bemerkt, da die Vereine verpflichtet sind, nach jeder Monatsversammlung einen schriftlichen Bericht einzureichen. In der vergangenen Woche wurden die Vorstände der fünf Vereine in das Bureau der Direktion beschieden, um zu berichten. Diese Berichte müssen wohl nicht zur Zufriedenheit ausgefallen sein, denn die Herren wurden beauftragt, in kürzester Zeit einen schriftlichen Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr anzufertigen. Als wenn das so einfach wäre! Besondern Wert legt die Direktion auf den Nachweis der Verwendung der Gelder und wer von den Angestellten noch nicht Mitglied dieser Vereine ist. Jedenfalls ist es der Direktion auch nicht ganz unbekannt geblieben, daß die von ihr gestiftete Summe von 1500 Mark nicht ausschließlich zu Unterstützungszwecken Verwendung gefunden hat. Trotz alledem zeigte sich die Direktion ihren Lieblingen gegenüber nicht knickrig, denn sie ließ den einzelnen Vereinen zur Belebung der im Abflauen begriffenen gelben Bewegung je 250 bis 300 Mark wieder zukommen. Ob der Zweck erreicht wird, muß abgewartet werden. Das Gros des Personals hat längst eingesehen, daß es diese Danaergeschenke der Direktion nur zu fürchten hat und daß eine Aufbesserung der Gehalte nur zu erreichen ist durch einen allgemeinen Anschluß an den Deutschen Straßenbahnerverband. —

— **Das neue Volksbad in der Neustadt,** das auf dem ehemaligen Schwiesauschen Grundstück errichtet ist, wurde am Montag nachmittag von den Mitgliedern des Bade-Ausschusses und im Beisein einiger Stadt- und Bauräte einer eingehenden Besichtigung unterworfen. Das ziemlich umfangreiche, im Rohbau fertige Gebäude macht mit seiner nach der Hamburger Straße zu gelegenen Hauptfront einen freundlichen Eindruck. Unter den vorhandenen Volksbädern stellt das Neustädter nach seiner Vollendung, die zum Oktober erfolgen wird, das größte dar. Zwei zur Probe fertiggestellte Badezellen (je ein Wannen- und Brausebad) fanden den Beifall des Ausschusses. Das Neustädter Volksbad wird auch das erste, dem Sonnenbäder für beide Geschlechter angegliedert sind. Nach der Besichtigung fand eine Probealarmierung der benachbarten neuen Feuerwache und eine Vorführung der mittels Elektrizität betriebenen modernen Magirusleiter statt. —

— **Von der Elbe.** Am Montag abend war der Höchststand des Hochwassers mit + 3,20 Meter am hiesigen Pegel eingetreten. Am Dienstag früh war der Wasserspiegel bereits um 4 Zentimeter gefallen, so daß der Pegel nur noch + 3,16 Meter zeigte. In wenigen Tagen wird der Wasserspiegel der Elbe seine normale Höhe eingenommen haben. —

— **Achtung, Bauarbeiter!** Auf dem Bau des Unternehmers Paul Schäfer, Salbke-Westerhüsen, Repkowstraße, sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Pflicht eines jeden ist es, die Baustelle zu meiden, bis die Differenzen erledigt sind.

Deutscher Bauarbeiterverband.

— **Die diesjährigen Osterferien.** In Anbetracht dessen, daß in diesem Jahr das Osterfest ausnahmsweise früh fällt, hat die königliche Regierung Magdeburg, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, angeordnet, daß die diesjährigen Osterferien in sämtlichen Schulen des Bezirks mit dem 20. März beginnen und mit dem 31. März ihr Ende erreichen. —

— **Eine neue Zwangsinnung.** Der Regierungspräsident hat angeordnet, daß zum 1. April 1913 eine Zwangsinnung für das Juweliere, Gold- und Silberschmiede-Handwerk in dem Stadtkreis Magdeburg und in den Kreisen Wanzleben, Wolmirstedt, Neuhaldensleben, Kalbe a. d. S., Jerichow 1 und 2, Stendal (Stadt und Land), Gardelegen, Osterburg und Salzwedel mit dem Sitze in Magdeburg errichtet werde. —

— **Baugenehmigungen.** In der ersten Hälfte des Februar wurden von der städtischen Polizeiverwaltung 41 Baugenehmigungen erteilt. Die Baulust ist immer noch wenig rege, denn an größeren Bauten befinden sich nur zwei Vorderwohnhäuser und das Dienst- und Unterkunftsgebäude im Glacis am Sachsenring, das der Magistrat aufführen läßt, darunter. —

× **Wem gehören die Sachen?** Bei dem wegen Raubes, Diebstahls an Handtaschen und andrer Diebstähle festgenommenen Tischler Richard Becker sind außer den bereits bekanntgegebenen Sachen eine neusilberne Herren-Remontoiruhr (im Deckel „Fritz Kampe, Schneider" graviert) nebst Nickelkette, ein goldener Verlobungs- oder Trauring, gez. „R. L.", ein weißes Taschentuch, gez. „A. K. 4" oder „7", ein älteres braunes Klapportemonnaie, fünf Rabattscheine (je einer über 2 Mark, 1 Mark, 50 Pfg. und zwei zu je 20 Pfg.) sowie ein Quittungsschein über 3,95 Mark, abgestempelt am 20. Dezember 1912 des Krupp-Grusonwerks. Becker scheint auch der Dieb zu sein, der im Frühjahr v. J. in der Wilhelmstadt, namentlich in der Goethestraße des Nachts durch offenstehende Fenster in Wohnungen eingestiegen ist und Diebstähle ausgeführt hat. Aus einem solchen Diebstahl sind Beweisstücke bei ihm gefunden worden. Junge Mädchen, denen Handtaschen im Glacis oder Königin-Luisen-Garten gestohlen sind, werden nochmals aufgefordert, sich die bei der Kriminalpolizei ausliegenden Gegenstände, die sich zweifellos in Handtaschen befunden haben, anzusehen und sich nicht durch falsche Scham abhalten zu lassen, Anzeige zu erstatten. —

× **Gestohlen** wurden vom Hofe des Grundstücks Große Storchstraße Nr. 7 ein Handleiterwagen; aus einem verschlossenen Zimmer am Breiten Wege 18 Mark, die in einem unverschlossenen Wandschrank gelegen haben; im Gesellschaftssaal im Herrenkrug eine Skunksstola; vor der Hauptpost ein Fahrrad „Brandenburg" mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und nach oben gebogener Lenkstange; vom Hofe des Grundstücks Kaiserstraße Nr. 20 ein Fahrrad „Tadellos" mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, roten Mänteln, Freilauf mit Rücktrittbremse und nach unten gebogener Lenkstange; vor der Hauptpost ein Fahrrad „Brennabor" mit schwarzem Rahmen, gelben Holzfelgen und etwas nach unten gebogener Lenkstange; aus einem Schaukasten in der Königshofstraße ein Karton mit 40 meist goldenen Ringen. Der Täter hat die Scheibe mit einem Hammer, in dem der Stiel fehlt, um den er zurückgelassen hat, zertrümmert. —

× **In Haft genommen** wurden die Arbeiter Wilhelm St. und Karl W. von hier, die mit noch einem Genossen am 6. d. M. in der Jordanstraße sechs Stück 4 Meter lange Gasrohre im Werte von etwa 80 Mark gestohlen, auf einem Ackerstück in der Nähe des Sudenburger Schützenhauses zerschlagen und dann an einen Rohproduktenhändler für 25 Mark verkauft haben. —

— **Schon wieder grober Unfug.** Am Montag nachmittag gegen 5 Uhr rückte Löschzug 2 auf eine vom Feuermelder Friedenstraße 23 veranlaßte Alarmierung nach dort aus. An Ort und Stelle wurde die Feststellung gemacht, daß der Schulknabe Alfred Kalbitz, wohnhaft Friedenstraße 23, den Melder unbefugt gezogen hatte. Es ist dies in kurzer Zeit das drittemal, daß durch Schulkinder die Feuerwehr unnötigerweise alarmiert wurde. —

Konzerte, Theater, Sport ꝛc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* Städtische Konzerte. Auf das am Mittwoch den 12. Februar stattfindende Theaterkonzert III B des städtischen Orchesters sei nochmals hingewiesen. Solist ist der Klavierkünstler Professor Emil Sauer, der das Klavierkonzert in E-Moll von Chopin und Klaviersolostücke von Mendelssohn: Präludium, Liszt: Liebestraum, Saint-Saëns: Toccata, spielen wird. Das Orchester bringt Robert Schumanns Sinfonie Nr. 4 in D-Moll und von Richard Wagner das Siegfried-Idyll und den Trauermarsch. Dem Konzert geht vormittags 11 Uhr die öffentliche Hauptprobe voraus, in der das ganze Programm zur Aufführung gelangt. —

* Wilhelm-Theater. Mittwoch ist die 21. Aufführung der Operetten-Novität „Der Frauenfresser", während am Donnerstag die entzückende Operette „Hoheit tanzt Walzer" zur Darstellung kommt. Am Montag ist die erste Aufführung von der Kren-Kraatzschen Novität „Die Millionenbraut", Musik von Johannes Doebber. Die Titelpartie spielt Rosel Sustrovits. —

* Zentraltheater. Von Sonntag an tritt im Zentraltheater der bekannte Tierpädagoge Ernst Perzina mit seinem auf Kommando sprechenden und singenden Papagei Lora auf. Diese kleine Lora ist der erste Papagei, welcher auf eine ganze Reihe von Fragen die richtige Antwort gibt und sechs Liedchen unter genauer Wiedergabe des Textes und der Melodie bringt. Wir weisen auf den Artikel hin, welcher am Freitag unter der Ueberschrift „Der Papagei auf der Spezialitäten-Bühne" eingehenden Aufschluß über das Intelligenz- und Dressurwunder Lora geben wird. —

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 1. Februar 1913.

Mitgliederbestand am 8. Februar 1913		Krankenbestand am 8. Februar 1913	
männliche	6576 (6571)	männliche	316 (290)
weibliche	2645 (2640)	weibliche, ausschließl. d. Wöchn.	128 (129)
zusammen	9221 (9211)	zusammen	444 (419)
männliche	71,3 % (71,3 %)	männl. des Mitgl.-Bestandes	5,2 % (4,8 %) zus. 5,3 % (5,0 %)
weibliche	28,7 % (28,7 %)	weibl. des Mitgl.-Bestandes	5,4 % (5,4 %)

Außerdem befinden sich in Krankenhäusern und Heilstätten 30 (31) männliche, 16 (16) weibliche Mitglieder.

Wöchnerinnen 30 (27) Mitglieder. — Sterbefälle 1 (2) Mitglieder.

Gezahltes Krankengeld vom 3. bis 8. Februar Mk. 4171,79 (3958,62).
Davon am 8. Februar Mk. 3931,24 (3607,82).

Kaufmännische Ortskrankenkasse.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 1. Februar 1913.

Mitgliederbestand am 8. Februar 1913		Krankenbestand am 8. Februar 1913	
männliche	4391 (4455)	männliche	160 (161)
weibliche	5349 (5339)	weibliche	228 (221)
zusammen	9740 (9794)	zusammen	388 (382)
männliche	45,1 % (45,5 %)	männliche	3,6 % (3,6 %) zus. 4,0 %
weibliche	54,9 % (54,5 %)	weibliche	4,3 % (4,1 %) (3,9 %)

In Krankenhäusern, Heilstätten und andrer Fürsorge befinden sich 21 (19) männliche und 34 (28) weibliche Mitglieder.

Wöchnerinnen 22 (26) Mitglieder. Sterbefälle 2 (—).

Gezahltes Krankengeld vom 3. bis 8. Februar Mk. 3248,80 (3108,83).
Davon am 8. Februar Mk. 2959,85 (2890,35).

Letzte Nachrichten.

Aufruhr in Japan.

* Tokio, 11. Februar. Nach einer eilig zusammenberufenen Ministerkonferenz ist das Abgeordnetenhaus, als es im Begriff war, sich zu versammeln, durch einen kaiserlichen Erlaß auf drei Tage vertagt worden. Trotz eines starken Polizeiaufgebots sammelte sich eine große Menschenmenge in der Nähe des Parlamentsgebäudes. Die Ministeriellen wurden ausgepfiffen und auf die Oppositionellen wurden Hochrufe ausgebracht. Schließlich gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen. Fünfzehn Personen wurden dabei verletzt. Inzwischen hatten sich die Mitglieder der Seiyukwai-Partei auf den Balkonen des Parlamentsgebäudes versammelt; auf die Freudenrufe des Volkes antworteten sie mit Hochrufen, die mit Rufen wie „In Rußland handelt man so! Sind wir in Rußland?" abwechselten. Um 1 Uhr nachmittags wurde dann das Reskript über die Vertagung des Hauses verlesen. —

* Tokio, 11. Februar. Im Laufe des Nachmittags und des Abends kam es zu erneuten gegen das Kabinett gerichteten Volksausschreitungen. Die Räumlichkeiten der regierungsfreundlichen Zeitungen wurden zerstört. Die Menge versuchte verschiedentlich Feuer anzulegen. Der größte Auflauf erfolgte vor dem Gebäude der Zeitung „Kokumin". Das Zeitungspersonal machte einen Ausfall und hieb mit Säbeln auf die Menge ein, von der viele verwundet wurden. Aus den Fenstern des Gebäudes wurden Schüsse auf die Menge abgefeuert, durch die drei Personen getötet wurden. Der Aufruhr dauert noch an. Die Menge fordert die Verhaftung des Mörders. —

Wb. Tokio, 11. Februar. „Jiji Jiji Schimbun" teilt mit, daß die Regierung beschlossen hat, zurückzutreten. Die Nachricht ermangelt noch der Bestätigung; aber man erwartet, daß der Rücktritt morgen oder am Mittwoch erfolgen wird, jedoch jedenfalls, bevor die Session des Reichstags wieder aufgenommen wird. —

Wb. Bitterfeld, 11. Februar. Das kürzlich von der Militärverwaltung abgenommene Militärluftschiff P. 2 (bisher PL. 8) ist heute vormittag 8¾ Uhr zu einer Fahrt nach Köln unter Führung des Oberleutnants Stelling aufgestiegen. An Bord befinden sich neun Personen, darunter die Mitglieder der Militärkommission. Die Fahrt geht um den Harz, wahrscheinlich, über Kassel. —

Pc. Paris, 11. Februar. Die Kammer nahm gestern einen Gesetzentwurf an, der sämtliche Fischkonserven unter den Zwang des Ursprungszeugnisses stellt und verfügt, daß derartige Konserven nur in kleinen Mengen eingeführt werden dürfen. —

Wb. Paris, 11. Februar. In einem Schuppen der Autobusgesellschaft verunglückte gestern abend ein Arbeiter beim Reinigen einer Benzolgrube infolge von Stickgas. Ein zweiter Arbeiter, der ihn retten wollte, fand ebenfalls den Tod.

Pc. Paris, 11. Februar. Aus Briey wird gemeldet, daß die Polizei nach langen Bemühungen eine Bande von sechs deutschen Verbrechern festgenommen hat, die in den letzten Wochen fast täglich Einbruchsdiebstähle in Briey und Umgegend verübt haben. Einer von ihnen, namens Gottlieb Goldbeck, soll auch an einem in den letzten Tagen in der dortigen Gegend verübten Raubmord beteiligt sein. Ein andrer, namens Philipp Markiewicz, hat auf dem Rücken zwei schwere von Revolverkugeln herrührende Wunden, die aus einem Kampfe mit einem Kaufmann, in dessen Laden er einen Einbruch verüben wollte, herrühren. Ferner hat er eine Kugelwunde an der Hand, die er erlitt, als er sich bei seiner Verhaftung zur Wehr setzen wollte. Alle sechs Verbrecher sind im Gefängnis interniert. —

* Konstantinopel, 11. Februar. Ein offizielles Communiqué besagt: Unsre Truppen, die sich bei Derkos befinden, besetzten, ohne Widerstand zu finden, die verschanzten Stellungen des Feindes. Der linke Flügel, der vorrückte, um den Feind auf den Höhen von Omarli anzugreifen, zwang zwei feindliche Regimenter, sich zurückzuziehen. Der Feind griff unsre Stellungen am großen See an und besetzte unsre Deckungen, aber unsre Truppen erwiderten lebhaft das Feuer und nahmen sie wieder ein. —

Briefkasten.

W. R., Thale 60. 1. Der Wirt ist zu einer Mietsteigerung berechtigt. 2. Wenn Sie vereinbart haben, daß der Wirt einen Teil der Kosten trägt, können Sie darauf bringen, daß die Vereinbarung eingehalten wird. —

Wettervorhersage.

Mittwoch den 12. Februar: Ziemlich heiter, trocken, mild. —

Aus dem Geschäftsverkehr.

Lange & Münzer

Nur soweit Vorrat!

Breiteweg 51, 51a, 52, Alter Markt 1 u. 2.
Haltestelle fast sämtlicher Straßenbahnlinien.

Besonderes Angebot! **Damen-Korsetts** Besonderes Angebot!

Serie I

Moderne Form aus solidem Stoff mit Spitzen garniert und Strumpfhaltern

jetzt 1.95

Serie II

Lange moderne Form aus Ia. Stoff, reich garniert und 2 Paar Strumpfhaltern

jetzt 2.95

Serie III

Lange moderne Form, grau/weiss gestreift, reiche eleg. Ausstattung mit Ia. Strumpfhaltern

jetzt 4.50

Weiße Damen-Beinkleider aus soliden Stoffen, reich mit Stickereien und Stickereieinsatz garniert
2.50 1.95 1.65 1.25 und **95** Pf.

Fertige Kissen ringsherum gebogt **jetzt 1.10**

Weiße Batist-Kinder-Schürzen Grösse 45 bis 75 cm, reich mit Stickerei garniert und Volant
1.75 1.45 1.10 und **88** Pf.

505

Möbel
billig und gut
bei 567
5. Schiele
Magdeburg
Jakobstraße 1.

Aepfel! 519 **Aepfel!**

Rote Aepfel	10 Pfd.	60 ₰
Danziger Kantäpfel	10 Pfd.	80 ₰
Grüne Musäpfel	10 Pfd.	1.00
Edel-Borsdorfer	10 Pfd.	1.00
Pischon-Aepfel	10 Pfd.	1.00
Kasseler Renette	10 Pfd.	1.30
Ananas-Renette	10 Pfd.	1.50

Italienischer Blumenkohl i. Stiegen 27 Stück = **3.00**
jeden Mittwoch und Sonnabend
Hartstraße 8, part.
Verkaufszeit morg. 9 b. nachm. 4 Uhr

Möbeltransporte mittels moderner, gepolsterter Verschluß-Möbelwagen übernimmt billigst b. sorgfältigst. Ausführung
Ernst Funke, Magdeburg-Buckau, Freie Straße 25 — (Langenhagensche Fabrik) — **Tel. 4400**

Singer-Nähmaschine, tadellos gut nähend, 15 Mk. **Goeke,** Goldschmiedebrücke 5. I. 578

---

1 zweischl. Bettstelle mit Matr. bill. zu verkaufen **Ritterstr. 6,** Hof 2 T. r.

Waschen Sie schon mit Kluges Seifensalmiak? 563

Wegen Aufgabe des Lokals verkaufe in meiner Wohnung 1 gr. Posten Gardinen, Damen- und Herrenwäsche, Schürzen, diverse Leinen- und Baumwollwaren zu äußerst billigen Preisen. 349
Knochenhauerufer 24, I.

Kaufe spez. alte **Gebisse** zerbr. Teile, zu allerh. Preisen. **Frau Meyer, Sudenburg,** Braunschweiger Str. 104, part.

Kaufe 577
Kanarienhähne und -weibchen.
Bezahle für Hähne, flott im Gesang, 4.50 bis 7.00 Mk., für Weibchen 1 Mk.
Jos. Tischler, Annastr. 25.

Wurstwaren eigner Schlachtung empfiehlt **R. Höflich,** Gr. Mühlenstr. 13.

Wurstwaren
eigner Schlachtung
Offeriere z. Einheitspreis **1.00** ℳ jeden Montag und Donnerstag frische **Rot- und Leberwurst, Sülze, Schwarten- u. Schwartenwurst.** Jeden Mittwoch u. Sonnabend ff. Räucherfische u. Kroblauchw.
M. Ullner, Regierungsstr. 7/9

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Buchhandlung Volksstimme**

Bekanntmachung.

Hiermit machen wir dem radfahrenden Publikum von Magdeburg und Umgegend die ergebene Mitteilung, dass wir

Anfang März in Magdeburg
Breiteweg 249a
(am Hasselbachplatz) eine Filiale eröffnen.

Fahrradhaus Frisch-Auf

329 **Offenbach a. M.**

Billige Buttertage

Heute Dienstag und Mittwoch lasse ich die vor einiger Zeit herabgesetzten Butterpreise noch bestehen:

„Magdeburger Schnabelweide“ A. H. Völkers gesetzlich geschützte Elite-Buttermarke . . . . . Pfund **1.55**
Feinste frische Molkereibutter Pfund **1.48**
Fette kernige Koch- u. Bratbutter Pfund **1.40**
5 % Rabatt

Den verehrten Hausfrauen ist somit noch die günstigste Gelegenheit geboten, festzustellen,

welche Butter am besten schmeckt

Da die Einkaufspreise hauptsächlich in extrafeiner Butter bedeutend gestiegen sind und ich im Prinzip meinen werten Kunden nicht geringere Qualitäten, sondern stets meine

bekannten auserlesenen feinsten Marken

verkaufen möchte, bin ich leider gezwungen, die Preise für alle Buttersorten **ab Donnerstag den 13. d. M. um 5 Pfennig für das Pfund zu erhöhen.**

A. H. Völker 672
Buttergroßhandlung.

9 Verkaufsstellen: Jakobstraße 5, Jakobstraße 21, Gustav-Adolf-Straße 39, Grünearmstraße 9/10, Breiteweg 252, Buckau, Schönebecker Straße 109a, Sudenburg, Halberstädter Straße 41, Wilhelmstadt, Olvenstedter Straße 49a und Annastraße 40.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 36. Magdeburg, Mittwoch den 12. Februar 1913. 24. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

108. Sitzung.

Berlin, 10. Februar, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kühn, Dr. Lisco.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst **Wahlprüfungen.**

Den Anträgen der Kommission entsprechend wird die Wahl des Abg. Held (natl.) für gültig erklärt und über die Wahl des Abg. v. Liebert (Rp.) Beweiserhebung beschlossen.

Es folgen einige **Rechnungssachen**, die debattelos dem Rechnungsausschuß überwiesen werden.

Dann wird die Beratung des

Etats des Reichsjustizamts

fortgesetzt.

Abg. Dr. **Ablaß** (Fortschr. Vp.): Gegen den **Vorwurf einer Klassenjustiz** müssen auch meine Freunde unsern Richterstand in Schutz nehmen. Ebenso unbedingt muß der Vorwurf der Rechtsbeugung gegen die Schwurgerichte zurückgewiesen werden, der von einem Landgerichtspräsidenten in der Juristenzeitung erhoben wurde. Der Minister des Innern in Preußen hat die Polizeibehörden angewiesen, die Amtsgerichte darauf aufmerksam zu machen, daß die dem Deutschen Aerztevereinsbund angehörigen Vereine nicht in das Vereinsregister eintragungsfähig seien. Entsprächen die Amtsgerichte und dann auch die Landgerichte dieser Anregung nicht, so sei an den Minister zu berichten. Das ist ein ganz unerhörter Eingriff der Verwaltung in die Rechtspflege. (Sehr richtig! links.) Jedes Amtsgericht wird hoffentlich Mannes genug sein, der Verwaltungsbehörde bei dem Versuch der Einmischung in die Rechtsprechung gründlich die Tür zu weisen. (Zustimmung links.) Herr v. Dallwitz scheint zu glauben, daß auch der Sekretär des Reichsjustizamts sein junger Mann sei. Der Bund der Landwirte ist eingetragen worden, obwohl er ein politischer Verein ist. Warum wirkt Herr v. Dallwitz nicht aufklärend gegenüber Herrn v. Jagow, damit er hier einen Einspruch erhebt? Auch der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist eingetragen worden, ohne daß der Polizeipräsident v. Jagow Einspruch erhob. Beim Amtsgericht Charlottenburg ist der „Verein reichstreuer Männer für Wilmersdorf und Umgebung" eingetragen worden und ebenso eine Satzungsänderung, die besagt, daß kein Mitglied einer freisinnigen oder sozialdemokratischen Partei in den Verein aufgenommen werden darf. Man sieht, wohin die Mitwirkung der Verwaltungsbehörden bei der Rechtspflege führt; um so schärfer muß Widerspruch erhoben werden, wenn die Verwaltungsbehörde sogar contra legem (dem Gesetz zuwider) sich einen Einfluß zu sichern sucht, wie es durch den Erlaß des preußischen Ministers geschehen ist. Es wäre verhängnisvoll, wenn es dazu käme, daß man im Volke sagte, die preußischen Richter haben nur ihrer Ueberzeugung zu folgen, und außerdem den Weisungen der Verwaltungsbehörden. (Zustimmung b. d. Fortschr. Vp.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. **Lisco:** Wenn ein Verein in das Vereinsregister eingetragen ist, der wegen seiner Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke nicht eintragungsfähig ist, so hat jeder Staatsbürger das Recht, die Löschung zu beantragen. Etwas andres hat doch auch der preußische Minister des Innern mit seinem Erlaß, der die Löschung bestimmter Aerztevereine anregt, nicht getan. Von einem Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit kann dabei gar keine Rede sein. Der Bund der Landwirte, ein politischer Verein, hat seine Eintragung beantragt, und davon wurde der Verwaltungsbehörde Kenntnis gegeben. Diese kann bei einem politischen Verein Einspruch erheben, muß es aber nicht tun. Da sie es nicht getan hat, mußte die Eintragung erfolgen, die Justizbehörde konnte gar nicht anders verfahren.

Abg. **v. Trampczynski** (Pole): Da bei der Interpellation über das preußische Enteignungsgesetz der Staatssekretär des Reichsjustizamts nicht hier war, mache ich ihn jetzt darauf aufmerksam, daß dieses Gesetz im Widerspruch zur Reichsverfassung steht. Mit der Erhebung von Beleidigungsklagen im öffentlichen Interesse ist bei den Streikprozessen im Ruhrrevier in haarsträubender Weise Mißbrauch getrieben worden. Die Urteile dort zeigen, daß die Richter dem Volksempfinden ganz fern stehen. Darunter haben auch wir in den polnischen Landesteilen ganz außerordentlich zu leiden. Polnische Richter werden überhaupt nicht mehr in diesen Landesteilen angestellt. In Preußen ist die Rechtspflege ja Nebensache, und es kommt nur auf die Gesinnung an. (Sehr richtig! b. d. Polen.)

Abg. **Landsberg** (Soz.):

Der Abg. Belzer hat neulich gegen die Zulassung einiger Rechtsanwälte protestiert. Es war bisher unter den deutschen Rechtsanwälten nicht üblich, den Kollegen als Konkurrenten zu betrachten. Jeder ehrenhafte Kollege ist uns willkommen. Unwille besteht in Rechtsanwaltskreisen nur darüber, daß frühere Richter und Staatsanwälte, die sich in ihrem Beruf aus besonderen Gründen nicht haben halten können und von der Anwaltskammer abgelehnt werden, dann vom Ehrengerichtshof in Leipzig als Anwälte zugelassen werden. So war es der Fall bei einem Berliner Staatsanwalt, der bis über den Hals in Schulden steckte, von einem Betrüger ein größeres Darlehen erhalten hatte, und dann gegen denselben Betrüger als Staatsanwalt auftrat. Selbstverständlich war der Mann unhaltbar, als der Sachverhalt herauskam, und er mußte aus seinem Amt ausscheiden. Die Zulassung eines solchen Mannes durch den Ehrengerichtshof ist geradezu unerhört. Die deutsche Rechtsanwaltschaft soll kein Abladeplatz sein für Bauschutt aus andern Berufen.

Sehr wünschenswert wäre es, wenn der Staatssekretär durch Abänderung der Zivilprozeßordnung das Existenzminimum von 1500 Mark — eine Summe, die den heutigen Verhältnissen bei weitem nicht mehr entspricht (Sehr richtig!) — auf 2500 Mark erhöhen würde. Die Ueberlastung des Reichsgerichts, meinte der Staatssekretär, könne nur gehoben werden entweder durch eine Vermehrung der Zahl der Senate oder durch eine Abänderung der Zivilprozeßordnung. Damit meinte er jedenfalls eine abermalige Erhöhung der Revisionssumme. Gegen eine solche Absicht legen wir von vornherein Verwahrung ein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn die Zahl der Prozesse zunimmt, muß selbstverständlich die Zahl der Richter vermehrt werden. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß dann die Einheitlichkeit der Rechtsprechung in Frage stehe. Das ist vielmehr der Fall, wenn man die meisten Prozesse beim Oberlandesgericht enden läßt. Wie kann das Oberlandesgericht in Kolmar im Elsaß eine Ahnung haben von der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts in Posen! Dagegen können selbst 20 Senate beim Reichsgericht sehr wohl ihre Rechtsprechung gegenseitig kontrollieren. Ich überschätze wirklich nicht den Wert der Rechtsprechung beim Reichsgericht. Jedenfalls aber hat es eine gewisse Bedeutung, wenn das Oberlandesgericht eine Instanz über sich weiß, die seine Entscheidungen nachprüft. Es gibt Oberlandesgerichte, bei denen die Sachen, die keiner Nachprüfung unterliegen, Lebersachen genannt werden weil man in solchen Fragen frisch von der Leber urteilen kann. (Heiterkeit und Hört, hört!) Diese Bezeichnung besagt genug; sie beweist, daß erhebliche Beweisanträge der Parteien ganz anders gewürdigt werden, wenn die Revision zulässig ist.

Herr Holtschke hat neulich seine Zufriedenheit mit einer englischen Einrichtung bekundet, die sich bei seinen Gesinnungsgenossen leider immer zeigt, wenn jenseits des Kanals irgend etwas Rückständiges eingeführt wird, er hat uns mit epischer Breite vorgetragen, daß man dort die

Prügelstrafe für Zuhälter und Kuppler

eingeführt habe. Mir erscheint es sehr naiv, wenn man glaubt, daß diese Verbrecherkategorien durch Einführung der Prügelstrafe verschwinden würden. Denken Sie an das Beispiel Dänemarks, wo der würdige Justizminister Alberti die Prügelstrafe einführte — beinahe wäre er ihr selbst zum Opfer gefallen (Heiterkeit) — und wo man sie nach einigen Jahren wieder abgeschafft hat. Wenn überhaupt eine körperliche Strafe abschrecken könnte, dann müßte es doch in erster Reihe die Todesstrafe tun. Aber hat man erst mal die Erfahrung gemacht, daß in Ländern, wo die Todesstrafe abgeschafft ist, mehr Mordtaten begangen werden? Die Statistik beweist doch das Gegenteil. Gegen Kuppler und Zuhälter geht man am sichersten vor, wenn man dafür sorgt, daß die soziale Lage der erwerbstätigen Frauen eine bessere wird und diesen Verbrechern so die Objekte für ihre Betätigung entzieht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Darauf kommt es an, nichts aber erreicht man damit, daß man sie irgendwelchen widerwärtigen Exekutionen unterwirft, die verrohend wirken müssen auf alle Teile, auch auf die, die die Prügel zu applizieren haben. (Sehr richtig!) Wie wenig maßgebend übrigens für unsre Zustände die von dem Abg. Holtschke zitierten englischen Verhandlungen sind, beweist die von ihm angeführte Aeußerung des englischeen Kriegsministers, er sei zwar ein Gegner der Prügelstrafe, aber ganz lasse sich die Prügelstrafe aus der Armee nicht beseitigen. Ich hoffe, daß Herr Holtschke kein Anhänger der Prügelstrafe in unsrer Armee ist. (Abg. Dr. **Oertel:** Doch!)

Der Resolution Schiffer über das Vorkaufsrecht von Gemeinde, Staat usw. bei Zwangsversteigerung von Grundstücken werden wir zustimmen. Sie erinnern sich an den Fall, den Herr Schiffer anführte. Ein Hypothekengläubiger hat auf einem Grundstück, das einen Wert von etwa 50 000 Mark hat, eine Hypothek von 30 000 Mark, er bringt das Grundstück zur Zwangsversteigerung, ist dabei der einzige Bieter und bekommt für das Gebot von 1000 Mark das Grundstück, hat also für sein Darlehen ein Aequivalent bekommen, das den Wert der 30 000 Mark erheblich übersteigt. Nun kommt aber das Schönste. Der arme ausgepfändete Schuldner, der sein Grundstück losgeworden ist, kommt wieder in bessere Vermögensverhältnisse und nunmehr macht der Ersteher des Grundstücks auf Grund des Darlehnsvertrags, der zwischen ihm dem Schuldner bestanden hat, seine Forderung von 29 000 Mark Rest gegen den armen Teufel geltend, und in vielen Fällen ist das Geld in solchen Fällen dem Gläubiger zugesprochen worden. Dagegen wendet sich die Resolution. Herr Holtschke meinte, durch Annahme der Resolution sei dem Schuldner nicht geholfen, er sei ja doch sein Grundstück los. Da hat er wohl die Tragweite der Resolution nicht ganz erfaßt. Wenn der Gläubiger weiß, daß ein Vorkaufsrecht der Gemeinde, des Staates oder des Reiches besteht, so kann er nicht riskieren, 1000 Mark auf das Grundstück zu bieten (Sehr richtig!), denn dann muß er mit der Möglichkeit rechnen, daß auf Grund des Vorkaufsrechts die Gemeinde usw. das Grundstück übernimmt, und dann ist er seine dingliche Forderung los. Bedauerlich ist, daß eine solche Resolution überhaupt nötig ist. Meines Erachtens könnte schon auf Grund der bestehenden Gesetze, weil der betreffende Gläubiger z. B. zweifellos

gegen die guten Sitten handelt,

gegen ihn vorgegangen werden. Bedenklich ist bei der Resolution nur, daß auf Grund eines Mißstandes ein Gesetz gefordert wird. Eine solche Gelegenheitsgesetzmacherei ist selten gut, und bedenklich ist ferner, daß nur eine Art des unmoralischen Erwerbs herausgegriffen werden soll, während es viele andre ebenso schlimme gibt, die unbeanstandet bleiben. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die preußische Regierung geneigt ist, alle Befugnisse, die sie bekommt, zu mißbrauchen. Würden wir ein Gesetz gegen die Schundliteratur machen, so würde sie sicher auch das „Kapital" von Karl Marx darunter stellen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Bleiben doch heute so viele dramatische Cochonnerien frei, während Hauptmanns „Weber" erst vom Oberverwaltungsgericht freigegeben werden mußten, und trotzdem immer wieder verboten wurden. Uns wäre am liebsten, wenn das Vorkaufsrecht auf die Gemeinden beschränkt bliebe, jedenfalls werden wir für die Resolution stimmen aus unserm Bestreben heraus, den Grundbesitz der Gemeinden zu vermehren. Im übrigen hat ja neulich Graf Westarp erklärt, die Zustimmung zu einer Resolution bedeute noch gar nichts, man könne sich ja nachher, wenn gesetzgeberisch etwas daraus werde, immer noch auf den entgegengesetzten Standpunkt stellen. (Heiterkeit.)

Nun einige Worte zur Behandlung unschuldig Verhafteter. Ganz typisch ist der Fall des Sattlers Mielke, der wegen Mordverdachts 3 Monate in Untersuchungshaft saß. Seine Unschuld stellte sich in solcher Weise heraus, daß alle Vorbedingungen zur Entschädigung erfüllt waren. Bewilligt wurden ihm als Ersatz für entgangenen Gewinn beim Handel mit Weihnachtsbäumen 75 Mark, als Auslagen für den Umzug 40 Mark und Verteidigungskosten 24 Mark. Von dieser Summe wurden aber noch abgezogen Ersparnisse an Verpflegungskosten während der Haft 37,50 Mark. Und die Beschwerde hiergegen wurde vom preußischen Justizminister verworfen. (Zurufe links: Unerhört!) Von denen, die unschuldig in Untersuchungshaft gesessen haben, verlangt also der preußische Justizminister wohl noch nachträgliche Bezahlung der Verpflegung. (Heiterkeit.)

Wenn wir hier über

Klassenjustiz

klagen, wird das Bestehen derselben von andrer Seite bestritten, Herr Warmuth meinte, unsre Klagen entspringen nur dem Hasse der Sozialdemokratie gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Er mag seine Mahnungen zum Vertrauen an seine nähere Umgebung richten. Herr v. Liebert, der ihm ja nahe steht, hatte wegen Beleidigung die Verurteilung eines Redakteurs in Baden nur zu 25 Mark Geldstrafe erwirkt, und seine Berufung wurde von der Karlsruher Strafkammer verworfen. Da schrieb die „Korrespondenz des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie", im Großblockland Baden muß ein Gegner der Sozialdemokratie schon zufrieden sein, wenn er überhaupt eine geringfügige Bestrafung eines Genossen durchsetzt. Hier wird den badischen Richtern direkt der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht. Wir erheben den Vorwurf der Rechtsbeugung durchaus nicht. Der Sinn unsers Vorwurfs der Klassenjustiz ist, daß die Richter unfähig sind, sich von Anschauungen und Vorurteilen freizumachen, die sie mit der Muttermilch eingesogen haben. Das hat ja auch Herr Kollege Belzer zugegeben, als er sagte, die Richter gehören den bevorzugten Klassen an und sind von ihrem Milieu abhängig. Auch einige andre Redner, die sonst gar keine Abneigung gegen Banalitäten haben (Heiterkeit links), sagen, das ist ja ganz selbstverständlich, niemand kann aus seiner Haut heraus. Weshalb nimmt man aber die Richter nur aus einem bestimmten Milieu, warum muß wenigstens in Preußen ein Referendar den Nachweis eines bestimmten, gar nicht unbeträchtlichen Vermögens führen, um zugelassen zu werden, weshalb befördert man mit Vorliebe Richter, die sich in politischen Prozessen bemerkbar gemacht haben? Wenn ein Fanatiker mit beschränktem Gesichtskreis unter dem Banne des Eindrucks steht, das Streikpostenstehen sei ein fürchterliches Verbrechen und müsse verboten werden, so lächelt man über derartige Torheiten und sagt, es sind Früchte einer Weltanschauung, die nicht gerade mit großen geistigen Unkosten erkauft ist. (Sehr gut!) Vom Richter aber muß man verlangen, daß er sich redlich bemüht, Herr aller Vorurteile zu werden, die er mit der Muttermilch oder im Kreise Gleichgesinnter eingesogen hat. Jeder Richter sollte sich die Worte des alten preußischen Richters Bornemann im Prozeß Jacobi ins Herz graben: **„Je größer die Kluft ist, die mich von einem politischen Gegner trennt, der als Angeklagter vor mir steht, um so sorgsamer gehe ich zu Werke, um so gewissenhafter prüfe ich mich, wenn ich zu Gericht sitze."** Der Reichsgerichtsrat Mittelstedt meinte dagegen, die Richter sind Vertreter der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung und sollen ihre Macht gebrauchen, ehe die Todfeinde dieser Ordnung, die Sozialdemokraten, die Macht in die Hände bekommen. (Hört, hört!)

In der „Post" erhebt ein Richter gegen die Staatsgewalt den Vorwurf, die Gefahren der sozialen Revolution zu mißachten, Streike schüren nach ihm den Klassenhaß, er ruft auf zur Scharung um das monarchische Banner, damit wir nicht allmählich der Revolution entgegenziehen. Gnade dem Sozialdemokraten, der in die Hände eines solchen Mannes gerät! An diesen Artikel mußte ich denken, als ich das Urteil der Breslauer Strafkammer las, das aus Anlaß der letzten Reichstagswahl über den Arbeitersekretär Slowig und mehrere Gefährten verhängt wurde. Sie waren in einem Dorfe der

ungesetzlichen Handhabung beim Wahlakt

entgegengetreten, und hierbei hatte Slowig dem Wahlvorsteher, der sich entgegen einem Ministerialerlaß auf die Anweisung seines Landrats berief, gesagt: „Das ist ja alles Unsinn, was Sie da reden, Ihr macht Euch hier auf dem Lande die Gesetze, wie Ihr wollt. Wir werden Euch das anstreichen!" Als sie auf Anweisung des Wahlvorstehers von etwa 20 Leuten hinausgeworfen waren, hatte Slowig zweien derselben zugerufen: „Ihr wollt Arbeiter sein? Pfui! Schämt Euch!" Wegen Hausfriedensbruchs wurden alle bestraft, Slowig mit 3 Monaten Gefängnis, und wegen der Beleidigung des Wahlvorstehers noch mit 4 Wochen und wegen der Beleidigung der beiden Arbeiter mit 2 Wochen Gefängnis. (Lebhaftes Hört, hört!) Das Urteil wirft ihm vor, er habe lediglich in frivoler Weise seine Machtstellung als Abgesandter der sozialdemokratischen Wahlleitung zeigen wollen. Das Reichsgericht konnte an den tatsächlichen Feststellungen nichts ändern und mußte die Revision verwerfen. Ich stehe nicht an zu erklären, es **ist ehrenvoller, solche Strafen zu empfangen, als sie zu verhängen.** (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) In einem andern Orte wollten zwei Arbeiter, die als Kontrolleure im Wahllokal waren, es nicht dulden, daß aus einer Kakesbüchse, die als Wahlurne diente, die Wahlumschläge der Reihe nach herausgenommen und übereinander geschichtet wurden. Sie wurden wegen Anmaßung eines öffentlichen Amtes und Bedrohung eines Beamten angeklagt und mit 4 Monaten Gefängnis bestraft (lebhaftes Hört, hört!), obwohl sie lediglich aus dem idealen Beweggrunde, das Wahlgeheimnis zu schützen, gehandelt hatten. Ein Rektor dagegen, der einem Wähler den Wahlzettel entrissen hatte und ihm einen konservativen aufdrängen wollte, beantragte der Staatsanwalt, nur mit 1 Woche Festung zu bestrafen, weil seine Beweggründe ideal gewesen seien. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Und die Strafkammer sprach ihn überhaupt frei. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieselbe Strafkammer sprach auch einen Wahlvorsteher, bei dem die ungeheuerlichste Wahlfälschung durch eine Reihe einwandfreier Zeugen erwiesen war, mit der Begründung frei, die Vorwürfe seien so unglaublich, daß man diese Handlungen dem Angeklagten nicht zutrauen kann. (Lebh. Hört, hört!

b. d. Soz.) Diese Strafkammer scheint eine Filiale der barmherzigen Brüder zu sein! (Heiterkeit.)

Noch ein paar Worte zur

Streikjustiz.

In allen Ständen gilt es als oberstes Gesetz, daß der einzelne sein Interesse gegen das der Gesamtheit zurückzustellen hat, und die Richter haben hierfür bei organisierten Aerzten, bei Fabrikanten, die sich einem Unternehmerring anschließen, bei Kaufleuten und Handwerksmeistern Verständnis; überall lassen sie den Gemeinsinn gelten. Für Verfehlungen von Arbeitern aber, die der Ansicht sind, daß auch ihre Klassengenossen Gemeinsinn haben müssen, hat man in weiten Richterkreisen kein Verständnis. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Arbeiter sieht den Arbeitswilligen selbstverständlich als unlautern Konkurrenten an, genau mit demselben Rechte wie der Handwerker und Bauer ihre Berufsgenossen, die unter einem angemessenen Preise verkaufen. Es kommt hinzu, daß, wenn eine Lohnbewegung von Arbeitern siegreich durchgeführt wird, an den Früchten dieser Lohnbewegung die Arbeitswilligen in demselben Maße teilnehmen wie die Streikenden. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Arbeitswilligen wollen also, daß andre für sie die Kastanien aus dem Feuer holen. Das sind natürlich Erwägungen, die eine starke Erbitterung bei den organisierten Arbeitern gegen die Arbeitswilligen erzeugen. Ferner kommt hinzu, daß die Richter, die doch sonst sehr gut den geringen Bildungsgrad der Arbeiter kennen, bei solchen Streikvergehen auf einmal verlangen, daß sie ihre Lebensweise vollständig einrichten nach dem Rezepte des seligen Herrn Knigge. Das beweist eben, daß sie sich nicht genügend bestreben, die Klassenvorurteile, von denen sie beherrscht werden, zu bekämpfen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die harten Strafen erklären sich hauptsächlich aus der Antipathie der Richter gegen den Streik (Sehr richtig! b. d. Soz.) und aus der Vorstellung, daß die Handlungen, die man so hart bestraft, geeignet sind, den Unternehmern Arbeitswillige zu entziehen. (Erneute Zustimmung b. d. Soz.) Wegen der Worte „Pfui, Streikbrecher" werden wochenlange Gefängnisstrafen verhängt. Unternehmer aber, die die Unfallverhütung außer acht lassen, kommen mit ganz geringen Strafen weg.

Bekannt sind ja auch die lächerlich geringen Strafen bei Verstößen gegen das Kinderschutzgesetz, die so minimal sind, daß es für den Unternehmer viel rentabler ist, sie auf sich zu nehmen, als die Verpflichtung zu erfüllen, die das Kinderschutzgesetz an ihn stellt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

In Magdeburg hat sich ein Fall zugetragen, der eines gewissen komischen Anstrichs nicht entbehrt. In einem Gespräch zwischen einem Streikenden und einem Arbeitswilligen sagt dieser: „Ich war früher im Verband, jetzt bin ich es nicht," worauf der Streikende zur Antwort gibt: „Das ist schlimm genug, Du Individium." Ich bemerke, daß ich weder in diesem oder in irgendeinem andern Fall auf Grund von Zeitungsberichten vortrage, ich hatte mir überall die Urteile kommen lassen. Für diese Bemerkung wurde der Streikende bestraft mit 1 Woche Gefängnis. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Amtsanwalt hatte 2 Wochen beantragt, „mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit des Vorfalls". (Hört, hört! b. d. Soz. Zuruf: Wie war es aber mit dem

Arbeitswilligen, der jemand erschossen hat?

Auf diesen Vorfall wollte ich gerade kommen. Unter den Arbeitswilligen in einer Holzwarenfabrik in Burg bei Magdeburg befand sich auch einer von den Leuten, bei denen die Arbeitslust immer erst dann erwacht, wenn andre Leute in den Streik treten. Ich will durchaus nicht behaupten, daß jeder Arbeitswillige ein Lump sein muß, aber sicher sind das solche Elemente, die immer erst dann arbeiten, wenn es gilt, ihren Standesgenossen in den Rücken zu fallen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dieser Mann trug immer einen Revolver mit sich, obgleich ihm nichts geschehen war, und prahlte damit in Wirtschaften. Eines Abends stand er spät vor seiner Haustür und konnte nicht hinein, da er keinen Schlüssel mit hatte. Es kamen Arbeiter vorbei, die er gar nicht kannte, die mit dem Streike nichts zu tun hatten. Einer von diesen ruft ihm zu: Du kannst wohl nicht hinein, wir sollen Dir wohl helfen. Die Antwort lautete: Ihr habt wohl lange keine blauen Bohnen in einen gewissen Körperteil bekommen. Das verbaten sich die Leute. Nun behauptet der Arbeitswillige, einer von den Arbeitern sei mit dem offenen Messer in der Hand auf ihn zugegangen. Diesem Arbeiter wurde vor Gericht das beste Leumundszeugnis als ein sehr ruhiger Mann ausgestellt. Auch wurde in seiner linken Rocktasche ein geschlossenes Taschenmesser gefunden. Der Arbeitswillige hatte zwei Schüsse abgefeuert, von dem einen war dieser Arbeiter getroffen, so daß er nach kurzer Zeit starb. Der Staatsanwalt stellte sich auf den Standpunkt, der Arbeitswillige sei völlig glaubwürdig, er habe in vermeintlicher Notwehr gehandelt und müsse freigesprochen werden. Die Freisprechung erfolgte dann auch. (Hört, hört! b. d. Soz.) Zwei Zeugen, die unter ihrem Eide bekunden, daß der Erschossene sich lediglich darauf beschränkt hatte, sich den Gebrauch gemeiner Reden zu verbitten, lehnte der Staatsanwalt mit Rücksicht auf geringe Widersprüche, die in der Verhandlung zutage getreten waren, ab, vor allem aber deshalb, weil sie Parteigenossen des Erschossenen seien. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist doch unerhört, daß zur Kennzeichnung einer solchen Argumentation sich kaum Ausdrücke finden lassen, die stark genug sind. Wie würde es irgendeiner von Ihnen empfinden, wenn man ihm die Neigung zumuten wollte, einen wissentlichen Meineid zugunsten eines Parteigenossen zu leisten. In dieser Argumentation liegt auch eine große Gefahr. Es gibt zweifellos unter den Arbeitswilligen rohe, gewalttätige Elemente, und wenn diese sehen, daß sie

straflos sich die größten Ausschreitungen zuschulden kommen lassen dürfen,

daß man den Zeugen der Gegenseite kein Wort glaubt, was sollen dann für Zustände bei uns in Deutschland einreißen. (Sehr richtig!) Solche Vorfälle geben uns das Recht, zu sagen, daß Richter und Staatsanwälte nicht immer — mehr sagen wir nicht — ihre Vorurteile bei Ausübung ihres Berufs zurückstellen. Das gibt uns das Recht, ja es legt uns die Pflicht auf, von einer Klassenjustiz zu sprechen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich schließe mit der Hoffnung, daß es uns gelingen möchte, durch unsre Beschwerden beizutragen zur Verminderung der Menschenopfer, über die unsre Rechtsprechung hier hinweggeht. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Bolz** (Ztr.): Gewiß werden unverständliche Urteile gefällt; aber solche Klagen werden auch nicht verschwinden, wenn die „weltfremden" Richter ersetzt würden durch ihre berufenen oder unberufenen Kritiker. Unser Richterstand ist zu gesund, als daß ihm eine solche Kritik schaden könnte. Redner regt eine Revision des Gesetzes über die Gesellschaften m. b. H. an, um schwindelhaften Unternehmungen das Handwerk zu legen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr (vorher kurze Anfragen und namentliche Abstimmungen).

Schluß 6¾ Uhr. —

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

129. Sitzung.

Berlin, 10. Februar, vorm. 11 Uhr.

Der Bauetat.

(Allgemeine Besprechung.)

Abg. **v. Maltzahn** (kons.) behält sich die Stellungnahme zur Main- und Weserkanalisierung vor. Der Ausbau der untern Oder könnte die von Stettin auf den Berliner Markt kommenden Produkte zugunsten der schlesischen beeinträchtigen, die Konkurrenz Hamburgs nötigt aber dazu, Stettin zu schützen. Die Wohnungsfrage ist ein sehr wichtiger Bestandteil der sozialen Frage. Eine Reform des Wohnungswesens durch ein Gesetz ist dringend notwendig, aber durch ein preußisches Gesetz. Die Auffassung des Reichsamts des Innern daß das Reich eintreten könnte, wenn Preußen versagte, ist praktisch und verfassungsrechtlich irrig. (Sehr richtig! rechts.) Das Gebiet des Reiches enthält dafür viel zuviel Verschiedenheiten. Es muß bald etwas geschehen; die Provinziallandtage sollten über das Wohnungsgesetz gehört werden, ebenso die Handwerks- und Handelskammern. Das Reich aber darf sich diese ihm nach der Reichsverfassung nicht zustehende Aufgabe nicht anmaßen. (Beifall rechts.) Wir lassen uns in preußische Angelegenheiten auch nicht durch ein Rahmengesetz des Reiches hineinreden, wir wollen unsre Freiheit behalten. (Lebhafter Beifall rechts, Beifallsrufe von einigen Nationalliberalen.) Unsre Sozialpolitik ist begründet in der kaiserlichen Botschaft von 1881, und damit glauben wir bessere soziale Arbeit zu leisten als andre Leute. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Dr. **König** (Ztr.): Holland beabsichtigt mit Belgien eine Maaskanalisierung zu bauen, Belgien fordert aber dafür Hollands Zustimmung zum Rhein-Maas-Schelde-Kanal, und diese Zustimmung ist von der holländischen Regierung bereits in ihrer Kammer erklärt worden. Der Kanal würde der westdeutschen Industrie neue Absatzmöglichkeiten schaffen und uns einen neuen Weg nach einem neutralen Hafen eröffnen.

Minister der öffentlichen Arbeiten **v. Breitenbach** spricht, wie immer, von der Journalistentribüne abgewendet und ist nur äußerst lückenhaft zu verstehen. Er scheint den Abg. v. Maltzahn über die Zukunft Stettins zu beruhigen, über die geplante Reorganisation der Bauverwaltung Auskunft zu geben, wobei namentlich den untern und mittlern Beamten erweiterte Befugnisse erteilt werden und Hochbauämter zusammengelegt werden dürften.

Abg. Dr. **Röchling** (natl.) wünscht, daß der Rhein-Hannover-Kanal möglichst bald östlich verlängert werde nach Hildesheim und Braunschweig. Die Mainkanalisierung darf nicht von Hollands Zustimmung zu den Rheinschiffahrtsabgaben abhängig gemacht werden. Wir sind für ein eignes Bautenministerium, denn unsre Eisenbahnen sind genug Arbeit für ein Ministerium, und für die Wasserstraßen muß mehr geschehen. Auch uns scheint landesgesetzliche Reglung des Wohnungswesens besser. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches muß aufrechterhalten bleiben. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der preußische Landtag von demselben sozialen Geist erfüllt ist wie die Reichsämter. (Lebh. Bravo! b. d. Natl. u. rechts. Abg. Hoffmann: Aber!!) Der Redner tritt dann für Kanalisation der Weser ein.

Abg. **Rosenow** (Fortschr. Vp.): Die Trennung der Bau- von der Eisenbahnverwaltung wäre für Handel und Verkehr, die sich erfreulich heben, verderblich, weil jetzt zwischen Kanälen und Bahnen ein Tarifausgleich stattfindet. Graf Kanitz hat im Reichstag kanalfreundlich gesprochen. Nun, Sie haben den Mittellandkanal bei Hannover trotz eines Königsworts und Ihrer Königstreue an die Leine gelegt — lassen Sie ihn jetzt endlich los und bauen Sie ihn bis nach Magdeburg. Was geschieht aber mit den seither avancierten Kanalrebellen? Werden die dann wieder auf die alten Stellen versetzt? (Sehr gut! links.) Berlin hat 12 Millionen für ein Hafenterrain am Stettiner Großschiffahrtsweg errichtet, aber die Regierung stellt unmöglich zu erfüllende Anforderungen und verzögert die ganze Sache ungemein. Der Redner wendet sich gegen das Potsdamer Malerateliervorbau und wünscht Benutzungserlaubnis für Boden- und Kellergeschosse der Industriehäuser. Die Wolkenkratzer in Amerika sind gar nicht so sehr schlimm. Die Wohnungspolizei wäre bei den Städten am besten aufgehoben. Die Konkurrenz der beamteten Architekten gegen die privaten Architekten sollte eingeschränkt werden.

Minister **v. Breitenbach**: Die Hafenverhandlungen mit Berlin sind abgeschlossen. Eine Trennung der Kanal- von der Eisenbahnverwaltung ist unmöglich. Die staatlichen Baubeamten dürfen Nebenarbeiten nur übernehmen, wenn dienstliche Interessen darunter nicht leiden. Die Regierungspräsidenten trachten, eine Beeinträchtigung der Interessen der Privatarchitekten zu vermeiden. Den Arbeitern der Wasserbauverwaltung ist die Möglichkeit gegeben worden, der Eisenbahnpensionskasse beizutreten. Auf eine Anfrage des fortschrittlichen Redners erklärt der Minister noch, daß die Verwaltung gegen den Beitritt der Arbeiter zu Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften nichts einzuwenden habe.

Abg. **Lippmann** (Fortschr. Vp.) behandelt nochmals die Differenzen zwischen den Interessen Stettins und denen der oberschlesischen Montanindustrie. Wir haben ja nichts dagegen, daß die angekündigten 40 Millionen für die obere Oder investiert werden. Von einem Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin kann man gar nicht sprechen, denn er kann nur von 600-Tonnen-Schiffen befahren werden, dagegen können von Hamburg nach Berlin 800-Tonnen-Kähne, auf der Elbe solche von 1500 und auf dem Rhein von 3000 Tonnen fahren.

Damit ist die allgemeine Besprechung beendet.

In der Einzelberatung spricht über Arbeiterverhältnisse

Abg. **Hoffmann** (Soz.): Kurz vor Weihnachten sind von der Emmerbinder Strombauverwaltung 40 Arbeiter entlassen worden und am 4. Januar weitere 16, alles Familienväter mit mehreren Kindern und mit jahrelanger Beschäftigung bei der Strombauverwaltung. Die Arbeitszeit ist eine lange, die Lohnberechnung können die Arbeiter nicht kontrollieren, Arbeiterausschüsse bestehen auch nicht. Der fortschrittliche Redner beklagte sich hier, daß Arbeiter, die gelbe-Dunckerschen Gewerkschaftsorganisationen angehörten, entlassen werden, als ob sie sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörten. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt: „Heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd andre an", sondern wir verlangen, daß den Arbeitern überhaupt nicht das Recht der Vereinigung verkümmert werde. Wir schmunzeln nicht, wenn es gegen christliche oder Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften geht, bitten Sie aber auch, nicht zu schmunzeln, wenn gegen freie Gewerkschaften vorgegangen wird, wie es leider alle Tage der Fall ist.

Unterstaatssekretär **v. Coels v. der Brügghen**: Es kann sich bei der Entlassung doch wohl nur um Saisonarbeiter gehandelt haben, denn wir nehmen auf unsre Arbeiter die größte Rücksicht und verbessern ihre Lage andauernd. Wir haben sogar eine Erhöhung der Unterstützungen ins Auge gefaßt und die Zulage der Eisenbahnarbeiter nach längerer Dienstzeit eingeführt. Unsern Arbeitern geht es durchaus nicht schlecht.

Abg. **Hoffmann** (Soz.): Ich bin dem Regierungsvertreter dankbar, wenn er erklärt, daß derartige Entlassungen nicht vorkommen selten, aber es ist Tatsache, daß diese Entlassungen vorgekommen sind, und daß die entlassenen Familienväter 5, 10 und 15 Jahre dort gearbeitet hatten. Die Entlassung wurde ihnen nicht einmal vorher angekündigt, auch der Restlohn wurde ihnen nicht einmal ausgezahlt, das sind gewiß Härten, denen abgeholfen werden könnte.

Bei einem andern Etatstitel spricht

Abg. Dr. **König** (Ztr.) über die Feuersicherheit in Theatergebäuden und namentlich in Kinotheatern. Die schärfsten Revisionen sind notwendig. Sehr beunruhigend war der Brand des Theaters des Westens in Berlin-Charlottenburg.

Ein Regierungskommissar: Dort fehlte eine doppelte Rabitzwand, was bei genauer Revision hätte bemerkt werden müssen. Nach dem Brande sind genaue Revisionen aller Theatergebäude angeordnet worden. Zum Schutze des Publikums und der Theaterangestellten gegen Feuersgefahr geschieht alles mögliche. Die Kinotheater unterstehen dem Ministerium des Innern.

Die weitere Debatte beschäftigt sich mit Wünschen der Strommeister usw.

Abg. **von Pappenheim** (kons.): Die Regierung sollte Richtlinien herausgeben, um die altpreußische Sparsamkeit bei Regierungsgebäuden zu sichern. Sie würde sich damit selbst gegen zu hohe Anforderungen mancher Beamten sichern.

Die folgenden Redner besprechen Sturmflutschäden an der Meeresküste und Abg. **Fürbringer** (natl.) die Frage der Schaffung einer deutschen Rheinmündung durch einen Kanal nach der Nordsee.

Minister **von Breitenbach** erkennt die Berechtigung des Wunsches an und sagt Erwägungen zu.

Das Haus vertagt sich.

Abg. **von Arnim-Züsedom** (kons.) ersucht, als Vorsitzender der Budgetkommission, den Mittwoch für ihre Arbeiten freizugeben, da sie erst in 6 Wochen mit dem Etat fertig werden könnte, wenn sie weiter, wie bisher, an drei Abenden in der Woche bis ½12 Uhr nachts arbeitet, was auch eine große Anstrengung ist.

Die Vertreter aller Fraktionen stimmen dem Wunsche des Abg. von Arnim zu.

Abg. **Hoffmann** (Soz.): Auch wir sind diesmal in der glücklichen Lage, Herrn von Arnim zustimmen zu können. (Allgemeine Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. **Krause**: Das Haus wird am Schlusse der morgigen Sitzung darüber entscheiden.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr vorm., Weiterberatung des Bauetats.

Schluß 4½ Uhr. —

Aus der Parteibewegung.

„Ein Schildbürgerstreich". Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die Chemnitzer „Volksstimme" einen Artikel, in dem das Verhalten der sächsischen Regierung gegenüber der Petitionskommission des Landtags kritisiert wurde. Die Kommission wollte sich im Dresdner Schlachthof das Schächten ansehen. Da kam die Regierung und erhob auf Grund einer ganz veralteten Bestimmung der Verfassung Einspruch beim Stadtrat in Dresden. Der Landtag darf nach dieser Bestimmung nur mit der Regierung direkt verkehren. Die Petitionskommission fuhr darauf nach Halle und orientierte sich auf dem dortigen Schlachthof über das Schächten. Diese Vorgänge wurden in der „Volksstimme" entsprechend kritisiert. Das gefiel dem Chemnitzer Oberstaatsanwalt nicht. Er erhob Anklage und die Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Redakteur Seifarth zu 1 Monat Gefängnis, trotzdem die als Zeugen geladenen Landtagsabgeordneten erklärten, sie hätten das Vorgehen der Regierung als eine Brüskierung der Abgeordneten aufgefaßt. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung im Berliner Schneidergewerbe. In der Herrenkonfektion haben in der vergangenen Woche Tarifverhandlungen mit den Vertretern der Unternehmerverbände und der Arbeiterverbände stattgefunden, die jedoch zu keinem Ziele führten. Die von den Arbeitern eingebrachte Tarifvorlage, die im wesentlichen eine Lohnerhöhung von 10 Prozent verlangt, wurde von den Unternehmern abgelehnt mit der Begründung, daß eine Lohnerhöhung unter keinen Umständen gewährt werden könne. Am Sonntag beschäftigte sich eine von etwa 3000 Herrenkonfektionsschneidern besuchte Versammlung mit dem Verlauf dieser Tarifverhandlungen. Sie beschloß einstimmig, unter keinen Umständen einem Tarif zuzustimmen, der keine wesentliche Aufbesserung der Löhne enthält. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht endgültig gescheitert. Die Unternehmer haben den Vorschlag gemacht, am Donnerstag dieser Woche noch einmal zu verhandeln, wozu die Arbeitervertreter ihre Bereitwilligkeit erklärten. In der Damenkonfektion wird der Kleinkrieg geführt. Die Berliner Ortsverwaltung schließt mit einzelnen Zwischenmeistern Einzeltarife ab. Die Zwischenmeister haben sich vor einiger Zeit mit prozentualen Lohnzulagen einverstanden erklärt, nicht alle aber halten dieses Versprechen. Dadurch entstehen noch größere Differenzen in den Löhnen, die für gleiche Arbeit bezahlt werden. Die Zwischenmeister selbst aber versuchen in den Genuß der prozentualen Lohnzulagen zu kommen durch Erhöhung der Preise. Dem Beginnen der Arbeiter aber, Einzeltarife abzuschließen, treten sie jetzt entgegen. Sie ermahnen ihre Mitglieder, nicht ohne vorherige Verständigung mit dem Vorstand ihrer Organisation Verträge zu unterschreiben. So ist auch in der Damenkonfektion wieder einiger Konfliktstoff angesammelt. —

Das unnötige Streikpostenstehen. Daß gerade die Bäckerinnungen eifrig bemüht sind, den scharfmacherischen Industriellen den Rang abzulaufen in der rücksichtslosesten Bekämpfung der Gewerkschaften, konnte an der Hand schier unglaublicher Terrorismusfälle dieser Innungen nachgewiesen werden. Selbstverständlich sind sie auch für ein Verbot des Streikpostenstehens. Die Hamburger Innung versucht denn auch in ihrem letzten Bericht, den Nachweis zu führen, daß das Streikpostenstehen völlig unnötig ist. In dem Bericht heißt es:

„In unserm Gewerbe (und in andern Gewerben ist es auch so) weiß jeder Geselle in Deutschland, wenn er nicht geradezu mit Blindheit geschlagen ist, daß in Hamburg und auch in den übrigen Großstädten ein Mangel an Arbeitskräften eigentlich nie besteht. Wenn er trotzdem aus irgendeiner Provinzialstadt in Sachsen, Bayern, Baden usw. nach Berlin oder Hamburg geholt wird und außerdem noch freie Reise erhält, so weiß er ganz genau, daß das unter normalen Verhältnissen nicht geschieht, auch wenn ihm wirklich von einem Streike nichts gesagt sein sollte. So harmlose Menschen gibt es in unsrer heutigen Zeit ein für allemal nicht mehr. Außerdem kann aber auch kein Arbeitgeber einen Gesellen wider seinen Willen festhalten. Wenn diesem die Arbeit oder der Lohn nicht gefällt, so hindert ihn nichts, die Stellung wieder aufzugeben. Anders ist das, wenn er sich etwa schriftlich verpflichtet hat, eine bestimmte Zeit auszuhalten. Ist das aber der Fall, so kann er sich erst recht nicht damit entschuldigen, daß ihm von einem Streike nichts bekannt gewesen sei, weil andernfalls derartige Verpflichtungen doch nicht üblich sind. Aus diesem Gründen erübrigt sich auch die Aufklärung durch die Streikposten vollständig. Solange aber das Streikpostenstehen nicht überhaupt verboten wird, wird es auch den Gewerkschaften gelingen, die Beschaffung von Arbeitskräften zu verhindern oder doch zum mindesten erheblich zu erschweren."

Weil es nach dem in dieser Notiz vermerkten Bekenntnis keine harmlosen Leute in unsrer Zeit gibt, markieren die Herren Terroristen selbst den Harmlosen. —

Eine verunglückte Südpolexpedition.

Aus Oamaru auf Neuseeland liegt eine Depesche vor, nach welcher Kapitän Scott den Südpol am 18. Januar v. J. erreichte. Die Expedition wurde jedoch auf dem Rückweg von einem Schneesturm überwältigt und Kapitän Scott und seine vier Begleiter kamen ums Leben.

Die Expedition Scott, deren tragisches Ende jetzt gemeldet wird, verließ am 19. Juli 1907 mit dem Dampfer „Saxon" den Hafen von Southampton. Kapitän Robert F. Scott begab sich zunächst nach Port Lyttleton, wo Scott den Oberbefehl über die „Terra Nova" übernahm, die am 15. November 1910 in See stach.

Scotts erste Expedition zeitigte nicht den gewünschten Erfolg: der Südpol wurde nicht erreicht. Aber die wissenschaftliche Ausbeute der kühnen Fahrt erregte Aufsehen, und Scott wurde gefeiert.

Die zweite Expedition — auf der „Terra Nova" — schien zuerst an der Kostenfrage zu scheitern. Die englische Oeffentlichkeit zeigte sich aber sehr opferwillig, und so gewährte denn im Januar 1910 die englische Regierung eine Summe von 400 000 Mark. Im ganzen wurden 800 000 Mark aufgebracht. Die Expedition war gering an Zahl, aber glänzend ausgerüstet. Die Ueberwinterung der einen Hälfte der Mannschaft erfolgte in der Mac-Murdo-Straße, die der andern in King-Edwards-Land.

Als Scott von London Abschied nahm, geleitete ihn Leutnant Shackleton, dessen Südpolexpedition so erfolgreich verlief, zur Bahn. Shackletons Werk ist gelungen; Scott und die Seinen haben ihren Forscherehrgeiz mit dem Leben bezahlt.

Während Scott den Südpolarregionen zustrebte, wurde die Welt mit der Mitteilung überrascht, daß Amundsen den Südpol erreicht habe. Um dieselbe Zeit — am 8. März 1912 — verbreitete sich in London das Gerücht, nicht Amundsen, sondern Scott hätte den Südpol erreicht. Der Irrtum wurde bald berichtigt, und Scott selbst sandte an seinen Vertrauensmann Kinsey, der auf der „Terra Nova" in Neuseeland zurückgeblieben war, die Mitteilung, daß er am 29. Oktober 1911 die Wandrung nach den Südpolargegenden angetreten habe und der Hoffnung sei, er werde den Südpol Ende Dezember erreichen. Im übrigen zollte er Amundsens Arbeit neidlose Bewunderung.

Im März 1912 war man über das Schicksal der Scottschen Expedition in großer Unruhe. Shackleton blieb dabei, daß Scott gleichzeitig mit Amundsen den Südpol erreicht haben könne.

Im April 1912 erhielten die Londoner „Central News" die erste ausführlichere Nachricht über das Schicksal der Expedition Scott, und zwar von Scotts eigner Hand. Der Schilderung war zu entnehmen, daß Scott mit den bisherigen Resultaten zufrieden sei. Der Bericht schloß mit den Worten: „Da unsre Rückkehr sehr spät erfolgen muß, ist es mehr als wahrscheinlich, daß fernere Nachrichten von uns im Laufe dieses Jahres nicht mehr eintreffen werden."

In der Tat erhielt man im Jahre 1912 kein Lebenszeichen mehr von Scott und den Seinen. Die erste Nachricht, die wieder eintrifft, ist eben jene, die den Tod der kühnen Truppe meldet.

Die Expedition setzte sich zusammen aus Scott, Dr. Wilson, Kapitän Oates, Leutnant Bowers und Unteroffizier Evans. Kapitän Robert Falcon Scott hat ein Alter von 45 Jahren erreicht. Er war am 6. Juni 1868 in Outlands (Devonport) geboren. —

Wir verzeichnen noch folgende telegraphische Meldungen:

Wb. London, 11. Februar. Die „Central News" melden aus Christchurch (Neuseeland) von gestern: Die südliche Abteilung der Expedition Scotts ist im März 1912 umgekommen 17 Kilometer vom One-Ton-Depot oder 258 Kilometer von ihrer Basis am Kap Evans. Kapitän Scott ist etwa am 29. März gestorben. Am 30. Oktober verließ eine Rettungsexpedition Kap Evans und sichtete am 12. November das Zelt Scotts, in dem die Leiche gefunden wurde. —

Hb. Neuyork, 11. Februar. Nach hier aus Oamaru eingetroffenen Meldungen fand man an Kapitän Scotts Leiche Aufzeichnungen, wonach er am 18. Januar 1912 Kapitän Amundsens norwegische Flagge auf dem Südpol fand. —

* London, 11. Februar. Das Expeditionsschiff „Terranova" kam mit der Hiobspost 1 Monat früher als geplant war in Oamaru in Neuseeland an. Scott hatte die Absicht, mit 15 Gefährten das Hauptlager zum letzten Vorstoß nach dem Pole zu verlassen. Von diesen sollten drei Gruppen zu je vier Mann in bestimmten Abständen vor Erreichung des Poles zurückkehren. Wenn dies Programm eingehalten wurde, wären vier Menschenleben verloren. Frau Scott befindet sich auf hoher See zwischen San Franzisko und Wellington auf dem Wege nach Neuseeland, wo sie ihren Gatten treffen wollte. —

Kleine Chronik.

Verurteilung wegen Mißhandlung Untergebener.

Wegen Mißhandlung Untergebener verurteilte das Kriegsgericht in Flensburg den Feldwebel Stamer von der 1. Kompanie des 1. Regiments in Schleswig zu 6 Monaten Gefängnis. Stamer, der in 16 Fällen seine Untergebenen schwer mißhandelt hatte, wurde sofort in Haft genommen. —

Ein blutiger Exzeß.

Zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen offenbar betrunkenen Arbeitern und Sicherheitsbeamten kam es am Sonnabend abend in dem Orte Pelplin bei Dirschau. Als mehrere Arbeiter, die während Streitigkeiten ein Gastlokal demoliert hatten, auf dem Marktplatz verhaftet werden sollten, stürzten sich etwa 50 bis 60 Mann auf den erschienenen Gendarmeriewachtmeister und den Amtsdiener. Die Beamten zogen ihre Säbel, wurden jedoch mit Füßen getreten. Der Amtsdiener erhielt einen Messerstich. Als die Menge weiter auf die Beamten eindrang, machte der Gendarmeriewachtmeister, nachdem er die Angreifer vergeblich gewarnt hatte, von der Schußwaffe Gebrauch, wobei er die beiden Haupterzedenten, die Arbeiter Heron und Schwager, erschoß; ein dritter, der Bruder des Heron, hat schwere Säbelhiebe erlitten. — Der Ort, in dem das bedauerliche Vorkommnis passierte, ist ein Dorado des Junkerfusels und der Pfaffen. Bei der letzten Reichstagswahl wurden in dem Kreise, zu dem Pelplin gehört, ganze 374 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. —

Ein betrügerischer Bankier.

Die Strafkammer Bamberg verurteilte den 33 Jahre alten Bankier Adam Paul wegen Betrugs, Untreue und Bankrotts zu dreieinhalb Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust und seinen 28 Jahre alten Bankkommis Falb wegen Betrugs zu 2½ Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Beiden wurden mildernde Umstände zugebilligt. Den Passiven von 300 000 Mark standen 50 000 Mark Aktiven gegenüber. —

Eisenbahnunglück.

Am Montag abend 8½ Uhr ist ein Personenzug bei der Ausfahrt auf Bahnhof Vieselbach infolge falscher Weichenstellung im Gleis 4 durch Auffahren auf den Prellbock beim Endstellwerk entgleist. Die hinter der Lokomotive laufenden drei Güterwagen wurden hierbei ineinander geschoben. Getötet wurde der Kanonier Wolpert von der 6. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 29 in Ludwigsburg. Der Materialschaden ist erheblich. Verletzt wurde sonst niemand. —

Der Dichter von Gottes Gnaden auf dem Fleischmarkt.

In Nummer 59 des „Berliner Tageblattes" findet sich unter den drei Seiten füllenden Heiratsinseraten auch folgendes:

Geistig höchststehender jüd. Herr, Inh. altrenom. Firma, Dichter von Ruf, w. baldige Ehe mit nur wirkl. intellig., bildschöner Dame, a. Ia. relig., sehr vermög. Hause. Nur Damen, die diesen Anforderungen zu entspr. glaub. u. die sich dessen wohl bewußt sind, was i. harmon. Bund Gattin eines Künstlers v. Gottes Gnaden bedeute, wollen vertrauensv. unter Chiffre usw.

Wenn der „Künstler von Ruf" und Chef einer Firma (vielleicht in Stiefelschmiere oder Barchent) seine Auswahl unter dem angebotenen Weiberfleisch gemacht hat, wird sein Dichtergenius einen gewaltigen Ansporn erhalten. Er dichtet dann vielleicht nach dem Vorbild Friedrich Rückerts einen neuen „Liebesfrühling", in dem er seine Erkorne sagen läßt:

Er ist gekommen, laut Inserat bei Mosse;
Er saß so stolz auf edlem Flügelrosse.
Er prüfte kritisch Mitgift und Moneten,
Und ob ich auch fromm singen kann und beten.
Und da ich ihm gefiel vom Kopf bis zu den Waden,
Wurd ich 'ne Dichtersfrau von Gottes Gnaden. —

Schwerer Rodelunfall.

Beim Bobsleighfahren in der Hohen Tatra stürzte ein mit acht Personen besetzter Bobsleigh um. Zwei Frauen wurden sofort getötet, der Führer tödlich, die übrigen Fahrer sehr schwer verletzt.

Von Wölfen zerfleischt.

Wie aus Resitza Banya gemeldet wird, wurde die Witwe eines Waldarbeiters von einem Rudel Wölfe angefallen und buchstäblich zerrissen. Ein Waldarbeiter, der sich in der Nähe befand und die Hilferufe der unglücklichen Frau hörte, kam leider zu spät, um ihr Hilfe zu bringen. —

Vereine und Versammlungen.

Maler, Lackierer und Anstreicher.

Die ordentliche Generalversammlung für das verflossene Geschäftsjahr tagte am 5. Februar bei Holtz, Tischlerkrugstraße. Da auch der Bericht über die Tarifverhandlungen im Malergewerbe auf der Tagesordnung stand, hatte die Versammlung einen starken Besuch aufzuweisen. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Peter. Während im ersten Halbjahr die Konjunktur noch günstig zu nennen war, verminderte sich die Arbeitsgelegenheit im zweiten Halbjahr ganz wesentlich, so daß in den Herbst- und Wintermonaten ganz erhebliche Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. Das Jahr 1912 stand im Zeichen der bevorstehenden großen Lohnbewegung innerhalb unsers Berufs. Im Mai wurde in über 200 gut besuchten Versammlungen in Deutschland Stellung zum Tarifablauf genommen und in weitern Versammlungen die Forderungen aufgestellt. In Aschersleben konnte nach langwierigen Verhandlungen der Reichstarif mit annehmbaren Verbesserungen abgeschlossen werden, so daß fast in allen dem Filialgebiet angeschlossenen Orten geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen. An Lohnbewegungen waren besonders eine Anzahl Lackierer in Fabrikbetrieben und Lackiererei beteiligt. Hierzu war eine Streikunterstützung von 1517,90 Mark erforderlich. In der Wagenfabrik von W. Bischoff konnte ein Lohntarif erzielt werden. Das Ortstarifamt hatte neun Sitzungen, davon fünf unter Vorsitz eines Unparteiischen, zu erledigen. In jeder Sitzung waren eine Anzahl Arbeitgeber wegen Preisunterbietung angeklagt. Es wurden teils Verwarnungen und auch Geldstrafen ausgesprochen. Den Arbeitgebern ist aber dringend anzuempfehlen, selbst ein wenig Erziehungsarbeit in ihren Reihen zu leisten und nicht bei jeder Gelegenheit zum Kadi zu laufen. Die Tätigkeit der Filialverwaltung war am Orte sowie auch in den angeschlossenen Zahlstellen sehr umfangreich. Besonders durch die lebhafte Mitarbeit der einzelnen Ortsverwaltungen konnte ein guter Fortschritt verzeichnet werden. Die Mitgliederzahl stieg von 549 am 1. Januar 1912 auf 632 am 1. Januar dieses Jahres. Neuaufnahmen waren 362 zu verzeichnen. Die Fluktuation in den Sommermonaten ist ganz erheblich, da 425 meist jüngere Mitglieder abreisten. Nach 52 Wochenbeiträgen berechnet, beträgt die Mitgliederzahl 551. Die Gesamteinnahme beträgt 20 325,55 Mark, die Ausgabe 19 504,21 Mark. Ausgezahlt wurden 4478,50 Mark Krankenunterstützung, 659,20 Mark Reiseunterstützung, 240 Mark Sterbegeld und 214,42 Mark sonstige Unterstützungen. Insgesamt wurden 7110,02 Mark an Unterstützungen geleistet. Durch die Neueinrichtung der erweiterten Krankenversicherung erhalten die Mitglieder gewaltige Vorteile und konnten allein im 4. Quartal 2893,65 Mark ausgezahlt werden. In Summa waren 192 Erkrankungsfälle mit 3349 Unterstützungstagen zu verzeichnen, darunter 12 Bleierkrankungen mit 332 Krankheitstagen, was in der Hauptsache mit auf die ungenügende Durchführung der Bleiverordnung seitens der Arbeitgeber zurückzuführen ist. Zum Schluß ermahnte Redner die Mitglieder, in Anbetracht der ernsten Situation mit allen Mitteln für weitere Stärkung des Verbandes zu sorgen. Die Neuwahl der Verwaltung ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes. Ueber den Stand der zentralen Tarifverhandlungen in Berlin referierte ebenfalls Peter. In eingehender Weise beleuchtete er das Vorgehen der Arbeitgeber, die mit ihren Verschlechterungsanträgen nicht auf ihre Kosten gekommen sind. Von unsern Vertretern wurde an der Hand von einwandfreiem statistischen Material unter Zugrundelegung der Verteurung aller wichtigen Bedarfsartikel die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung nachgewiesen. Allgemeine Entrüstung der Versammlung erzeugte es, als Redner die Angebote der Arbeitgeber in diesen zwei wichtigen Fragen bekanntgab. In sozialer Rückständigkeit und verkappter Tariffeindlichkeit marschieren die Arbeitgeber unsers Bezirks an der Spitze. Ihr Vertreter bot der Gehilfenschaft einen 3jährigen Tarif ohne jede Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung an. In der lebhaften Diskussion sprachen sich alle Redner auf das schärfste gegen ein derartiges Anerbieten der Arbeitgeber aus und erwarten, daß bei den weitern Verhandlungen den durch die wirtschaftlichen Verhältnisse erzeugten und berechtigten Forderungen der Gehilfen Rechnung getragen wird, andernfalls die Arbeitgeber selbst die Folgen ihrer Handlungsweise zu tragen haben. Peter gab noch bekannt, daß die weiteren Verhandlungen bis zum 15. Februar von den Gautarifämtern erledigt werden müssen und alle dann noch strittigen Fragen am 22. Februar vom Haupttarifamt durch Schiedsspruch erledigt werden. Der Tarif ist bis 28. Februar verlängert und haben die Parteien bis zu diesem Datum ihre Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Vertrags zu geben. Mit einem wirksamen Appell an die Anwesenden, überall die Berufskollegen über die ernste Situation und das Verhalten der Arbeitgeber aufzuklären, damit die organisierte Gehilfenschaft allen kommenden Ereignissen gewachsen ist, schloß Redner seine Ausführungen. —

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 10. Februar.

Aufgebote: Kaufmann Paul Franz Joseph Beier hier mit Anna Marie Emma Schrader in Hödingen. Bauwerksmeister Friedrich Steckhan in Dolsthaida mit Elise Schönian hier. Postassistent Ernst Riedl in Hamburg mit Hedwig Hartmann hier. Oberleutnant Konstantin von Sommerfeld in Berlin mit Dora Burchardt hier. Maschinenschlosser Herm. Becker hier mit Berta Müller in Schnarsleben. Versicherungsbeamter Dr. jur. Herm. Steggewentz hier mit Gertrud Giesecke in Göttingen.

Eheschließungen: Kellner Johannes Seemann mit Paula Scheidig. Geschäftsführer Heinrich Stottmeister mit Gertrud Thiese.

Geburten: Irma, T. des Vizefeldwebels Wilhelm Mertens. Rudolf, S. des Kaufmanns Rudolf Baxmann. Werner, S. des Eisenbahngehilfen Walter Demessieur. Edith, T. des Arbeiters Ernst Borchert. Charlotte, T. des Gutsbesitzers Otto Schroeder in Langenweddingen. Ilse, T. des Klempners Georg Eberl. Charlotte, T. des Kaufmanns Gustav Germann. Gertrud, T. des Arbeiters Walter Hubbe. Ernst, S. des Arbeiters Ferdinand Lindenberg. Heinz, S. des Obermonteurs Artur Seidemann.

Todesfälle: Witwe Minna Gille geb. Unrau, 83 J. 6 M. 3 T. Witwe Hermine Hörning geb. Asche, 71 J. 1 M. 13 T. Witwe Marie Hartmann geb. Kükens, 69 J. 18 T. Arbeiter-Invalide Friedrich Finke, 66 J. 11 M. 5 T. Johanne geb. Beirodt, Ehefrau des Schuhmachers Wilhelm Henze, 61 J. 1 M. 13 T. Schreiber Otto Wolf, 49 J. 7 M. 10 T. Arbeiter Karl Grützbach, 47 J. 7 M. 21 T. Emma geb. Thielebein, Ehefrau des Schuhmachers Paul Püschel, 45 J. 3 M. 24 T. Arbeiter Otto Peters, 38 J. 2 M. 9 T. Else geb. Liederitz, Ehefrau des Dachdeckers Otto Rothemann aus Gommern, 24 J. 4 M. Kürschnergeselle Alfred Nawottke, 17 J. 7 M. 21 T.

Sudenburg, 10. Februar.

Aufgebot: Arbeiter Emil Seppelt mit Emma Hoff.

Geburt: Hildegard, T. des Postschaffners Otto Berg.

Todesfälle: Erich, S. des Arbeiters Ernst Kummer, 2 J. 26 T. Landgerichts-Assistent Moritz Baumgarten, 40 J. 10 M. 18 T. Marie geb. Peters, Ehefrau des pens. Weichenstellers Gottlieb Kunze, 68 J. 3 M. 20 T. Elisabeth, T. des Arbeiters Heinrich Voigt, 9 J. 13 T. Witwe Anna Krelle geb. Lüth, 65 J. 9 M. 26 T. Schneider Heinrich Fechner, 38 J. 7 M. 1 T.

Totgeburt: S. des Schlossers Richard Hobusch.

Buckau, 10. Februar.

Aufgebote: Monteur Walter Genzmer mit Anna Masche. Former Friedrich Wohlfahrt mit Anna Hopp. Arbeiter Friedrich Voigtländer mit Emma Wolf.

Geburten: Kurt, S. des Formers Wilh. Braune. Erwin, S. des Maschinenputzers Otto Gropp.

Todesfall: Walter, S. des Ingenieurs Fritz Busse, 10 M. 29 T.

Neustadt, 10. Februar.

Aufgebot: Former Walter Niemann mit Frida Fricke.

Geburten: Emil, S. des Bohrers Emil Lebbin. Werner, S. des Schlossers Otto Schulte. Hans, S. des Eisenbahnschaffners Franz Reichel.

Todesfälle: Arbeiterinvalide Karl Klein, 38 J. 2 M. 13 T. Margarete Klinge, 19 J. 2 M. 8 T. Therese geb. Bach, Ehefrau des Magistratssekretärs Heinrich Keek, 40 J. 9 M. 17 T.

Aschersleben.

Geburten: S. des Klempn. Otto Kaul. T. des Schreibers Richard Knoche. T. des Bierkutschers Willi Fuchs.

Todesfälle: Ehefrau Anna Schneider geb. Spormann, 48 J. 3 M. 20 T. Ehefrau Anna Reuthe geb. Salnig, 42 J. 6 M. 9 T. Invalide Christian Koch, 73 J. 6 M. 22 T. Gertrud, T. des Schreibers Richard Knoche, 14 Std. Hildegard, T. des Kernmachers Paul Werper, 5 M. 11 T. Dora, T. des Malers Hermann Brückner, 3 J. 7 T.

Stadt-Theater.

Magdeburg, 10. Februar.

Inge. das Drama einer Liebe, von Johannes Tralow. König Waldemar von Dänemark ist in großer Not. Er ist eingeschlossen in Helsingborg; Hunger und Meuterei bedrohen ihn und der Führer der lübischen Flotte, Bürgermeister Johann Wittenborg, ist ein gefährlicher, kriegskundiger Gegner. Aber auch ein großmütiger. Vor dem Sturme knüpft er Verhandlungen mit Waldemar an und besucht den Dänenkönig in seinem Schloß. Ein Waffenstillstand bis Mitternacht wird abgeschlossen, und Ingeborg, des Waldemar schöne Tochter, soll den Admiral durch ihre Reize fesseln und ihn bis über die vereinbarte Zeit hinaus festhalten. Der Plan gelingt über Erwarten gut. Wittenborg zieht sogar aus kindischem Trotze gegen einen vom Lübecker Rat mitgeschickten Aufpasser die Wachen zurück, und so vernichtet der Däne die Flotte der Belagerer, indessen Wittenborg in Inges Armen ruht. Waldemar hat Land und Krone gerettet, aber er verliert die Tochter. Die hat sich in den Lübecker „Krämer" ganz programmwidrig verliebt und geht mit ihm in den Tod.

Wenn man's so liest, könnt's leidlich scheinen, ist es aber nicht. Das Fundament ist brüchig. Alles gründet sich auf die Spekulation des Dänenkönigs: „Der Gegner wird sich in Inge verlieben." Und er weiß von ihm doch nicht mehr, als daß er ein Mann ist. Wenn die Spekulation vorbeigelingt — und nach dem Charakter von Inge und Wittenborg müßte sie das —, wäre das Stück aus. Der Dichter muß also sein schwankes Gebäude weiter hochführen und mit allerlei Künsteleien stützen. An die Stelle der zwingenden Notwendigkeiten treten Mondscheinzauber, überschwengliche Gefühle, tönende Worte. Man mag sich am Wortklang noch erfreuen, aber das Schicksal der Menschen da oben greift nicht ans Herz, sie sind uns nicht näher gebracht worden.

Die Träger der Hauptrollen standen auf der Höhe ihrer Aufgabe. Karl Schmidt als Waldemar stellte den Dänenkönig als machthungrigen, finstern Menschen dar, der wohl imstande ist, seiner Herrschbegier die Ehre und das Glück der Tochter aufzuopfern und sie dem verachteten Führer der Lübecker Pfeffersäcke als Dirne hinzuwerfen. Inge wurde von Johanna Tischinger gegeben. Abscheu, Koketterie, erwachende Liebe und völliges Aufgehen in ihren Helden wurde von ihr in künstlerischer Steigerung zum Ausdruck gebracht. Den Johann Wittenborg gab René Basil markig und zart zugleich. Peinlich wirkte das mehrmalige Steckenbleiben eines „hanseatischen Ritters". Warum die Regie mit dieser Rolle einen Choristen betraute, während ein Dutzend Schauspieler zur Verfügung stand, sollte einmal untersucht werden. Ein Vorteil für das Stück ist es doch nicht, wenn das Publikum im Trauerspiel lacht. Noch peinlicher aber war es, als ein Flegel im Parkett oder im ersten Rang zu klatschen anfing, als ihm die Pausen zu lange währten. Anstatt den ungehobelten Burschen allein zu lassen, unterstützte man ihm beim zweitenmal im Parkett durch Trampeln. Wenn das so weitergeht, wird das „bildungshungrige" Theaterpublikum bald beim Pfeifen und Johlen angekommen sein. wr.

Tonkünstler-Verein.

Magdeburg, 10. Februar.

Der 7. Kammermusik-Abend, ein Brahms-Abend, war von einem sehr freundlichen Erfolg begleitet. Man war von der gebräuchlichen äußern Gestaltung des Programms abgewichen und ließ der dritten Nummer noch Lieder mit Klavierbegleitung als Schluß folgen, von deren ernstem Charakter man sich eine tiefer gehende Wirkung versprechen konnte. In der Tat sind Brahms' Lieder mit ihren Ewigkeitsgedanken oder ihrer sonstigen Gedankentiefe geeignet, ernste Stimmungen zu erzeugen. Die oft verborgenen Schönheiten, die mancher Künstler nicht zu völliger Klarheit herauszukristallisieren versteht, wirken bei der vielfach schlichten, aber edeln Form der Phrase völlig und unmittelbar. Der polyphone Stil, den Brahms bei „Sehnsucht" und „Wiegenlied" durch die Bratsche wesentlich zu heben versteht, wird durch die Präzision des musikalischen Ausdrucks vertieft. Um die Wiedergabe dieser Nummern des Programms machten sich Toni Jordan und Prof. Fritz Kauffmann (Bratsche: Primus Dietze) verdient. Von Toni Jordan schrieb ich kürzlich, daß sich ihre Gesangskunst im allgemeinen wesentlich gehoben habe. Die elementaren Vorzüge ihres klangvollen Alts wirkten heute bei der Wahl der Lieder unmittelbar. Dazu kam ein gereifter Vortrag, der durch die reich schattierende Begleitung Professor Kauffmanns um so wirkungsvoller wurde.

An reinen Instrumentalsachen wurde das erste Quartett in C-Moll, Opus 51, Nr. 1, und das erste Sextett in B-Dur gespielt. Mancher Satz aus beiden Werken dürfte dem Geschmack des Auditoriums entsprochen haben. Jedenfalls ist nicht zu leugnen, daß der Stoff gut durchgearbeitet worden war, und der teilweise scherzhafte, graziöse Charakter einzelner Teile gut getroffen wurde.

Grote.

Konsumverein
für Magdeburg und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Morgen Mittwoch eintreffend 470

Frische Seefische

Pfund 20 Pf.

Feinste große Vollbücklinge

sehr preiswert.

Ende der Woche zu haben

Ia. Wurstschmalz

Pfund nur 60 Pf.

Neu eingeführt

Geflügelfutter „Muskator“

Pfund 16 Pf.

Prima Preiselbeeren

Suppenwürfel

sehr zu empfehlen — à 10 und 15 Pf.

Saucenwürfel
Bouillonwürfel
Maggis Suppenwürze

GEG.-Roggenmalz-Kaffee

(Ersatz für Kornfranck)

491

Kammer-Licht-Spiele

Breiteweg 141 Breiteweg 141

Heute Dienstag:

Programmwechsel

Prolongiert: Maria Sonetta.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 13. Februar

Gastspiel des kgl. württ. u. herzogl. sächs. Kammersängers Oskar Bolz.

Tristan und Isolde.

Wilhelm-Theater

Mittwoch den 12. Februar

Großer durchschlagender Erfolg!

Der Frauenfresser.

Donnerstag den 13. Februar

Hoheit tanzt Walzer!

Freitag den 14. Februar

Die Förster-Christl.

Sonnabend den 15. Februar

Der Bettelstudent.

Sonntag den 16. Februar, nachm.

Die Förster-Christl.

Abends

Der fidele Bauer.

Montag den 17. Februar

Benefiz Rosel Sustrovitz.

Zum erstenmal!

Die Millionenbraut

Operetten-Novität in 3 Akten.

Walhalla-Theater

499 Täglich

Konzert und Varieté-Vorstellung.

Eintritt frei!

Clou-Lichtspiele

Kaiser-Theater

Neu! Neu! **Heute** Neu! Neu!

2. Epoche bis inkl. Freitag

Menschen unter Menschen

Tägliche Vorführungen 6 und 9 Uhr

Außerdem der Sensations-Zweiakter

Eine heimliche Heirat

Personen unter 16 Jahren haben alltäglich von 3 bis 6 Uhr bei kleinen Preisen Zutritt. 489

Vorzugsbillette sind gültig auch bei Menschen unter Menschen.

Ab Sonnabend Epoche 3.

Dauer jeder Vorstellung ca. 3 Stunden.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Große Marktstraße 12.

Mittwoch: Grüne Erbsen mit Mohrrüben und Rindfleisch.
Donnerstag: Erbsen mit Rippenspeck.
Freitag: Schellfisch mit Mostrichsauce und Salzkartoffeln.
Sonnabend: Graupensuppe mit Rindfleisch.

Frauen-Speisesaal parterre.

ZENTRAL-THEATER

Nur noch wenige Tage:
481 Das sensationelle
Spezialitäten-Programm!

Jarrow

Brekers Bären

Hull-Trio

Kammer-Licht-Spiele

141 Breiteweg 141

Erstaufführung 14. Februar

Stephanshallen

— Dir. Rich. Freherz. —

Abends 8 Uhr 498

Varieté-Vorstellung.

Streng gesichtetes Programm für Familien-Publikum.

Vorzeiger dieser Annonce hat außer Sonnabend und Sonntag freien Eintritt.

Kasino-Theater

nebst einzigstem

Kabarett Max u. Moritz

Große Junkerstraße 12

Täglich abends 8 Uhr

Varieté- u. Theater-Vorstell.

sowie heitere Künstler-Abende. Jede Woche neue Theaterstücke. Alle 14 Tage neue Künstler. Entree wochentags frei. Sonnt. 20 ₰. Sonntag von 11 bis 2 Uhr **Matinee** bei freiem Entree

367 Direktion A. Röthig.

Sozialdemokratischer Volksverein

Filiale Schönebeck.

Donnerstag den 13. Februar, abends 8½ Uhr, bei **Haack (Bürgerhaus)**

Mitglieder-Versammlung.

1. Die Entwicklung der Klassengegensätze. Referent: Genosse Senkfeil. 2. Wahl eines Maifestkomitees. 3. Wahl eines Wahlkomitees. 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird erwartet.

683 **Der Vorstand.**

Union-Theater

Schönebeck, Salzer Straße 3

Weit überflügelt hat das neue **Schlager-Programm** all seine Vorgänger.

Das größte Meisterwerk der Filmkunst.

Die Jagd nach den Millionen, das spannendste Schauspiel der Gegenwart in 4 Akten. Spieldauer 1¼ Stunde.

Nunne im Lunapark, köstlicher Humor. 479

Korsika, die Wiege Napoleons, entzück. Naturaufn.

2. Schlager.

Durch Nacht zum Licht, spannendes Drama.

Gaumont-Woche, das Neueste aus aller Welt.

Vavelli, ergreifendes Drama.

Außerdem noch große dramat. und humoristische Einlagen.

Ersuche meine hochverehrten Besucher nochmals, dieses auserlesene Programm ja nicht zu versäumen, denn etwas Besseres kann nie wieder geboten werden.

Einem recht zahlreichen Besuch sieht freundlichst entgegen.

Gotthold Künzel.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund

Bezirk Magdeburg

Am **Sonnabend den 22. Februar,** abends 8 Uhr, findet im **Luisenpark,** Spielgartenstraße 1c, unser diesjähriges

Winterfest

bestehend in großem **Gesangskonzert** mit anschließendem **Ball,** statt. 608

Die Chorprobe hierzu findet am Sonntag den 16. Februar, vorm. 10½ Uhr, im „Sachsenhof“, Gr. Storchstraße 7, statt.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 36. Magdeburg, Mittwoch den 12. Februar 1913. 24. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Kinderarbeit auf dem Lande.

Die Kinderarbeit auf dem Land ist ohne jegliche Einschränkung. Kein Gesetz und keinerlei moralische Erwägungen hindern die agrarischen Gewaltigen, die Kinder bei schlechtester Bezahlung zu den schwersten, gefahrbringenden Arbeiten heranzuziehen Vor Jahren hat der Bundesrat über den Umfang der Kinderarbeit in der Landwirtschaft eine Erhebung angeordnet. Seit sieben Jahren liegt das Ergebnis für Preußen vor, ist aber bis heute noch nicht bekanntgegeben worden. Wie schlimm müssen die Zustände hier sein, wenn man sie geheimzuhalten gezwunger ist!

In der „Preußischen Lehrerzeitung" ist die Frage neuerdings wieder angeschnitten worden. Verschiedene Landlehrer sind in Zuschriften darauf eingegangen. Diese aus den Tatsachen geschöpften Schilderungen werfen ein grelles Licht auf die unerhörten Mißstände. Ein Lehrer berichtet über die Hütekinder in den östlichen Provinzen:

Arm und schäbig gekleidet sind sie im April oder Mai angekommen — zerrissen und verwildert wandern sie im November oder auch früher oder später heimwärts. Fürs Essen hat die Bauersfrau freilich gesorgt — aber die Kleidung? Du lieber Gott! Hat sie nicht genug zu nähen, zu waschen und zu stopfen an ihren Bälgen? — Da bleibt fürs fremde Kind keine Zeit! Mag's barfuß gehen, wenn Stiefel und Strümpfe die Sohlen verloren, und ging's den Sommer durch ohne Jacke und Weste, so mag es auch den Herbst hindurch gehen — deswegen! Mit dem Flicken und Stopfen mag sich die Mutter des Kindes im Winter plagen! — Es tut einem manchmal das Herz im Leibe weh, wenn man solch armen Burschen vor sich sieht. Und oft ist auch das Essen nicht ausreichend. Dann die Lagerstatt: ein Bett bei den Pferdeknechten, die spät abends vom Umhertreiben kommen und deren Redensarten ganz dazu angetan sind, den Rest des Schamgefühls im Kinde zu zerstören.

Dann wird der Fall eines Jungen erzählt, der bei einer frömmelnden Familie zum Viehhüten vermietet war. Der Knabe, der zuerst frisch und munter und auch einigermaßen tüchtig im Unterricht gegeben war, wurde von Tag zu Tag unfleißiger, elender im Aussehen, lasch in der Haltung, liederlich und unsauber in der Kleidung, mürrisch und scheu. Als nun das Kind einmal während des Unterrichts von starkem Unwohlsein befallen wurde, stellte der Lehrer folgendes fest: Das Kind mußte morgens um 4½ Uhr aufstehen, die Pferde füttern, den Kühen etwas geben, Holz in die Küche tragen, Rüben schneiden und Gras vom Felde holen, während die andern noch schliefen. Um 6½ Uhr bekam es dann eine Schmalzstulle und ging zur Schule. Nach dem Mittagbrot ging es aufs Feld, wo es um 4 Uhr wieder eine Schmalzstulle und eine Kanne kalten Kaffee gab. Nach dem Abendbrot um 9 Uhr (Grieß- oder Mehlsuppe, dazu eine Pflaumenmusstulle) wurde dann noch zwei Stunden — gebetet. Anfänglich wollte der Junge schlafen gehen, wurde aber durch Schläge zur Teilnahme am Gebet gezwungen. Dafür erhielt der Junge für 6 Monate außer freiem Essen einen Lohn von 10 Talern und einen Alltagsanzug, das macht pro Woche 2 Mark und pro Tag 35 Pfennig.

Einem andern Lehrer haben Arbeiterfrauen wiederholt versichert, daß sie gern zur Arbeit gehen würden, wenn sie nur gerufen würden. Aber den Frauen müßte der Gutsbesitzer zum mindesten 50 Pfg. für den Nachmittag geben, die Kinder arbeiten ihm schon für 20 Pfg. Die miserable Entlohnung ist ja gerade der Grund, weshalb die Gutsbesitzer immer mehr die Kinder zur landwirtschaftlichen Arbeit heranziehen. Ein Lehrer schreibt: „In 99 von 100 Fällen ist die landwirtschaftliche Beschäftigung fremder Kinder in körperlicher Beziehung eine Ausmerglung, in seelischer der Entsittlichung gleich zu achten." Ein eigenartiges Licht auf die Stellung der Regierung zu diesem Gegenstand wirft die Antwort, die der Lehrer, der 120 Kinder unterrichten mußte, bekam, als er sie bat, im Interesse der Erfolge der Schularbeit gegen die Arbeit der Schulkinder in der Landwirtschaft einzuschreiten. Die Regierung schrieb ihm, sie wäre dagegen machtlos!

Diese Antwort konnte der Lehrer ungefähr vorausahnen. Er mußte wissen, daß die Regierung nur der Vollzugsausschuß der in Preußen-Deutschland herrschenden agrarischen Partei, der Partei der Junker und Gutsbesitzer ist. Und diese wollen ihr herrliches Genußleben nicht aufgeben, auch wenn es auf der körperlichen und seelischen Ausplünderung und Vernichtung Hunderttausender von Landproletenkindern gegründet ist. —

Burg, 11. Februar. (Eine harte Strafe.) Der Arbeiter Franz Maczkowiak hatte sich im November v. J. etwa einen halben Zentner Kohlen angeeignet. Er gibt an, daß dies größere Stück Kohle beim Auskarren von der Karre in den Kanal gefallen sei. Nach Feierabend hat es sich M. dann herausgeholt und mit nach Hause genommen. Nach seiner Angabe wäre dies allgemeiner Gebrauch. Der Amtsanwalt aber ließ das nicht gelten, sondern beantragte 8 Tage Gefängnis. Mit 3 Tagen muß M. sein Verlangen nach einer warmen Stube büßen. —

— (Warnung.) Unter dem Deckmantel hochtönender Firmennamen, wie „Gaszentrale" oder „Gasglühlichtzentrale", versuchen verschiedene Hausierer, als Vertreter dieser Firmen, den Einwohnern Gassparapparate aufzuschwatzen. Es haben nun Teil Arbeiter sich die Vorteile des Gases zunutze gemacht und diese werden, da es ja immerhin teurer ist als Petroleum, leicht auf diese Sparapparate hineinfallen. Es steht aber der Wert der Apparate in keinem Verhältnis zu ihrem Preise. Auch ist von Gasanstalten und andern Behörden vor dem Kaufe gewarnt worden. —

— (Gut abgegangen.) Am Montag abend 6 Uhr sind die dem Bierverleger Jach gehörigen Pferde vor dem Grabower Tore durchgegangen. Die Pferde waren durch Automobile scheu geworden und nicht mehr zu halten. Sie rasten durch die Zerbster Straße bis zum Markte, den Wagen, auf dem noch ein etwa 7jähriges Mädchen saß, hinter sich herschleudernd. In der Nähe der Brüderstraße überfuhren sie einen Handwagen, der vollständig demoliert wurde, das Mädchen, welches ihn zog, konnte sich nur durch einen schnellen Sprung zur Seite retten. Der Führer des Wagens und das Kind kamen mit dem Schrecken davon. —

— (Standesamtliche Statistik des Jahres 1912.) Es wurden 594 Kinder geboren, 24 weniger als im Vorjahr. Mit Zwillingen wurden 5 Elternpaare „erfreut". Totgeboren sind 23, unehelich 74 geboren. Kinder unter 1 Jahr sind 166 gestorben. Im ganzen sind 475 Todesfälle zu verzeichnen, 123 mehr als im Vorjahr. Durch Unglücksfälle haben 4, durch Selbstmord 10 Personen geendet. Eheschließungen haben 196 stattgefunden, 5 weniger als im Vorjahr. Die Statistik zeigt also auch in unsrer Stadt einen Rückgang der Eheschließungen und der Geburten. —

— (Unsolidarisch) handelt ein Teil der Schiffer. Infolge des milden Wetters ist die Schiffahrt auf dem Plaueschen und Ihle-Kanal besonders zeitig eröffnet worden. Da aber die Schiffer in einer Lohnbewegung stehen, wurde beschlossen, die Fahrt nicht zu beginnen. Die Verhandlungen sind bisher an der Nichtbewilligung der Nachtruhe gescheitert. —

Felgeleben, 11. Februar. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Der Vertrag mit dem Krankenpflege-Verein Kaiser Friedrich (Schönebeck) wird angenommen. Einstimmig beschließt die Gemeindevertretung, dem Krüppelfürsorge-Verein der Provinz Sachsen mit einem Jahresbeitrag von 10 Mark beizutreten. Ein an die Spezialkommission in Magdeburg gestellter Antrag auf Ablösung von Reallasten in hiesiger Gemeinde wurde zurückgegeben mit der Forderung, in dem Antrag eine Aenderung vorzunehmen. Die Gemeindevertretung beschließt demgemäß. Von der Anstellung eines Berufsvormundes wird vorläufig noch Abstand genommen. Einige Anfragen über das Feuerlöschwesen wurden nicht genügend geklärt. Es soll in nächster Sitzung die Angelegenheit noch einmal erörtert werden. Für das Nachtwachwesen soll zukünftig Kontrolle eingeführt werden. —

— (Bezirksversammlung.) In der gut besuchten Bezirksversammlung im Gewerkschaftsheim wurde zunächst über die Lokalfrage gesprochen. Den Bericht von den Gemeindevertreter-Sitzungen gab Genosse Bastian. Ueber die Landtagswahl sprach Genosse Badebeck. Im Schlußwort forderte er auf, nun in die Wahlarbeit einzutreten. Jeder Genosse und jede Genossin müsse sich an der Wahlarbeit beteiligen. An der Diskussion beteiligten sich Genossin Eckardt und Genosse Senkfeil. Außerdem wurden noch einige Vereinsangelegenheiten besprochen. —

Halberstadt, 11. Februar. (Vom Flugplatz.) Das schöne Wetter hatte einige Flieger verlockt, verschiedene Flüge zu unternehmen. So stieg auch der Fluglehrer Hailer mit einem Eindecker auf und machte einen Flug, der ihn bis Münchenhof führte. Plötzlich setzte der Motor aus, und der Flieger mußte landen. Der Eindecker mußte per Wagen von dort abgeholt werden. Der Fluglehrer Kanitz stieg mit einem Zweidecker auf, beim Landen setzte der Motor zeitweise aus, so daß es nur dem außerordentlichen Geschick des Lenkers zu verdanken war, daß kein größeres Unglück passierte. Durch das unsanfte Aufstoßen des Flugzeugs ging nur das Traggestell in Trümmer. —

— (Ein Luftballon,) der am Sonntag nachmittag über unsre Stadt flog, lockte alt und jung auf die Straße. Es handelte sich um den in Gelsenkirchen mit vier Passagieren aufgestiegenen Ballon „Gladbeck". In der Nähe des Dorfes Emersleben merkte der Führer, daß widrige Winde den Ballon wieder nach Westen, wo er herkam, abtrieben. Infolgedessen mußte er auf der Feldflur von Emersleben landen. Bei der Landung wurde eine Dame, die mit den drei Herren aufgestiegen war, leicht verletzt. —

Kolbitz, 11. Februar. (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Berkamschen Lokal statt. —

Neuhaldensleben, 11. Februar. (In der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins,) die am Sonntag nachmittag stattfand, gab Genosse Schmidt die Abrechnung vom letzten Vierteljahr. Die Einnahme betrug 442,57 Mark, die Ausgabe 398,23 Mark. Die Mitgliederzahl beträgt 191 männliche und 60 weibliche. Oeffentliche Versammlungen fanden vier, Mitglieder-Versammlungen drei statt. Bei der „Volksstimme"-Agitation auf dem Lande wurden zirka 100 neue Abonnenten gewonnen. Die Abrechnung von der Stadtverordnetenwahl gab ebenfalls Genosse Schmidt. Die Einnahme ergab 284.10 Mark, die Ausgabe 285,55 Mark. Genosse Ludwig (Olvenstedt) gab den Bericht vom Preußentag und ging auf die bevorstehende Landtagswahl ein. Besonders empfahl er rege Agitation zu ihrer Vorbereitung. Von sämtlichen Diskussionsrednern wurde die Resolution des Preußentags gutgeheißen. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte wurde die Versammlung geschlossen. —

— (Eisendiebstahl.) In den letzten Nächten ist auf der Zuckerfabrik Eisen gestohlen worden. Als Täter kommen Althaldensleber Schulknaben in Frage. Zu bewundern ist, daß die jugendlichen Langfinger die Last von zirka 8 Zentner Eisen aus einem umzäunten Platze holen und in die Stadt transportieren konnten, ohne daß jemand davon etwas bemerkt hat. —

— (Betriebsversammlung der Arbeiter der Steingutfabrik C. F. Carstens.) Wegen der Mißstände innerhalb des Betriebs waren am Sonntag mehr als 200 Arbeiter und Arbeiterinnen im Herzogschen Lokal versammelt, um Verbesserungen zu erlangen. Die Versammelten waren sich vollständig darin einig, daß nur durch eine geschlossene Organisation die Abstellung der Mißstände und eine bessere Behandlung durch Vorgesetzte erzwungen werden kann. Die Arbeiter werden alles daransetzen, um den letzten Mann in die Organisation zu bringen. —

Salzwedel, 11. Februar. (Von einem Radler überfahren und getötet.) Von einem in voller Fahrt und ohne Laterne aus der Promenade kommenden Radler wurde am Sonnabend früh auf dem Wege zur Arbeitsstätte der Wollspinner Fr. Niemüller umgefahren, so daß er zu Boden stürzte und mit dem Kopfe derart auf das Pflaster schlug, daß er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt, und sofort das Bewußtsein verlor. Man brachte den Verunglückten in seine Wohnung, wo er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, bereits im Laufe des Vormittags starb. Der Radler ist, ohne sich um den am Boden Liegenden zu kümmern, ruhig weitergefahren. —

Samswegen, 11. Februar. (Die hiesige Filiale des Konsumvereins) hielt am Sonnabend ihre diesjährige Generalversammlung ab. Genosse Demker gab den Geschäftsbericht. Das Jahr 1912, ein Jahr der Teurung, habe dem Verein eine gute Weiterentwicklung gebracht. In Zukunft müßten noch größere Erfolg erzielt werden, wie auch der Verein durch Sparsystem usw. alles daransetzen müsse, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Arbeiter sollten endlich eingesehen haben, daß ihnen als Konsumenten die Pflicht erwächst, sich genossenschaftlich zu organisieren. Als Vertrauensmänner innerhalb der Filiale Samswegen wurden bestimmt die Genossen Stahlhut, Allenstein und Trautmann. Der Wolmirstedter Generalversammlung werden die Genossen Wendel und Fritz Gerecke als Aufsichtsratsmitglieder vorgeschlagen. In längeren Ausführungen gelangte die „Wirtschaftspolitik" zur Sprache. Die geschilderten Mängel und Fehler einiger Waren sollen beseitigt werden. —

Schönebeck, 11. Februar. (Gesuch von Radiatorenarbeitern.) In den bürgerlichen Zeitungen werden Schlosser, Dreher und Former für eine neueingerichtete Radiatorenfabrik gesucht. Nach eingezogenen Informationen scheint es sich um die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft (Kirdorf) zu handeln. Wer sich vor Schaden hüten will, vereinbare schriftlich einen angemessenen Lohnsatz. Auskunft wird auch bereitwilligst im Bureau des Metallarbeiterverbandes erteilt. —

— (Inserate fehlen.) Eine Zeitung soll für jeden etwas bringen. Ohne Zweifel steht fest, daß die Arbeiter und deren Frauen im Inseratenteil nach billigen Angeboten, Ausverkauf usw. suchen. Nehmen wir nun unsre Presse zur Hand, dann finden wir oder besser gesagt finden wir nicht die Inserate der Schönebecker Geschäftsleute. Kommen unsre Inseratensammler nach den Geschäftsleuten und fordern sie zum Inserieren auf, dann tönt ihnen oft entgegen: Bei uns kaufen ja gar keine Arbeiter! Dem kann abgeholfen werden, wenn unsre Frauen bei ihren Einkäufen auf die „Volksstimme" hinweisen. So viel Interesse muß bei ihnen vorhanden sein, daß sie für die finanzielle Unterlage ihrer Zeitung wirken. —

— (Radiatorenfabrik.) Diese Fabrik ist nicht allein bei den Arbeitern dafür bekannt, daß die Produktionsweise für die Arbeiter eine geisttötende und gesundheitsschädliche ist. Das ergibt sich ohne weiteres aus der enorm hohen Krankenziffer. Nehmen wir an, daß 980 bis 1000 Arbeiter beschäftigt sind, so zeigt die hohe Jahresziffer der Krankheitsfälle, daß die Arbeiter der Radiatorenfabrik keineswegs auf Rosen gebettet sind. Es waren in 1 Jahr zirka 2200 Erkrankungsfälle, davon 720 mit Arbeitsunfähigkeit, zu verzeichnen. Jede Minute soll der Arbeiter im Interesse der Firma verwenden und wehe dem, der von dem Direktor Heinemann auf faulem Pferde ertappt wird. Ein Anschlag, unterzeichnet vom Direktor, ist ein neuer Beweis dafür. Er lautet:

> Wir machen darauf aufmerksam, daß die Kontrolluhren zu drücken sind kurz bevor die Arbeit beginnt und sofort nach dem Verlassen derselben. Also hat jeder Arbeiter, der seine Kleider vor Beginn der Arbeit wechselt, sich zu diesem Zweck in die Garderobe zu begeben und hat dann erst die Uhr zu drücken. Ebenso sollen nach Schluß der Arbeit zunächst die Uhren gedrückt werden und erst dann ist mit dem Waschen und Umziehen zu beginnen.

Das ist die Höhe! Von den Arbeitern verlangt man, pünktlich an der Arbeit zu sein. Durch diese neue Maßnahme werden aber die Arbeiter gezwungen, sich noch eine geraume Zeit nach Schluß der Arbeitszeit in der Fabrik aufzuhalten, damit sie sich den Schmutz abwaschen können. Den Herren muß es doch wohl bekannt sein, daß die Waschvorrichtungen immer nur von einer kleinen Zahl Arbeiter benutzt werden können. Wann sollen die letzten die Fabrik verlassen? Oder ist es verschiedenen Herren ein Dorn im Auge, daß die Arbeiter gewaschen die Fabrik verlassen, und soll mit dieser Maßnahme den Arbeitern das Waschen verekelt werden? —

Staßfurt, 11. Februar. (Einbruchsdiebstahl.) Am Sonntag morgen finden Arbeiter in der Nähe der Fabrik Beit u. Philippi eine erbrochene Kassette, die sie alsbald als diejenige des Fabrikarbeiterverbandes erkennen. Die Nachforschungen ergaben, daß die Tür des Verbandsbureaus, die nur ein sehr einfaches Schloß besitzt, aufgeschlossen und die Kasse entwendet ist. Sie hat ungefähr 600 Mark und ein Sparkassenbuch enthalten, daß sofort gesperrt worden ist. Der Verbandsbeamte, Genosse Malz, liegt seit einigen Tagen krank zu Bette. Bis zu einem gewissen Grade vertritt ihn in seinen Verbandsgeschäften seine tüchtige Frau. Sie hat am Sonnabend abend bei Schluß des Bureaus das in der Kassette befindliche Gold- und Papiergeld im Betrage von 700 Mark heraus- und nach der Wohnung mitgenommen. Ohne diese Vorsicht wäre den Dieben eine viel größere Beute in die Hände gefallen. —

— (Hundebesitzer, Vorsicht!) Nachdem die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, ist Staßfurt als Sperrbezirk erklärt worden. Das schließt in sich, daß Hunde nicht frei umherlaufen dürfen. Diese Vorschrift ist in frühern gleichartigen Verhältnissen nicht sehr streng durchgeführt worden. Jetzt erläßt aber die Polizeiverwaltung eine Bekanntmachung, daß ein Hundefänger angestellt ist, der die frei umherlaufenden Hunde wegfängt. Sie können alsdann binnen 3 Tagen gegen Zahlung von 3 Mark abgeholt werden. Wer also seinen Hund und seinen Taler lieb hat, möge die nötige Vorsicht üben. —

— (Verdorbene Sülze verkauft) und sich somit gegen die Paragraphen 12 und 14 des Nahrungsmittelgesetzes vergangen zu haben, ist dem Fleischermeister Franz Freye und dessen Ehefrau zur Last gelegt worden, die deshalb vom Landgericht Magdeburg am 18. Oktober v. J. zu je 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden sind. F. pflegte Freitags zu schlachten; so auch am 24. Mai v. J. An diesem Tage machte er aus den Schwarten eine Sülze, die er alsdann als sogenannte Schüsselsülze für 20 Pf. das Pfund in seinem Laden verkaufte. Von der Sülze kauften sich eine Reihe polnischer Arbeiter- und Arbeiterinnen; diese erkrankten aber alle einige Stunden nach dem Genuß der Sülze. Die Erkrankungen sind lediglich auf den Genuß der Sülze zurückgeführt worden, die, wie durch Sachverständige festgestellt worden ist, verdorben oder, wie das Urteil sagt, „faulig" gewesen ist. Das Gericht hat angenommen, daß die Eheleute aus Fahrlässigkeit die verdorbene Sülze in Verkehr gebracht und die Erkrankungen verursacht haben. Denn bei der Wärme, die in jenen Tagen herrschte, hätten sie sich sagen müssen, daß die Sülze leicht verderben konnte. Gegen das Urteil hatten beide Angeklagten Revision eingelegt, in der sie einmal behaupteten, daß der Begriff der Fahrlässigkeit vom Vorderrichter überspannt worden sei, und zum andern, daß sie durch Ablehnung eines Beweisantrags in ihrer Verteidigung beschränkt worden seien. Zu Unrecht sei nämlich ihr Antrag auf Vertagung und Ladung zweier Zeugen abgelehnt worden, welche bekunden sollten, daß sie am Sonnabend den 25. Mai gleichfalls von der in Frage stehenden Sülze gekauft und genossen hatten, ohne hinterher zu erkranken. Durch diese Zeugenaussagen wollten die Angeklagten beweisen, daß die Sülze am Sonnabend den 25. Mai noch nicht verdorben gewesen sein könne und somit auch die Erkrankungen der Personen, die gleichfalls am Sonnabend Sülze gekauft und genossen hatten, nicht auf den Genuß der Sülze hätten zurückgeführt werden dürfen. Der Reichsanwalt hielt das fahrlässige Verschulden beider Angeklagten für einwandfrei festgestellt und die Ablehnung der beiden Zeugen deshalb für zutreffend, weil der Nachweis der Nichterkrankung dieser beiden Zeugen keineswegs ergeben würde, daß die Angeklagten die Erkrankungen der andern Personen nicht verschuldet haben. Der Reichsanwalt beantragte deshalb, beide Revisionen als unbegründet zu verwerfen. Das Reichsgericht trat jedoch dieser Ansicht des Reichsanwalts nicht bei; es hielt vielmehr die Aussagen dieser beiden Zeugen nicht für unerheblich, sondern sogar vielleicht für ausschlaggebend für das ganze Urteil; es hob deshalb heute das Urteil gegen beide Angeklagten auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. —

Wernigerode, 11. Februar. (Ueber die Talsperrenprojekte des Harzes) machte am Schlusse der Verhandlungen des Kreistages in Osterode der Vorsitzende Mitteilungen, insbesondere über das Oderprojekt, das die Sperren der Söse, Sieber und Oder umfaßt. Die Projekte der Oder- und Söse-Talsperre werden in Kürze fertiggestellt. Für das Sösetalprojekt sind drei Entwürfe ausgearbeitet. Das Oderprojekt, das, abgesehen von dem geplanten Staubecken, mit einer Vergrößerung der vorhandenen Oderteichsperre rechnet, soll mit dem Ruhmesperreprojekt verbunden werden. Voraussichtlich kommt das Odersperreprojekt in erster Linie zur Ausführung wegen der größern Ueberschwemmungsgefahr im Gebiete der Oder. Mit der Ausarbeitung des Sieber- und Innerste-Projekts wird man in diesem Frühjahr beginnen. Die Gesamtkosten der Harztalsperren werden auf 20 Millionen Mark geschätzt. Die Talsperren würden nicht allein durch wirtschaftliche Ausnutzung der jetzt zum größten Teil unbenutzt verloren gehenden Wasserkräfte und durch Beseitigung der Hochwassergefahr für die Gebiete der Harzflüsse wertvoll sein, sondern auch das Projekt der weitern Schiffbarmachung der Leine zur Ausführung bringen lassen. —

Wernigerode, 11. Februar. (Volksversammlung.) Genosse Brandes gab am Sonnabend im „Volksgarten" seinen hiesigen Wählern einen Bericht von der Tätigkeit des Reichstags. In beredten Worten schilderte er das Wirken des jetzigen Reichstags. Mit einem Appell an die zahlreichen Zuhörer, Kämpfer für unsre gerechte Sache zu werden, schloß er seiner Vortrag. Der Appell hatte den unmittelbaren Erfolg, daß sich 18 Genossen im Parteiverein anmeldeten. Ueber 40 Mark konnten unserm Kriegsfonds zugeführt werden. Genosse Husung gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Wahlvereinsversammlungen in Zukunft besser besucht werden. —

Wolmirstedt, 11. Februar. (Konsumverein.) In der Generalversammlung vom 9. Februar erstattete Genosse Demker den Geschäftsbericht für 1912. Der Verein zählt jetzt 634 Mitglieder gegen 495 im Vorjahr. Der Umsatz betrug im letzten Geschäftsjahr 200 327 Mark gegen 131 216 Mark im Jahre 1911. Er verteilt sich

auf die beiden Lager wie folgt: Wolmirstedt 126 130 Mark, Samswegen 43 837 Mark. In den Vorstand wurden wiedergewählt die Genossen Heiß und Aug. Busse. Zu Aufsichtsratsmitgliedern wurden gewählt die Genossen Stahlhut, Fritz Gerecke und Otto Meier auf je 3 Jahre und Genosse Karl Jungmann auf 1 Jahr. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, an Stelle des nach Salzwedel als Geschäftsführer gehenden Genossen Fischer den Lagerhalterposten an hiesige Bewerber zu vergeben und keine Ausschreibung zu machen. Mit einem Hoch auf die Genossenschaftsbewegung erreichte die Versammlung ihr Ende. —

Vereins-Kalender.

Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Alte Neustadt. Am Donnerstag den 13. Februar, abends 8½ Uhr, Sitzung der Obmänner und Kassierer bei Karbe, Ottenbergstraße 13. Die Bezirksleitung.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Bezirk Magdeburg. Sonntag den 16. Februar, vormittags 10½ Uhr, Chorprobe im „Sachsenhof". 193

Arbeiter-Sängerchor Magdeburg. Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr, Uebungsstunde bei A. Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28. 305

Männer-Gesangverein Einigkeit Buckau (A.-S.-B.). Jeden Donnerstag abend 8½ Uhr Uebungsstunde bei Zehle, Thiemstraße 13. 193

Bund der Arbeiter-Musikvereine Deutschlands, 1. Bezirk. Uebungsstunden finden statt: Dienstag: Konzertina-Verein Mytheria, Magdeburg, Braunehirschstraße 3; Freundschaft Neue Neustadt bei Griethe, Luisenstraße 23; Lyra Lemsdorf, Frensels Restaurant; Vorwärts Burg, Restaurant zur Grund (Inhaber: E. Progatzky). Mittwoch: Fidelio Diesdorf, Höliges Restaurant; Freundschaft Sohlen, Müllers Restaurant; Donnerstag: Mus. Theaterverein Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle". Freitag: Fidelio Buckau bei Köhlitz, Grusonstraße; Konkordia Alte Neustadt, Restaurant zur Krone, Moldenstraße; Lyra Salbke, Restaurant Alb. Gerecke. Sonnabend: Konkordia Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle"; Harmonie Biederitz im „Lindenhof". 195

Bund der Arbeiter-Musikvereine Deutschlands, 1. Bezirk. Donnerstag den 13. Februar, abends 8½ Uhr, Bezirks-Uebungsstunde bei Landgraf, Braunehirschstraße. 194

Arb.-Radfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Magdeburg. Vereinsabende: Abt. Wilhelmstadt (Luisenpark) Mittwoch; Abt. Buckau (Thalia) Mittwoch; Abt. Sudenburg (Zerbster Bierhalle) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt (Koppehl, Fabrikenstraße) Freitag; Abt. Alte Neustadt (Krone) Mittwoch; Abt. Altstadt (Friedrichsluft) Freitag; Abt. Rothensee (Kumbiers Lokal) Donnerstag; Abt. Meitzendorf (beim Mitglied Heinrich Wilke) Dienstag; Abt. Dahlenwarsleben (Gasthof zur Darre) jeden Mittwoch. 304

Erster Neue Neustädter Arbeiter-Radfahrerverein. Jeden Freitag Uebungsstunde im „Weißen Hirsch". 305

Fermersleben. Der erste Vortrag über die Arbeiterversicherung beginnt am Mittwoch den 12. d. M. pünktlich 8½ Uhr im Lokal von Stiller. Nachdem Sitzung sämtlicher Funktionäre und Bezirksleiter. —

Burg. Arb.-Radfahrerverein, Ortsgruppe Burg. Dienstag den 11. Februar Extraversammlung. 160

Tangermünde. Sozialdemokratischer Verein. Jeden zweiten Freitag im Monat, abends 8½ Uhr, in „Stadt Magdeburg". 2131

Schönebeck. Fabrikarbeiter-Verband. Sonnabend den 15. Februar, 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im „Stadtpark" (Kleiner Saal).

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	7. Febr.	+ 0,28	8. Febr.	+ 0,25	0,03	—
Laun	„	+ 1,50	„	+ 1,27	0,23	—
Budweis	„	+ 0,20	„	+ 0,15	0,05	—
Prag	9. „	+ 1,34	10. „	+ 1,18	0,16	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	9. Febr.	+ 1,70	10. Febr.	+ 1,60	0,10	—
Weißenfels Untp.	„	+ 1,82	„	+ 1,80	0,02	—
Trotha	„	+ 3,28	„	+ 3,20	0,08	—
Alsleben	„	+ 2,90	„	+ 2,85	0,05	—
Bernburg	„	+ 2,57	„	+ 2,49	0,08	—
Kalbe Oberwegel	„	+ 2,16	„	+ 2,16	—	—
Kalbe Unterwegel	„	+ 2,68	„	+ 2,62	0,06	—
Grizehne	„	+ 2,70	„	+ 2,65	0,05	—
Mulde.						
Dessau, Muldenbr.	9. Febr.	+ 1,21	10. Febr.	+ 1,32	—	0,11
Elbe.						
Pardubitz	7. Febr.	+ 0,46	8. Febr.	+ 0,40	0,06	—
Brandeis	„	+ 1,50	„	+ 1,39	0,11	—
Melnik	„	+ 1,82	„	+ 1,56	0,26	—
Leitmeritz	„	+ 1,44	„	+ 1,22	0,22	—
Aussig	9. „	+ 1,87	10. „	+ 1,59	0,28	—
Dresden	„	+ 0,52	„	+ 0,18	0,34	—
Torgau	„	+ 3,02	„	+ 2,75	0,27	—
Wittenberg	„	+ 3,97	„	+ 3,83	0,14	—
Roßlau	„	—	„	+ 3,70	—	—
Barby	„	+ 3,68	„	+ 3,89	—	0,21
Schönebeck	„	—	„	+ 3,64	—	—
Magdeburg	10. „	+ 3,16	11. „	+ 3,20	—	0,04
Tangermünde	9. „	+ 3,66	10. „	+ 3,85	—	0,19
Wittenberge	„	+ 3,05	„	+ 3,20	—	0,15
Dömitz	„	+ 2,18	„	+ 2,40	—	0,22
Boizenburg	„	+ 2,00	„	+ 2,16	—	0,16
Hohnstorf	„	+ 2,22	„	+ 2,37	—	0,15
Lauenburg	„	+ 2,22	„	+ 2,39	—	0,17

* Aussig, 11. Februar. Pegelstand + 1,41 Meter. Vom Oberlauf werden 109 Zentimeter Fall gemeldet. Magdeb. Ztg.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Eine Dame welche zarte, weiße Haut u. blendend schönen Teint erlang. u. erhalt. will, wäscht sich nur mit der allein echten Steckenpferd-Seife die beste Lilienmilchseife von Bergmann & Co., Radebeul, à Stück 50 Pf. Überall zu haben. Ferner macht der Cream „Dade" rote und spröde Haut weiß und sammetweich. :: :: Tube 50 Pf.

Der Inventur-Ausverkauf

dauert nur noch bis zum **15. Februar.**

Petra vorzüglich sitzende, erprobte Form, aus haltbarem weißen und farbigen Drell . . . . . nur Mk. **2.55**

Charme Reklame-Korsett, hochelegant, aus gemusterten Stoffen, mit 4 Strumpfhaltern . . . nur Mk. **4.45**

Dasselbe Korsett aus Prima Drell . . . . . nur Mk. **5.95**

Luise hochmodernes Korsett aus ff. weißen und natur Satindrell, mit 6 Strumpfhaltern . . . . nur Mk. **8.95**

Spezialität: **Rostfreie Korsetts** waschbar, bruchfrei

Mk. **7.50 10.00 12.00 12.50** und eleganter.

Auf alle Waren 20 %

682 **Auf Modelle bis 75 %**

Korsetts nach Maß genau wie in meinem Pariser Atelier!

Jubiläums-Preisliste gratis und franko!

Arnold Obersky PARIS :: BERLIN

Telephon Nr. 4140 **Magdeburg, Breiteweg 44** Telephon Nr. 4140

Malerarbeiten jeder Art führt aus Gustav Kleus, Lüneburger Str. 13.

Ein gutes sauberes **rotes Bett** und mehrere gute Bettstücke sofort billig zu verkauf. Blumenthalstraße 2, vorn r. 1 Tr.

MAGI Cigaretten
Tabakarbeiter-Genossenschaft E. G. m. b. H. Zigaretten-Fabrik — Stuttgart. — 37

Federbetten
Singernähmaschine, Vertiko, Pfeilerschrank, Waschtoilette u. Küchenschrank billig z. verk. Kurfürstenstr. 1, vorn part. r.

Delikate buttrige **Harzkäse Landkorbkäse** in bekannt allerfeinsten Qualitäten
Olvenstedter Str. 47 Ecke der Friesenstraße.

Maurer! 404
Gutgehendes Scharwerks-Geschäft mit fester Kundschaft sofort billig abzugeben. Offerten unter N 3 an die Expedition d. „Volksstimme".

403 Gute **Mitglieder-Versicherung** Lebens-, Sterbekassen- und Kinderversicherung sucht für Burg, Halberstadt, Genthin, Aschersleben, Staßfurt sowie an allen Orten rührige
Vertreter
ev. mit Inkasso, auch gegen feste Bezüge. Richtfachleute werden kostenl. eingearb. Off. u. B 403 an die „Volksstimme", Magdeburg.

Kl. Ackerparzellen ein u. mehrere Jahre z. verp. Gartenstadt-Kolonie Reform, südlich d. Krankenanstalt Leipz. Str., Fort 2. Näh. daselbst bei Hünsche.

BURG BURG
Palast-Theater
Morgen Mittwoch neues Riesenweltstadt-Programm.
Asta Nielsen als Herr Klette in
Jugend und Tollheit großes kinematographisches Lustspiel in 3 Akten.
Wochenbericht des Palast-Theaters hochaktuell.
Eine heiratslustige Witwe großer humoristischer Gaumont-Schlager.
Er stellt sich krank urkomische Posse (amerikanisch).
Neuerlangtes Lebensglück spannendes und tief ergreifendes Drama in 3 Akten.
Das Sensationelle! — Das Aufsehenerregendste! — Das Nonplusultra der Saison!
Jugend und Tollheit großes kinematographisches Lustspiel in 3 Akten mit Asta Nielsen als Herr Klette.
Die Macht des Kindes ergreif. Drama
Zu diesem sensationellen Prachtprogramm ladet zu recht starkem Besuch ergebenst ein 74
Die Direktion. Otto Wohlfarth.
Rechtzeitiges Kommen sichert guten Platz!

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unsrer lieben Entschlafenen, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die überaus reiche Teilnahme und für die vielen Kranzspenden unsern herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Dr. Kramer für die trostreichen Worte am Grabe der lieben Entschlafenen.

In tiefer Trauer 398

Rudolf Wienecke,
Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte.

Gustav Meinecke
Magdeburg, Marstallstraße 7
vis-à-vis dem Altstädter Krankenhaus.
Lager kompletter
Wohnungs-Einrichtungen
— Eigene Tischlerei. —
Ausführung nach gegebenen und eigenen Entwürfen.
Besichtigung meines Lagers erbeten. 557

Papier und Tüten in allen Sorten kauft man billigst bei Ewald Rosck, Magdeburg, Tonnenstr. 8. Fernspr. 1894

Lehrling 366 gegen wöchentliche Vergütung per sofort oder Ostern gesucht.
Automobil- und Fahrradwerkstatt Olvenstedter Straße 12.

Fahrradhaus Frisch-Auf, E. G. m. b. H.
in Liquidation.
Laut § 51 des Genossenschafts-Gesetzes geben wir hiermit bekannt, daß von dem Drucker Herrn Otto Koch, Groß-Ottersleben, gegen die Generalversammlung vom 26. Januar Klage erhoben worden ist und in dieser Sache am 7. März, vormittags 10 Uhr, vor dem kgl. Landgericht Magdeburg Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt. 484
Die Liquidatoren.
Albert Bähr. Willy Behrschade. Karl Fröhlich.

Seefisch- und Heringshandlung
Carl Eulig
Buckau 554
Wilhelm Str. 12 Fernsp. 4762
empfiehlt
Mittwochs und Freitags
lebendfrische Seefische
— nur erstklassige Ware —
Delikate fette Heringe u. Rollmöpse
Forellen — Heilbutt
Alle Zierfischerwaren u. Marinaden.

Trock. Roggenbruch Zr. 2.25, Feinste Speisekartoffeln, Industrie, Magnum bonum Zr. 2.30 empfiehlt Bergstraße 14.

Mittwoch 584
Frische Barsche
A. Weber Nachf.
R. Dudow, Schwerdtfr. 9.

Viel Geld sparen die **Leute** welche bei mir eleg. neue oder wenig getragene
Herren-Garderobe kaufen. 532
Beachten Sie mein Inserat am Freitag abend.
Riesenauswahl!
Breiteweg 87 I gegenüber d. Brunnehirschstr.

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schutzmarke Schwan)
spart Arbeit, Zeit, Geld.
Paket 15 Pfennig

Schneiderin empf. sich in und außer dem Hause Frau Jokisch, Nachtweide Nr. 95.

Dunkel rauhhaariger Zwergpinscher „Troll" entlaufen. Gegen hohe Belohnung abzugeben Kaiserstr. 16, II. 390

Handbuch der Dreherei
Preis Mk. 4.80
Ausnahmepreis Mk. 4.50
Unentbehrlich für jeden Dreher, Schlosser, Mechaniker und Werkmeister.
Bestellungen nimmt entgegen die
Buchhandl. Volksstimme Große Münzstraße 3 sowie alle Kolporteure und Austrägerinnen.

Statt Karten.

Zurückgekehrt vom Grabe unsrer lieben Mutter, sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die vielen Kranzspenden unsern herzlichsten Dank. Herzlichen Dank Herrn Pastor Grün für die trostreichen Worte am Sarge.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Familie Lüdde.
400 **Familie Adler.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.

Am 8. Februar starb unser langjähriges Mitglied, der Ziegeleiarbeiter 467

Karl Klein

39 Jahre alt, an Gehirnhautentzündung.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Die Verwaltung.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus, Angerstr. 8, aus statt.

Sollte der Gerichtshof nach dem Strafantrag des öffentlichen Anklägers erkennen, so würde es auf die Gefahr hin geschehen, daß die Angeklagte ins Gefängnis kommt, weil sie ihr fehlendes Herzblut, das sich in eine Jacke verwandelt hatte, stehlen mußte, um ihr geringes vorhandenes Herzblut zu erwärmen. Es würde also ein Mensch vor einem Gerichtshof unsers humanen Zeitalters deshalb verurteilt werden, weil er sein eignes Herzblut stehle mußte, um es zu besitzen. Ich beantrage Freisprechung!"

Das Gericht sprach unter Würdigung dieser Ausführungen die Angeklagte frei.

Der Prozeß hat, wie sich dies von selbst versteht, nie stattgefunden. Dieser Bericht ist nichts als eine forensische Zukunftsmusik aus einer bessern, neuen Zeit. —

Kulturgeschichtliches.

Fürstliche Massenmörder. Die Münchner Wochenschrift „Licht und Schatten" bringt in ihrem neusten, als Spitzwegnummer ausgestatteten Heft innerhalb einer Rubrik historischer Reminiszenzen folgende noch heute denkwürdige Erinnerung: Zur Zeit des Nordamerikanischen Freiheitskriegs verhandelten bekanntlich deutsche Fürsten ihre Landeskinder an England. In welchem Maßstab dies geschah, zeigen folgende Zahlen:

Der Herzog von Braunschweig verkaufte . . .	5 723 Mann
der Landgraf von Hessen-Kassel verkaufte . .	16 992 Mann
der Fürst von Hanau verkaufte	2 422 Mann
der Markgraf von Ansbach verkaufte	1 644 Mann
der Fürst von Waldeck verkaufte	1 225 Mann
der Fürst von Anhalt-Zerbst verkaufte . . .	1 160 Mann

Das sind durchschnittlich 4 Prozent der Bevölkerung des Landes. Von obigen 29 166 Mann gingen 11 858 verloren, und für jeden Gefallenen oder Verstümmelten erhielt der Landesfürst noch eine besondere Entschädigung, so daß ihm an dem Untergang seiner verkauften Untertanen nur gelegen sein konnte. Der Preis pro Mann betrug 100, 120 und 150 Taler. Der Geschichtschreiber Franz v. Löher (1818 bis 1892) teilt einen für die Gesinnung der Fürsten charakteristischen Brief des Grafen von Schaumburg, Prinzen von Hessen-Kassel, an den Freiherrn von Hohendorff, Oberbefehlshaber der hessischen Truppen in Amerika, aus Eugen Regnaults „Denkwürdigkeiten" mit. Der Brief ist vom 8. Februar 1777 datiert. Der Fürst äußerte sich darin sehr erfreut über die Nachricht, daß in der Schlacht von Trenton von 1950 seiner Hessen 1650 gefallen seien, und ärgert sich, daß auf der vom englischen Minister ihm zugesandten Verlustliste nur 1455 Gefallene stehen, wodurch die fürstliche Schatzkammer Verlust habe. Am Schlusse schreibt er: „und erinnere Sie daran, daß von den 300 Spartanern, welche den Paß von Thermopylä verteidigten, nicht einer zurückkam. Ich wäre glücklich, wenn ich dasselbe von meinen braven Hessen sagen könnte. Sagen Sie dem Herrn Major Mindorff, daß ich außerordentlich unzufrieden bin mit seinem Benehmen, weil er die 300 Mann gerettet habe, welche vor Trenton flohen. Während des ganzen Feldzugs sind nicht 10 von seinen Leuten gefallen!" —

Wissenschaft.

Fund eines Meteorsteins. In einem Walde bei Kaldenkirchen wurde ein Meteorstein gefunden. Es ist ein Bruchstein im Gewicht von 18 Pfund, der fehlende Teil wird etwas kleiner gewesen sein. Der Stein besteht aus einer dunkelgrauen, porösen, lavaartigen Masse von hohem spezifischem Gewicht und hat eine ovale Gestalt. Man sieht deutlich, daß er in schmelzförmigem Zustand auf die Erdoberfläche aufgeschlagen ist. Die untere Seite, die nur wenig tief in der Erde lag, ist etwas gewölbt, die obere flache Seite ist schwach konkav. —

Die Schaffung des Atoms. Die letzte Sitzung der Londoner Chemischen Gesellschaft beansprucht großes Interesse wegen der Vorlesung eines Vortrags von Sir William Ramsay über „Helium im Gas aus dem Innern einer X-Strahlen-Röhre" und einer gemeinsamen Arbeit der Professoren Collie und Patterson über „Erzeugung von Neon aus Wasserstoff". Die Absicht dieser miteinander in Zusammenhang stehenden Arbeiten ist es, die These zu erweisen, daß bei Sendung eines elektrischen Stromes durch eine Vakuumröhre, die eine hinreichende Menge Wasserstoff enthält, die Elemente Neon und Helium auftreten. Falls die Experimente der Forscher sich bei den Nachprüfungen als richtig erweisen, würde eine von zwei Folgerungen denkbar sein: 1. entweder ist der Wasserstoff oder sind Elemente in dem Glase oder den Elektroden in Neon und Helium umgesetzt worden, womit die Umwandlung von Elementen ineinander eine Tatsache wäre, oder aber 2. es ist gelungen, durch den Strom das Neon und Helium zu erzeugen, womit die Ueberführung von Energie in Materie und die Schaffung des Atoms geglückt wäre.

Das Geheimnis der Sphinx. Der Professor der Aegyptologie an der Harvard-Universität, Reisner, hat über seine Untersuchungen über die Sphinx eine bemerkenswerte Arbeit veröffentlicht. Professor Reisner hat im Innern der Sphinx einen der Sonne geweihten Tempel gefunden. Dieser Tempel ist, wie Professor Reisner festgestellt hat, das älteste bekannte Bauwerk, da es nachgewiesenermaßen noch älter ist als die Pyramiden. Es soll aus dem Jahre 6000 vor Christi Geburt stammen. Eine Statue des Königs Mona befinde sich im Innern der Sphinx. Augenblicklich sind die Arbeiten nur bis zum Kopfe der Sphinx vorgeschritten, in welchem sich ein 18 Meter langer und 4 Meter breiter Saal befindet, der mit dem Sonnentempel durch einen langen Korridor verbunden ist. Der Sonnentempel selbst befindet sich in einem der beiden Vorderfüße der Sphinx. Es wurden auch noch zahlreiche heilige Geräte, zum Teil aus Gold, gefunden. Außerdem befindet sich eine kleine Pyramide im Innern der Sphinx. Professor Reisner erklärt, daß seiner Meinung nach die Pyramide zu dieser Zeit nichts andres bedeutet hat, als einen Träger riesiger Sonnenuhren. So zeigt z. B. die Cheopspyramide aufs genaueste die Zeit an. Professor Reisner will seine Arbeiten, der weiteren Erforschung der Sphinx fortsetzen und hofft noch vieles Interessante zu entdecken. Allerdings werden seine Arbeiten durch die arabischen Arbeiter sehr verzögert, da diese sich weigern im Innern der Sphinx zu schlafen, indem sie behaupten, daß sie dann von bösen Geistern verfolgt werden würden. —

Kunst und Literatur.

Eine Ausstellung der Fachpresse. Auf der internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914 gedenkt sich die deutsche Fachpresse durch eine besondere Ausstellung zu beteiligen. Die Entwicklung der Fachpresse ist noch ziemlich jung, hat aber in kurzer Zeit eine große Ausdehnung erfahren. Es dürfte heute wohl kein Gewerbe geben, das nicht mindestens über ein Fachblatt verfügt; die meisten Berufe weisen sogar mehrere auf. Die Ausstellung soll nun ein möglichst umfassendes Bild der deutschen Fachpresse geben. —

Der Verband der konzertierenden Künstler Deutschlands hat ganz besondere Maßnahmen getroffen, um gegen die Konzertflut einen Damm zu bauen und den jungen Kräften den Weg in die Oeffentlichkeit zu ebnen. Das ist die Einrichtung der Jurykommissionen und Einführungskonzerte. Das Urteil der Jury spricht aus, ob die Vorträge zur Konzerttätigkeit berechtigen, besonders empfohlen werden können oder aber zurückgewiesen werden müssen. —

Humor und Satire.

Schon möglich. „Na, Sie kommen ja aus dem Auskunftsbureau wie ein begossener Pudel heraus, lieber Freund — haben Sie sich etwa aus Neugierde mal über sich selbst erkundigt?" —

Fleischnot. Als der Juwelier Kornblum Konkurs machte, wurde neben dem Warenbestand auch das Handwerksgerät versteigert. Da der Händlerring anwesend war, erzielten die feinen Reparaturwerkzeuge Schundpreise. Nur die Präzisions-Goldwagen wurden sonderbarerweise hochgetrieben und verhältnismäßig sehr gut bezahlt. Es waren aber nicht die Tröbler des Ortes, die sich darum balgten. Es waren die — Schlächtermeister. —

Gute Kollegen. Von den Gerichtsaktuaren hat fast jeder eine sogenannte „Vordermännerliste", in der jeder Vordermann, der, sei es durch Ausscheiden aus dem Justizdienst oder durch den Tod, wegfällt, dick durchgestrichen wird.

Treffen sich da vor kurzem zwei Aktuare, die denn auch bald auf die „Anstellung" zu sprechen kommen. Und sofort wird die „Vordermännerliste" hervorgeholt.

Da bemerkt der Dienstältere der beiden hinter seinem Namen ein kleines Kreuzchen und fragt verwundert, was das zu bedeuten habe.

„Ja, weißt Du," sagt der Jüngere, „das ist noch von damals, als Du Typhus hattest." —

Unsre Bilder.

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß die Berliner Genossen am 2. Februar für Paul Singer, den unvergeßlichen Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse, ein Denkmal enthüllt haben. Als die Hülle fiel, bot sich das Denkmal in seiner schlichten Schönheit den Blicken der Anwesenden dar. Ein sechs Meter hoher Obelisk aus Lavastein reckt sich trotzig und frei empor und zeigt an seiner Stirnseite in Form eines Bronzemedaillons den charakteristischen wuchtigen Kopf unsers Genossen Singer, der lebenswahr und sprechend ähnlich die Züge des Toten wiedergibt. Einmütig war man in der Anerkennung des Kunstwerkes, das den Professor Starck (Wilmersdorf) zum Schöpfer hat. —

Druck und Verlag W. Pfannkuch u. Co., verantwortlicher Redakteur Emil Müller, sämtlich in Magdeburg.

Die Rast
Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 36 — Magdeburg, Mittwoch den 12. Februar — 1913

Die arme Sünderin.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(35. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Zwölftes Kapitel.

Carry aber fand erst gegen Morgen ein wenig Schlaf. Es war ihr völliger Ernst gewesen mit dem Entschluß, um jeden Preis aus München hinauszukommen; denn sie hatte Alois Bredauer wiedergesehen, und der Gedanke, mit diesem „Schentelmän" wieder zusammenzutreffen und vermutlich höhnische Fragen über ihr Verhältnis zu jenem alten Herrn über sich ergehen lassen zu müssen, war ihr unerträglich.

Als Carry am nächsten Morgen ihre Arbeit beim Justizrat wieder aufnahm, schämte sie sich recht ihres aufgeregten Gebarens und war auch gar sehr befangen in der Ungewißheit, ob sie Frau Bernhardi gegenüber des Nachtessens bei Gilltzer erwähnen sollte oder nicht. Verboten hatte er es ihr ja nicht, aber es konnte ja sein, daß es ihm doch unangenehm war. Carry beschloß also, der alten Dame das erste Wort zu lassen; aber dieses erste Wort fiel nicht, woraus hervorging, daß der Justizrat sich nicht getraut hatte, der Gattin seine galante Anwandlung, wiewohl sie einen praktischen juristischen Hintergrund gehabt hatte, zu bekennen. Sie hatte nun also ihr Geheimnis mit dem Alten. Das war ihr aufrichtig unangenehm, denn sie geriet dadurch in eine schiefe Stellung zu seiner Gattin, der sie für ihre freundliche Gesinnung von Herzen dankbar war. Anderseits dachte sie nicht im entferntesten daran, etwa die Schwäche des guten Justizrats zu ihrem Vorteil auszubeuten. Daß ältere wohlhabende Herren für jüngere Damen in ihrer Begleitung die Zeche zahlten und je nach dem Grade der Beziehungen mehr oder minder kostbare Geschenke machten, dünkte ihr selbstverständlich und unverfänglich; aber trotz aller ihrer Gedankenlosigkeit und Naivität in solchen Dingen war sie sich doch bewußt, daß es sich hier um das Verhältnis von Arbeitgeber und -nehmer handelte und nicht um onkelhafte Liebenswürdigkeiten zwischen gesellschaftlich Gleichgestellten.

Da der Justizrat nicht einmal den Mut gehabt hatte, das harmlose Abendbrot zu beichten, so verzweifelte Carry an der Möglichkeit, von seiner Gattin in die Sommerfrische eingeladen zu werden. Und sie mußte doch hinaus! Die Einförmigkeit ihres Lebens, das viele Sitzen und die klappernde Tippelei an der Maschine hatten sie ganz nervös gemacht, mehr aber als alles das die Begegnung mit Bredauer. Sie traute sich nicht mehr, ihren gewohnten Abendspaziergang allein zu machen, und mit Zittern und Zagen bestieg sie die Trambahn, die sie von ihrer Wohnung zu ihrer Arbeitsstelle führte, in der ewigen Angst, ihn dort einmal zu treffen und von ihm angesprochen zu werden. Ach, er brauchte sie gar nicht einmal anzusprechen — jeden Blick von ihm hätte sie als eine Beleidigung empfunden! Die arme Frau war wirklich in einer schrecklichen Verfassung. Diese Stadt war ihr verhaßt, sie mußte hinaus um jeden Preis! Und so kam sie eines Tages auf den Gedanken, sich an ihren reichen Bruder Wilhelm zu wenden.

Sie führte den Gedanken sofort aus, um nicht wieder den Mut zu verlieren. Möglichst ruhig und geschäftsmäßig schrieb sie ihm, ihres ehelichen Zerwürfnisses gar nicht erwähnend, daß sie glücklich sei, durch ihre Arbeit ihre völlige Unabhängigkeit errungen zu haben. Sie sei ja schon jetzt in der Lage, ihre bescheidenen Bedürfnisse von ihrem Gehalt zu bestreiten; aber es rege sich jetzt der ererbte Instinkt der Kaufmannstochter in ihr, und sie hätte einen Plan entworfen, wie sie ihre Maschinenschreiberei in größerm Stil ausbeuten und dadurch zu einer auskömmlichen, angesehenen Existenz gelangen könne. Sie wolle in München oder anderswo ein Bureau errichten, womöglich gleich mit mehreren Damen, das großstädtischen Ansprüchen an rasche Vervielfältigung schriftstellerischer Arbeiten, geschäftlicher Prospekte, Zirkulare und so weiter vollkommen gewachsen sei. Er möchte ihr doch etliche tausend Mark vorstrecken, damit sie eine wirksame Reklame einleiten, eine entsprechende Wohnung mieten, die nötigen Maschinen und Bureaueinrichtungen anschaffen könne. Sie wolle ihm sein Darlehen natürlich auch verzinsen.

Auf diesen Brief erhielt sich umgehend Antwort. Wilhelm Jürgaß schrieb ihr äußerst kühl und geschäftsmäßig, daß er sich ihres guten Anfangs und ihrer vernünftigen Zukunftspläne freue, aber ehe er ihr eine größere Summe anvertraue, doch erst die Gewißheit haben möchte, daß ihre guten Vorsätze von Bestand seien. Das sprunghafte, launische Wesen, das ihr von Kindheit an eigen gewesen sei, rechtfertige seine Vorsicht. Bei ihrem Hange zum Wohlleben könne sie der Besitz eines, wenn auch nur kleinen Kapitals doch gar zu leicht in Versuchung führen. Zudem sei ja, soviel ihm bekannt, noch von keiner Seite die Scheidungsklage angestrengt worden, und ehe sie nicht geschieden, sei es doch Sache des Mannes, für ihren Unterhalt zu sorgen. Wenn aber einmal die Scheidung vollzogen sei und sie ein ganzes Jahr lang sich treu und tüchtig bewährt haben würde, so wäre er gern bereit, ihrem Wunsche zu entsprechen. Ein Gruß von seiner Frau war nicht beigefügt, und die Schlußphrase lautete: „Halte Dich brav, liebe Karoline, so darfst Du mich trotz allem, was Du uns angetan hast, auch in Zukunft betrachten als Deinen treuen Bruder Wilhelm."

Wütend knüllte Carry das Schreiben zusammen und schleuderte es an die Wand. „Bande!" knirschte sie vor sich hin. Also wie eine Verbrecherin wurde sie angesehen, der man nicht über den Weg trauen darf! Gewiß steckte da wieder die adlige fromme Schwägerin dahinter! Oho, sie wollte ihnen schon zeigen, daß sie ohne ihr Almosen fertig werden könnte!

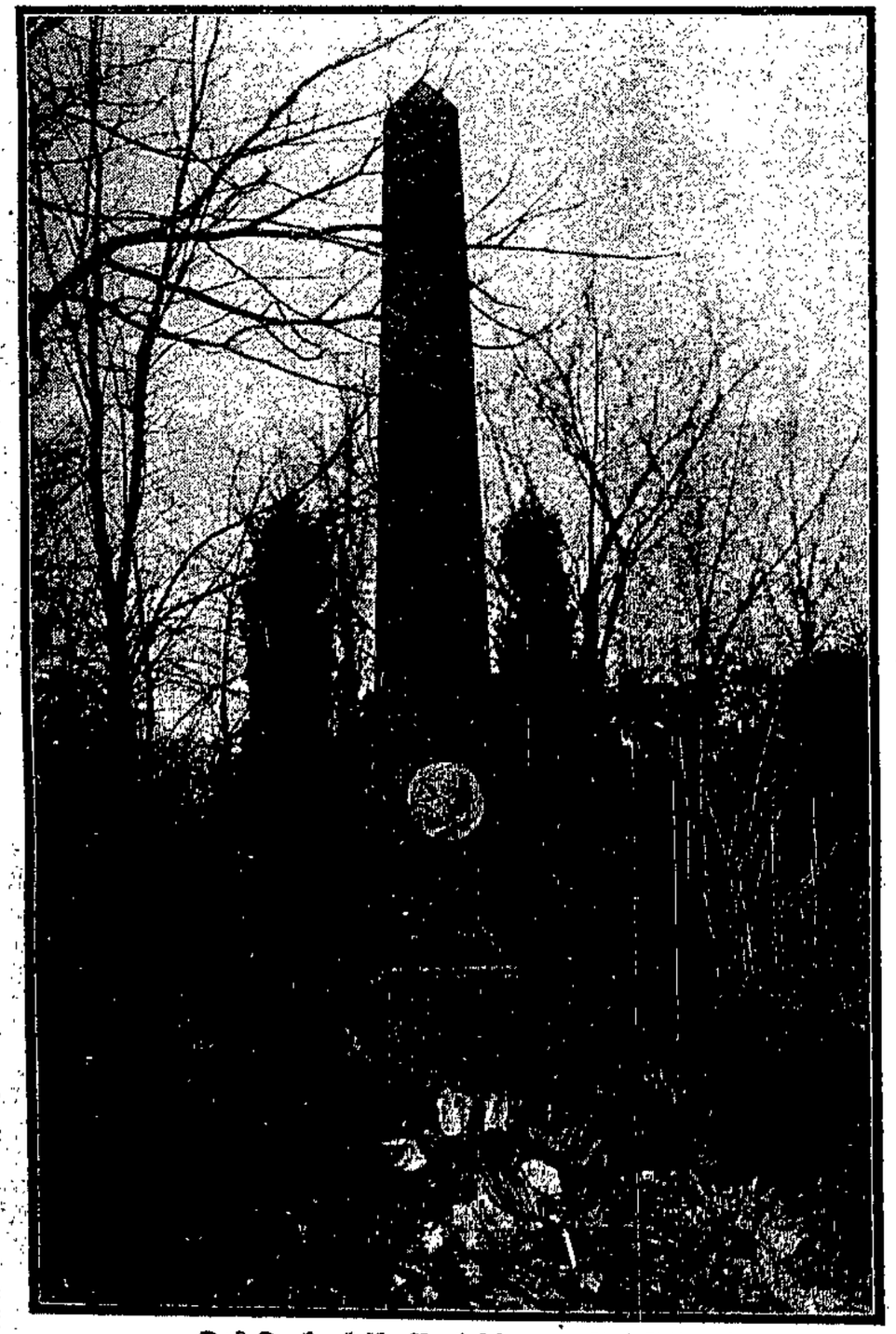
Und in ihrem Grimme tat sie etwas ganz Törichtes. Sie ging sofort hin und kaufte sich auf Abzahlung ein Fahrrad, das ihr natürlich sehr hoch angerechnet wurde. Sie hatte kürzlich durch Meldung auf ein Zeitungsinserat eine Novelle von einem Schriftsteller zum Abschreiben bekommen, die Arbeit auf der Maschine in der Wohnung des Justizrats zur Zufriedenheit des Auftraggebers hergestellt und einen ziemlich anständigen Preis dafür erhalten. Auf diesen kleinen Erfolg baute sie die herrlichsten Luftschlösser. Natürlich wäre es vernünftiger gewesen, eine Schreib-

maschine auf Abzahlung zu kaufen — aber sie hatte nun einmal die Idee, daß es ihr Tod sein würde, wenn sie sich nicht Bewegung machen könnte! Wenn es zum Schlimmsten kam, so waren ja immer noch die Brillanten da, von denen sie bisher noch nichts verkauft, sondern nur etliche kleinere Stücke versetzt hatte.

Frau Bernhardi war nicht wenig erstaunt, als Carry eines schönen Morgens in einem flotten Radlerinkostüm zur Arbeit antrat, und sie hörte mit bedenklichem Kopfschütteln ihre Erklärung dafür an. Carrys schlechtes Aussehen und ihr aufgeregtes Wesen waren der teilnahmsvollen Beachtung der alten Dame nicht entgangen. Nun aber merkte sie wohl, daß Gefahr im Verzug sei. Sie besprach die Frage noch am gleichen Tage mit ihrem Gatten und schlug ihm selbst vor, die arme junge Frau zu ihrer Erholung mit in die Sommerfrische zu nehmen. Der Herr Justizrat hatte sich tatsächlich nicht getraut, seiner Gattin mit diesem Vorschlag zuvorzukommen; denn er hatte ein schlechtes Gewissen wegen des verschwiegenen Tete-a-tete bei Gillitzer.

Carry war überglücklich und küßte der alten Dame unter strömenden Dankestränen die Hand.

Ende Juli wurde aufgebrochen und von Berchtesgaden nach der Ramsau begleitete Carry zu Rade den offenen Zweispänner, in dem die alten Herrschaften fuhren. Carry hatte außer ihrem Rad an Gepäck nur ein „Köfferchen" mitgenommen. Dieses aber war allerdings von ansehnlicher Größe und wog achtunddreißig Kilo. Nur das bißchen, was sie noch von Sommertoilette besaß, war darin: ein einfaches, billiges, weißes Nesselkleidchen mit gestickten Kanten und einem Untergewand von Bastseide, dazu ein heller Strohhut mit weißen Straußfedern, der im vergangenen Sommer als Pariser Modell das Schaufenster eines vornehmen Berliner Modegeschäfts geziert hatte. Eine weißseidene Bluse, auch noch vom vorigen Jahre (fünfundsiebzig Mark hatte sie gekostet), eine einfache feine Flanellbluse, „neu", nur fünfundzwanzig Mark, einen weißen Alpakarock, ein lavendelblaues Promenadenkostüm von feinstem Drap (letzteres gleichfalls schon aus der vergangenen Saison stammend, tailor made, Preis dreihundert Mark), ein Batistwaschkleidchen, neu, ganz billig, einen Staubmantel von changierender Gloriaseide, ein Tuchjäckchen und einen Regenmantel. Von Leibwäsche nur ein Dutzend Garnituren, drei Paar echtseidene, sechs Paar bunte halbseidene und nur ein Paar durchbrochene schwarze Spitzenstrümpfe — denn man konnte doch nicht wissen . . .! Dazu für die verschiedenen möglichen Witterungsverhältnisse ein Paar derbe Schnürstiefel (neu, Preis fünfundzwanzig Mark), ein Paar hellgelbe Chevreaustiefel, ein Paar graue Wildlederhalbschuhe, Stil Louis 14., noch zwar Paar ältere vom Frühjahr zum Abtragen und ein Paar entzückende Lackschuhchen — denn man konnte ja nicht wissen! Von Kopfbedeckungen außer dem genannten Strohhut nur noch ein zu dem lavendelblauen passendes Kapothütchen, einen feschen Tiroler Filz — und sonst nichts, abgesehen natürlich von dem Radlerkostüm aus feinem Lodenstoff. Das war alles! Sie glaubte durch diese bescheidene Ausrüstung ihrer untergeordneten Stellung genügend Rechnung getragen und doch für alle Möglichkeiten, die man für eine Sommerfrische doch immer im Auge behalten muß, vorgesorgt zu haben.



Das Denkmal für Paul Singer. (Text Seite 4.)

Die Frau Justizrätin zog sich ja gleichfalls sehr einfach und solide an, dafür aber auch geschmacklos! Sie fiel beinahe vom Stuhl, als Carry zum ersten Mittagessen in dem ländlichen Gasthof zum Hochkalter in ihrem Nesselgewand mit dem weißen Straußfederhut erschien. Der alte Rechtsgelehrte schnalzte dagegen vor Vergnügen. Die sanften Vorhaltungen der alten Dame über ihre etwas unangebrachte Eleganz nahm Carry mit einem naiven Erstaunen hin, gegen das nichts auszurichten war. Uebrigens machte sie sich auch gar nichts daraus, bei Schmutz und Regen allein weite Radpartien zu unternehmen oder an irgendeiner Berglehne pfadlos hinaufzukraxeln und dann von oben bis unten beschmutzt, zerkratzt, krebsrot und verschwitzt heimzukehren. Und es war ihr ein besonderes Vergnügen, nach solchen Ausflügen eine höchst umständliche Wäsche vorzunehmen, die das ganze Haus in Aufregung versetzte durch die Beschaffung von heißem Wasser, das die sehr enge Treppe hinauf in einen großen Holzzuber getragen werden mußte, der die Stelle einer nicht vorhandenen Badewanne ersetzte, und dann zum Nachtmahl frischduftig und in aller Pikanterie eines modernen reifern Engels zu erscheinen. Auch wenn sie mit den alten Herrschaften spazierenging, konnte sie mit ihrer sprudelnden Laune und ihrem tollen Uebermut hinreißend sein. Wenn's einen steilen Berg hinabging, so sprang sie mit gleich Flügeln erhobenen Armen singend voraus. Mußte man mühsam bergauf keuchen, so tänzelte sie rückwärts vor ihnen her, im Kiebitzschritt womöglich.

(Fortsetzung folgt.)

Um eine Winterjacke.

Von Alfred Gottwald. (Nachdruck verboten.)

„Es erben sich Gesetz' und Rechte
wie eine ew'ge Krankheit fort."

Auf den die Anklagebank bedeutenden Brettern stand eine blasse, ärmlich gekleidete Näherin, der man die Sorgen und Entbehrungen vom Gesicht las. Sie war erst fünfundzwanzig Jahre alt, doch ließ sie ein trauriger und müder Ausdruck in den Zügen weit älter erscheinen. Sie hatte noch nie in ihrem Leben als Angeklagte vor Gericht gestanden und zitterte vor Scham und Angst, als der Gerichtsschreiber mit lauter Stimme die Anklage verlas. Nach dem Inhalt dieses Schriftstücks war sie hinreichend verdächtig, aus dem Laden einer Konfektionsfirma eine Winterjacke entwendet zu haben.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie sich schuldig bekenne, brachte sie nur mit äußerster Anstrengung etwas zu ihrer Entlastung vor. Und doch hatte der Vorsitzende eine ungewöhnlich milde Tonart angeschlagen, denn der Menschheit ganzer Jammer sprach aus dieser zitternden Gestalt mit dem gramdurchfurchten Gesicht und den angstvoll blickenden Augen. Sie war schon seit Jahren für die Konfektionsfirma, der sie die Jacke entwendet haben sollte, als Näherin tätig gewesen und hatte sich auch an jenem Tage nach dem Geschäft begeben, um neue Arbeit abzuholen. Es war bitter kalt; sie besaß weder eine Winterjacke noch Geld, und hatte den Geschäftsinhaber bitten wollen, ihr eine warme Jacke für ihren eignen Bedarf auf Abzahlung zu überlassen, damit sie bei den weiten Wegen, die sie zurücklegen mußte, um Arbeit zu holen und abzuliefern, nicht zu frieren brauchte. Als sie den Geschäftsraum der Firma betrat, war zufällig der Chef nicht anwesend, nur einige Angestellte. Es war zwar kurz vor Geschäftsschluß, aber ihr wurde der Auftrag zuteil, an einigen verkauften Gegenständen kleine Aenderungen vorzunehmen. Man wies ihr einen Platz in einem Hinterraum an; sie sollte die Sachen nur fertigmachen, der Chef würde noch einmal kommen. Sie sah dies für eine günstige Gelegenheit an, denn sie hatte den Chef heute bitten wollen, er möge ihr eine Jacke auf Abzahlung oder auf Abzug vom Arbeitslohn überlassen.

Längst hatte sie die Aenderungen beendigt, aber der Chef kam nicht und die Nacht brach herein, die eisige Winternacht mit ihrem Grausen. Und sie hatte nur eine dünne Bluse an. Sie ließ sich nun zu derlei Unbesonnenheit verleiten, eine der dort hängenden Jacken anzuziehen, und entfernte sich dann in der Annahme, daß der Geschäftsinhaber nachträglich seine Einwilligung zur Entnahme des Kleidungsstücks auf Abzahlung erteilen werde. Die Hintertür, durch die sie das Lokal verlassen mußte, hatte ein Schnappschloß, sie konnte also ruhig gehen. Aber vor der Haustür stieß sie auf den Chef, der eben in einer Droschke ankam. Er erkannte sofort die aus seinem Lager entnommene Jacke, ließ keine Einrede gelten und auf seinen Antrag stand sie nun hier vor den Schranken.

Nachdem die Angeklagte durch diese in abgerissenen Sätzen vorgebrachten Erklärungen alle äußern Tatbestandsmerkmale des Delikts selbst zugegeben hatte, verzichtete das Gericht in Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt auf die Vernehmung des Chefs als Zeugen. Es galt jetzt, in der Seele der Angeklagten zu lesen, um darüber schlüssig zu werden, ob sie dolos gehandelt oder ihrer Angabe, sie hätte die Einwilligung des Geschäftsinhabers nachträglich nachsuchen wollen, Glauben beizumessen sei.

Der Vertreter der Anklagebehörde war mit dieser Seelenleserei rasch fertig. Die Absicht der rechtswidrigen Zueignung — führte er aus — stehe für ihn außer Frage. Es sei wohl möglich, daß die Angeklagte der Meinung gewesen sei, der Geschäftsmann werde ihr eine Jacke auf Abzahlung verkaufen. Sie habe jedoch diese Jacke sozusagen gekauft, während niemand im Laden war. Und daß der Mann auch dies hinterher billigen werde, habe sie sicher nicht geglaubt oder angenommen. Die Angeklagte sei sich also der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise bewußt gewesen.

„Trotz der Notlage" — schloß er — „in der sich die Angeklagte befand, halte ich die Zubilligung mildernder Umstände für ausgeschlossen. In welchen Zuständen sollte es führen, wenn zufällig leerstehenden Verkaufsläden ohne weiteres Waren entnommen werden könnten, da dann jedermann vor Gericht behaupten könnte, er habe den Geschäftsinhaber nachträglich verständigen wollen. Ich beantrage eine Woche Gefängnis.

Die Angeklagte brach unter der Wucht dieses Strafantrags fast zusammen, da erhob sich ihr Verteidiger, ein blutjunger Rechtsanwalt, und hielt eine Rede, wie sie der Gerichtshof noch nie vernommen. Besonders der Staatsanwalt zitterte vor nervöser Erregung, als der jugendliche Verteidiger seinen Antrag auf Freisprechung folgendermaßen begründete: Ich muß die Richtigkeit der Ausführungen des Herrn Staatsanwalts auf das entschiedenste bestreiten. Der Herr Staatsanwalt hat vielleicht nie in seinem Leben ohne Winterüberzieher einen Spaziergang unternommen, wenn es draußen recht kalt war. In dem überheizten Gerichtssaal scheint er noch weniger imstande zu sein, sich in die Lage einer frierenden Näherin zu versetzen und eine in der Not des Augenblicks begangene Gesetzwidrigkeit in ihren seelischen Motiven zu verstehen. Meine Klientin war kein Fremdling in dem Geschäft, für das sie seit Jahren arbeitete. Sie war dort als ehrliche Arbeiterin bekannt und konnte annehmen, daß man ihrer Versicherung, sie habe die Jacke später bezahlen wollen, Glauben schenken werde.

Sollte meine Klientin wegen Diebstahls verurteilt werden, so müßte auch der Inhaber des bestohlenen Geschäfts wegen Verleitung zum Diebstahl bestraft werden, da die Angeklagte nur durch die Schuldigkeit der Arbeitslöhne, die dieser Mann seinen Näherinnen zahlt, in einen solchen Zustand der Bedrängtheit geraten ist. Ich habe festgestellt und will durch Zeugen beweisen, daß kein andrer Jackenfabrikant am Orte gleich jammervolle Löhne zahlt. Meine Klientin hat mit der angestrengten Arbeit nie mehr als eine Mark täglich verdienen können. Dafür mußte sie auch noch den Arbeitsraum und im Winter die Beleuchtung bezahlen, denn sie arbeitete zu Haus, und zwar auf ihrer eignen Nähmaschine, die sie auf Abzahlung entnommen hat; sie bezahlte auch die Nadeln, die sie beim Nähen zerbrach, aus eignen Mitteln. Sie hatte sich ferner die Arbeit trotz der entfernten Lage des Geschäfts selbst ab und schaffte die fertigen Jacken selbst hin, eine Zeitversäumnis, die ihr nie vergütet wurde. Mit einem Wort: sie ersparte dem Fabrikanten die kostspielige Anlage eines eignen Fabrikbetriebs.

Das Medaillonporträt vom Singer-Denkmal.

Und dafür eine Mark täglichen Verdienst! Das ist Blutwucher, der hier unter allen Formen der Gesetzlichkeit straffrei ausgeübt wird. — Der moderne Rechtsstaat, der auf den fossilen Anschauungen des alten römischen Rechtes aufgebaut ist, schützt eben leider nur das Eigentum gegen rechtlose Eingriffe, nicht aber die Arbeit, durch die doch erst Eigentum erworben wird, gegen die schamloseste Ausbeutung. (Hier versuchte der Staatsanwalt den Verteidiger zu unterbrechen, der jedoch mit überlegener Stimmkraft unentwegt weiter sprach.) Ich muß den Fall jetzt noch von einer andern Seite beleuchten. Durch genaue Informationen über die kaufmännischen Prinzipien des Geschäftsinhabers gelangte ich zu der Ueberzeugung, daß auch die objektiven Tatbestandsmerkmale des Diebstahls hier nicht vorliegen. Unser Geschäftsmann hat sein ganzes Anlagekapital in seine Fabrik gesteckt. Was er durch eine unerhörte Lohndrückerei an Arbeitslöhnen erspart, und das ist bei dem Umfang seines Betriebs ein ganz erheblicher Betrag, verwendet der Mann zur Mehrfabrikation. Je mehr er an Arbeitslöhnen erspart, desto mehr Jacken kann er fabrizieren. Diese Jacke — hier wies der Verteidiger auf das Korpusdelikti, das auf dem Richtertisch lag — würde vielleicht nicht hier liegen und überhaupt als gewerbliches Fabrikat nicht entstanden sein, wenn unser Fabrikant seine Heimarbeiterinnen angemessen bezahlte. Die Angeklagte, die als ein Bild des Jammers vor uns steht, deren welkes Gesicht die Spuren der Ueberarbeitung und grausamer Entbehrungen zeigt, hätte sich vielleicht einen Teil von der Frische und Glattigkeit ihres Alters bewahrt, wenn diese Jacke nicht existierte, also der Fabrikant bessere Löhne zahlte. Das heißt mit andern Worten: Was Herzblut werden soll, verwandelt sich unter der Regie dieses äußerst sparsamen Fabrikanten in — Winterjacken. Diese Jacke ist also möglicherweise das fehlende Herzblut der blassen Näherin, die vor Ihnen auf der Anklagebank steht.